

EMMA



BLEIBT MUTIG!

**MÜTTER
VOR
GERICHT**



**WAS PLANT
SAHRA W.?**

Im Gespräch mit
Alice Schwarzer



18



94

MENSCHEN

- 8 Carolina Brauckmann: Die Unermüdliche**
Die Aktivistin & Musikerin hat viel erreicht.
- 10 Eva Engelken: Gerne ganz groß**
Die Juristin ist groß im doppelten Sinne.
- 12 Rosalie Höhndorf: Eine echte Pionierin**
Die Krankenschwester ist eine Leserin der 1. Stunde.
- 14 Lotti vom Kolke: Die 4. Welle**
Die Stadtplanerin hat noch viel vor.

TIEFBlickEND

- 16 Alle haben weggesehen!**
Schells Nichte & Tochter brechen ihr Schweigen.
- 18 „Smoke Sauna Sisterhood“**
Ein Dokumentarfilm der anderen Art.
- 20 Die Pionierinnen für Equal Pay**
Diese Frauen erstritten wegweisende Grundsatzurteile.
- 23 Die Erforscherin des Gender Pay Gaps**
Der Wirtschaftsnobelpreis für Claudia Goldin.

ERHELLEND

- 26 Was plant Sahra W.?**
Schwarzer im Gespräch mit Sahra Wagenknecht.
- 34 Friedensdemo**
Am 25. November am Brandenburger Tor!
- 36 HeldinnenAward für Nasrin Sotoudeh**
Preis der Alice-Schwarzer-Stiftung an die Iranerin.
- 39 Nasrin Sotoudeh**
„Woman! Life! Freedom!“ – und ihr Kampf dafür.
- 42 Narges Mohammadi**
Der Friedensnobelpreis für die mutige Iranerin.

SELBSTBESTIMMUNGSGESETZ

- 46 Ein Medizin-Skandal**
Die unbekanntenen Folgen der Pubertätsblocker.
- 52 Transsexuelle reden Klartext**
Warum sie gegen das „Selbstbestimmungsgesetz“ sind.
- 54 Das ist gegen die Verfassung!**
Ein Jurist kritisiert das geplante Gesetz.
- 57 Wissen sie, was sie tun?**
Eine Berliner Info-Veranstaltung für Abgeordnete.

AUFKLÄREND

- 58 Denunziert einander!**
Die NZZ wundert sich über Berliner Meldestellen.
- 60 Die Primavera ist wieder da**
Studentinnen holen Frauenskulptur zurück.
- 61 Auf der Jagd nach Pornos**
Die Frauenzentrale Zürich ist bei OnlyFans.
- 62 Das System Prostitution**
Eine klare Botschaft aus Brüssel an Deutschland.
- 67 Seit 43 Jahren gegen Prostitution!**
Der EMMA-Lesesaal.
- 68 Die Kindergrundsicherung**
Die Ampel versagt auch in diesem Fall.

DOSSIER ALLEINERZIEHENDE

- 70 Mütter vor Gericht**
Die Väterrechtler-Lobby leistet ganze Arbeit.
- 76 Benjamin will nicht zu Papa**
Die Geschichte eines Behördenversagens.
- 80 Mütter in der Klemme**
Wie ein „Elternkurs“ mit Häuslicher Gewalt umgeht.
- 82 Ja, es gibt Seilschaften!**
Ein Familienrechtler über Sorgerechtsprozesse.



BEWEGEND

- 84 Israel: Die Hierarchie des Bösen**
David Grossman über Angst, Hass und Verrat.
- 87 Judenhass & Frauenhass**
Elisabeth Badinter und Alice Schwarzer im Gespräch.
- 90 Mütter & Macht**
Elisabeth Badinter über Kaiserin Maria Theresia.
- 92 Frankreich: Keine Abaya mehr an Schulen!**
Islamisten drohen LehrerInnen mit Enthauptung.
- 94 Spanien: ¡Se Acabó!**
Die Fußballerinnen siegen über den Platz hinaus.

INFORMATIV

- 96 Fotografin Mary Ellen Mark**
Sie hat die vielen Gesichter der USA eingefangen.
- 98 Lesen, lesen, lesen!**
Helle Bücher für die dunkle Jahreszeit.
- 102 Die echte Pippi Langstrumpf**
Das bewegte Leben der Ester Blender Nordström.
- 104 Der Wolf im Schafspelz**
Hommage an L. M. Peschel-Gutzeit von Alice Schwarzer.
- 107 Familienkolumne**
Annika Ross über die „neuen“ Bundesjugendspiele.
- 108 Unsere Leserin im Ausland**
Birgit Knoblauch liebt ihr Leben in Mexiko.

EXTRA

- 114 The Sexist Man Alive**
Der EMMA-Award 2023 geht an – Jan Böhmermann!

IMMER

- 4 Über uns
- 6 Magazin + Kultur
- 110 LeserInnenbriefe
- 112 Die lieben KollegInnen

SERVICE

- 25 EMMA Probe-Abo
- 44 EMMA-Abo-Sonderaktion
- 106 Marktplatz
- 109 EMMA-Shop
- 112 Impressum
- 113 Vorschau



AKTUELLE THEMEN AUF
♀ EMMA.DE

- @EMMA.MAGAZIN
- @EMMA_MAGAZIN
- @EMMA.MAGAZIN

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

wie immer findet ihr ab Seite 8 vier Porträts von Menschen. Meist sind es Frauen, manchmal auch ein Mann, sie sind sehr unterschiedlich, doch immer wahre Rolemodels. Auch diesmal sind die vier Menschen sehr unterschiedlich. **Die vier jedoch verbindet eines: Sie sind alle EMMA-Leserinnen.** Wir haben sie auf unserem Abonentinnenfest am 5. August 2023 getroffen – und uns gesagt: Warum porträtieren wir nicht mal unsere eigenen Leserinnen? Die sind mindestens genauso spannend und ermutigend wie so manche bekannte Frau. Hier sind sie also: **von der 26-jährigen Lotti, die EMMA erst vor kurzem entdeckt hat; bis zu der 82-jährigen Rosalie, die EMMA seit der ersten Ausgabe liest.** Die letzten Tage des Redaktionsschlusses waren überschattet von dem Drama in Israel. Es ist jetzt Mitte Oktober. Der menschenverachtende Überfall der Hamas auf Israel ist eine Woche her, jetzt läuft die fürchterliche Rache der Angegriffenen. Dazu **ein**

verzweifelter Kommentar des Israeli David Grossman (Seite 84). In Deutschland wird von muslimischen/arabischen Männern (und einigen Frauen) derweil offen antisemitisch demonstriert. Das ist nicht neu. Alice Schwarzer warnte bereits vor 17 Jahren in einem Beitrag über die Unruhen in den französischen Vorstädten vor **dem tiefen Judenhass und Frauenhass in der dritten Generation der Muslime.** Vor fünf Jahren führte die FAZ darüber ein Gespräch mit ihr und Elisabeth Baidinter (Seite 87). Und hier ein überschaubares kleines Beispiel für die Manipulationen mancher Journalisten. Am 26. September

2023 schrieb der *Spiegel*-Redakteur Timo Lehmann an die Büroleiterin von Alice: „Es wäre wunderbar, mit Frau Schwarzer einmal kurz im Hintergrund zu telefonieren. Es geht um die Gründung der Wagenknecht-Partei.“ Margitta antwortete, Alice Schwarzer „möchte zurzeit zu dem Thema nichts sagen“. **Im Spiegel wurde daraus dann die Spekulation, Schwarzer plane wohl, in der Wagenknecht-Partei mitzuarbeiten.** Denn auf die *Spiegel*-Anfrage dazu habe ihr Büro mitgeteilt, sie wolle sich „zurzeit“ nicht dazu äußern. Raun, raun. Liebe EMMA-Leserin und lieber EMMA-Leser: Habt ihr bemerkt, wie da durch einen winzigen Dreh einer harmlosen Aussage (zurzeit nicht) eine bedeutungsschwere Andeutung gemacht wurde? Doch auch das Gemüt eines solchen Journalisten ist harmlos: Wie kann ein Profi annehmen, dass eine unabhängige feministische Journalistin wie Alice, die noch nie in ihrem ganzen Leben mit einer Parteifunktion geliebäugelt hat – ja noch nicht mal je gesagt hat, wen sie persönlich wählt –, nach einem halben Jahrhundert außerparlamentarischen Agierens plötzlich bei einer Partei mitmachen könnte? **Wie es wirklich steht um Sahra und Alice, ist ab Seite 26 nachzulesen.** Zuguterletzt noch unsere Abo-Sonderaktion. Euer Weihnachtsgeschenk ist gleich doppelt gesichert, liebe AbonentInnen und LeserInnen, wenn ihr: 1. selber abonniert, 2. ein Abo verschenkt, 3. eineN neueN AbonentIn gewinnt. Dann gibt es **die EMMA frei Haus und noch zwei Geschenke dazu!** Welche? Siehe Seite 44. Bleibt mutig!

EURE EMMAS

! ALICE IN LEIPZIG

Am 25. Oktober diskutiert und liest Alice Schwarzer aus ihrer Autobiografie „Mein Leben“ in der Stadtbibliothek Leipzig (19 Uhr). Moderation: Helge Malchow. Eintritt frei.

In Sahras Garten:
Schwarzer und
Wagenknecht.



Bettina Flitner



SIE SCHREIBEN IN DIESER AUSGABE

SAÏDA KELLER-MESSAHLI

Die gebürtige Tunesierin lebt in der Schweiz und gilt als profunde Kennerin islamistischer Netzwerke, die sie 2017 in ihrem Buch „Islamistische Drehscheibe Schweiz“ aufdeckte. Sie ist Mitinitiatorin der „Freiburger Deklaration säkularer MuslimInnen“. In EMMA schrieb sie zuletzt anlässlich der Fußball-WM in Katar darüber, wie das Emirat Islamisten in aller Welt finanziert, auch in Deutschland. In dieser Ausgabe berichtet sie auf **Seite 92** über das Abaya-Verbot in Frankreich.

FATINA KEILANI

Die gebürtige Münsteranerin hat Jura in Hamburg und Bordeaux studiert und bei der Deutschen Presse-Agentur als Kulturkritikerin gearbeitet. 20 Jahre lang war sie Redakteurin beim Berliner *Tagesspiegel* und zuständig für Rechtspolitik. Seit 2021 ist sie Redakteurin im Berliner Büro der NZZ. In EMMA befasst sich die Juristin auf **Seite 58** mit den zweifelhaften Meldestellen für rechte und rassistische Vorfälle – und der Frage, wie rechtsstaatlich diese Stellen sind.



MARGARET HECKEL

Die studierte Volkswirtin war mal Politikchefin bei der *Financial Times Deutschland*, der *Welt* und der *Berliner Morgenpost*. Sie schrieb einen Bestseller über den Führungsstil von Angela Merkel und erklärt in ihrem jüngsten Buch („Aus Erfahrung gut“), „wie die Älteren die Arbeitswelt erneuern“. In dieser EMMA schreibt sie auf **Seite 20** über mutige Frauen, die die Arbeitswelt ebenfalls erneuern: Mit ihren Klagen brachten sie den Kampf um gleiche Bezahlung mit Riesenschritten voran.

BARBARA VON MACHUI

Das Herz der studierten Germanistin und Romanistin schlägt für die französische Kultur. Für den Deutsch-Französischen-Kulturkreis Heidelberg moderiert sie Veranstaltungen zu französischer Literatur und Retrospektiven zum französischen Film. Sie rezensiert mit Vorliebe Bücher französischer Schriftstellerinnen von Annie Ernaux bis Delphine de Vigan. In dieser Ausgabe bespricht sie auf **Seite 90** Elisabeth Badinters neues Werk über Kaiserin Maria Theresia und ihre 16 Kinder.



SILKE KETTELHAKE

Sie hat eine Schwäche für starke Frauen mit außergewöhnlichen Biografien. Vier von ihnen hat die freie Journalistin, die in Berlin Film- und Fernsehwissenschaften studiert hat, in ihren Büchern porträtiert: die Bildhauerin Renée Sintenis zum Beispiel oder die Widerstandskämpferin Libertas Schulze-Boysen. Für EMMA schreibt sie im Schwerpunkt „Mütter vor Gericht“ auf **Seite 80** über sich selbst, genauer: über den Kurs „Kinder aus der Klemme“ für „hochstrittige Eltern“.



DOROTHY IN THE SKY

Dorothy Hoffner ist aus dem Flugzeug und auch in die Geschichte gesprungen. Mit 104 Jahren ist die Frau aus Chicago die älteste Fallschirmspringerin der Welt. Am 1. Oktober 2023 sprang sie in Ottawa im Bundesstaat Illinois auf 4.100 Metern aus dem Flugzeug und landete vor einer jubelnden Menge. „Es war einfach nur entzückend“, sagte Dorothy strahlend in die Kameras. Im zarten Alter von 100 war sie zum ersten Mal aus einem Flugzeug gesprungen und von dem Adrenalin-kick so begeistert, dass sie den Weltrekord aufstellen wollte. Vier Jahre lang bereitete sie sich darauf vor. Mit ihrem Sprung hat die Amerikanerin nun Rut Linnéa Ingegärd Larsson aus Schweden den Titel der „ältesten Fallschirmspringerin“ weggeschnappt. Rut Linnéa Ingegärd war 103. – Am 11. Oktober, einen Tag vor Redaktionsschluss, erreicht uns die Nachricht: Dorothy ist im Himmel. Sie ist in ihrem Bett eingeschlafen.



DIE TAGE IN BERLIN

Läuft bei dir? Tja, einmal im Monat für ein paar Tage – so ist es wohl bei den meisten menstruierenden Frauen. Das Museum Europäischer Kulturen Berlin macht dieses „Frauenleiden“ zu einer Sonderausstellung. In der geht es ins Innere des weiblichen Körpers und an die Grenzen dessen, was lange Zeit öffentlich gezeigt werden durfte. Blut all over. „Läuft. Die Ausstellung zur Menstruation“ ergründet die letzten Tabus rund um das Thema Monatsblutung. Der erste Teil der Ausstellung zeigt die Geschichte der Menstruationsprodukte. Vor 140 Jahren kamen die ersten Binden aus Wolle zum Einsatz, die ersten Tampons wurden sogar von Simone de Beauvoir gelobt. Es folgten Kunststoffbinden und Menstruationstassen bis hin zu moderner, nachhaltiger Periodenunterwäsche. Die Mythen um den Zyklus und das Wissen dazu vermittelt die Ausstellung im zweiten Themenbereich. Wie viele Eizellen bildet eine Frau im Laufe ihres Lebens? Ist Menstruationsblut schmutzig oder giftig? Lässt „Periodengift“ wirklich Blumen verwelken? Und wie offen gehen Frauen heute mit „ihren Tagen“ um? **Bis 6.10.24**



MAMA GEHT TANZEN

Tanzen gehen? Das ist Müttern selten vergönnt. Wer spätestens um 22 Uhr auf dem Sofa einschläft, rafft sich nicht mehr auf für die Party. Und um sieben kreischt ja auch schon wieder der Nachwuchs. Weil sie selbst nicht aufs Feiern verzichten wollten, haben die Wuppertalerinnen Anna Schumacher und Andrea Rücker (Foto, Mütter von vier Kindern) die Partyreihe „Mama geht tanzen“ initiiert. Tanzen dürfen nicht nur Mütter, sondern alle Frauen, die einen drauf machen wollen. Von 20 Uhr bis 23 Uhr können sie tanzen und feiern. Gespielt wird alles, Rock, Pop und die Charts, „nur keine Schlager“. Schon bei den ersten Partys liefen Mütter den Clubs die Türen ein. Die Veranstaltungen sind mittlerweile so erfolgreich, dass sie durch größere Clubs in ganz Deutschland touren. Anna: „Alle fühlen sich wohl, wir feiern ohne nervige Anmachsprüche und Angst, belästigt zu werden. Wir tanzen einfach!“ Alle Termine: mamagehttanzen.de



SIMONE IN KARLSRUHE

Hier sehen wir Simone de Beauvoir um 1949. Es ist das Jahr, in dem „Das andere Geschlecht“ veröffentlicht wurde, das Werk, das den theoretischen Grundstein für die Neue Frauenbewegung legte. Das Buch erregte nicht nur die ganze westliche Welt. Es wurde umgehend sowohl in der Sowjetunion wie auch vom Vatikan auf die rote Liste gesetzt. Die Ausstellung über Simone de Beauvoir setzt ihren berühmten Essay ins Zentrum, als Kern ihres theoretischen Werkes. Sie zeigt Dokumente und das von Alice Schwarzer 1973 gedrehte Filmporträt auf großer Leinwand (Der 45-Minuten-Film ist auch bei EMMA als DVD zu bestellen, s. S. 109). 1949 war für Simone de Beauvoir auch privat ein besonders glückliches Jahr: Sie genoss ihre leidenschaftliche Affäre mit dem amerikanischen Schriftsteller Nelson Algren. Sartre wartete in Paris auf sie. **Simone de Beauvoir im Museum für Literatur, Karlsruhe, vom 2.11. bis 7.4.24, literaturmuseum.de**



ANATOMIE EINES FALLS

Der mit der Goldenen Palme in Cannes zu recht prämierte Film von Justine Triet erzählt die Geschichte eines Gattenmordes. Oder war es doch ein Unfall? Diese Frage beantwortet der Film nicht eindeutig. Die Protagonisten: die starke Frau und der schwache Mann – der ihre Stärke zum Vorwand nimmt für seine Schwäche. Die Aggressionen eskalieren. Zwischen beiden: Das Kind, der Junge, der letztendlich den entscheidenden Ausschlag geben wird in dem Mordprozess. Sandra Hüller spielt die verletzte starke Frau. Sie ist überwältigend in der Rolle. Ihre gefasste Miene, hinter der der Sturm tobt, ist nicht das Gesicht einer Frau, sondern das eines Menschen. Ein Mensch, der keine Einengung duldet, unabhängig vom Geschlecht. Wahrhaftig und bewegend. **Ab 2.11. im Kino**



BERNADETTE SINGT

Bernadette La Hengst (mit bürgerlichem Namen ohne La) war lange die einzige Frau bei den coolen Jungs im „Diskursrock“, dem Rock mit kritischen deutschen Texten, wie Tocotronic, Jochen Distelmeyer oder Bernd Begemann ihn machten. Bernadettes Diskurs war immer ein feministischer. Mit ihrer Hamburger Beat-Punk-Pop-Girlband „Die Braut haut ins Auge“ wurde sie bekannt und brachte als Theater-Autorin auch Frauen und Frauenthemen auf die Bühne. Nun kommt die Multi-Instrumentalistin nach vier Jahren Pause mit ihrem siebten Solo-Album zurück. „Visionäre Leere“ heißt es und macht den Raubbau an der Natur zum Thema. **Ab 10.11., Trikont**



TIPPS



FILM Ingeborg Bachmann

Der Film von Margarethe von Trotta über die Beziehung von Ingeborg Bachmann (gespielt von Vicky Krieps) mit Max Frisch. Leider bleibt die Frau blass und ist der Mann farbig. **Jetzt im Kino.**



FILM How to have Sex

Drei Teenagerinnen planen den aufregendsten Urlaub ihres Lebens, eine auch den ersten Sex. Regisseurin Molly Manning Walker zeigt, warum das für Frauen was ganz anderes ist als für Männer. **Ab 7.12. im Kino.**



AUSSTELLUNG Renate Bertlmann

Sie ist eine Protagonistin der österreichischen feministischen Avantgarde. Zu ihrem 80. Geburtstag wird sie im Belvedere 21 mit einer umfassenden Retrospektive gewürdigt. **Wien, Belvedere 21, bis 3.3.24.**



AUSSTELLUNG Gabriele Münter

Das Leopold Museum zeigt die Expressionistin und Meisterin des Stilwechsels in einer großen Retrospektive. Mit 140 Exponaten aus öffentlichen und privaten internationalen Sammlungen. **Wien, Leopold Museum, bis 18.2.24.**



AUSSTELLUNG In anderen Räumen

Das Haus der Kunst gruppiert die Arbeit von elf Künstlerinnen zu Environments, der Kunst der Räume. Mit dabei sind unter anderem Judy Chicago, Lygia Clark und Tsuruko Yamazaki. **München, Haus der Kunst, bis 10.3.24.**



AUSSTELLUNG Kiki Smith

Die New Yorker Künstlerin, die durch ihre Körperinterpretationen berühmt wurde, wird 70. Die Staatliche Graphische Sammlung gratuliert mit der Ausstellung. **München, Pinakothek der Moderne, 3.11.23 – 21.1.24.**



FILMFESTIVAL IN BERLIN

„Dear Mahsa“ heißt der Kurzfilm (li) über den gewaltsamen Tod von Mahsa Jina Amini, die im September 2022 von der iranischen Sittenpolizei ermordet wurde. Er ist einer der rund 30 Spiel- und Dokumentarfilme, die *Terre des Femmes* beim diesjährigen Filmfest „Frauenwelten“ in der Berliner Kultur-Brauerei zeigt. Sie alle handeln davon, wie Frauen weltweit um ihre Rechte kämpfen: Wie die Chilenin Blanquita, die gegen einen Missbrauchs-Ring aussagt; wie die Südafrikanerin Lana O’Neil, die in Bredasdorp ein Frauenhaus betreibt. Oder wie Laura, Rachel und Rosalba, die eines gemeinsam haben: Sie haben ihre gewalttätigen Männer umgebracht. **filmfest-frauenwelten.de, 25.10. – 1.11.**

Carolina Brauckmann **DIE UNERMÜDLICHE**

Wie aus dem Tomboy aus dem Sauerland eine preisgekrönte lesbische Aktivistin und Musikerin wurde. Text: Chantal Louis. Foto: Bettina Flitner.

Als Carolina Brauckmann sich zum ersten Mal in ein Mädchen verliebte, war sie sechs. Die Angebetete war eine Klassenkameradin, die selbstredend nie von Carolinas Liebe erfuhr. Niemand erfuhr davon, denn wir schreiben das Jahr 1960 und dass sich das Klassenzimmer im sauerländischen Lüdenscheid befand, machte die Sache nicht einfacher. Es sollte noch 16 Jahre dauern, bis sie sich endlich traute, das Tabu-Wort auszusprechen: „lesbisch“.

Doch zunächst schloss die kleine Carolina aus ihrer Verliebtheit, dass „ich wohl irgendwie eine Art Junge sein müsste“. Und ihre Eltern waren, Sauerland hin oder her, so offen, ihre Tomboy-Tochter einfach zu lassen. „Meine Eltern haben mir kurze Lederhosen geschenkt und wenn ich mal wieder breitbeinig mit meinem Apfelsaft auf dem Sofa saß, als ob es Whiskey wäre, sagte meine Mutter: ‚Na, kleiner Mann, schon rasiert? Dann ab ins Bett!‘“ Mit neun Jahren lernte Carolina Klavier bei „Gletscher-Erna“, die der Reformbewegung angehört und in den Alpen so manchen Berg bestiegen hatte.

Wenn man all das betrachtet, ist nur folgerichtig, was aus Carolina Brauckmann wurde: Eine feministische Historikerin, eine Singer-Songwriterin mit sechs selbstproduzierten Alben, und eine lesbische Aktivistin mit so vielen Projekten, dass es den Rahmen dieses Porträts sprengen würde, sie alle aufzuzählen. Exemplarisch seien genannt: Sie ist Mitgründerin der „Feministischen Seglerinnen“ und der „Amigas“, einem Netzwerk für lesbische Unternehmerinnen und Freiberuflerinnen. Sie engagiert sich im Kölner Frauengeschichtsverein und ist Vorstandsfrau im Dachverband „Lesben und Alter“.

Apropos Alter. Carolina Brauckmann ist jetzt 69, hat das Thema aber schon seit über zwanzig Jahren auf dem Schirm. Damals machte sie im Auftrag der lesbisch-schwulen (heute: queeren) Kölner Beratungsstelle *rubicon* eine Bestandsaufnahme: „Welche Angebote gibt es für ältere Lesben in NRW?“ Aus der Pionierarbeit folgte eine Festanstellung im *rubicon* und Carolinas hauptberufliche Beschäftigung mit

dem Thema „Lesben und Alter“. Ihre offizielle Jobbezeichnung lautet „Fachberatung für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Offenen Seniorinnenarbeit in NRW“. Dazu gehören Sichtbarkeitskampagnen für ältere Lesben und Schwule genauso wie die Schulung von Pflegekräften. „Ich bin darauf stolz, weil wir wirklich Pionierarbeit geleistet und ein neues Thema bewegt haben“, sagt Carolina.

Obwohl, was heißt neu? Schon mit 30, fällt ihr ein, „habe ich ein Lied gemacht über ‚Ilsebill und Rosamund‘, die mit über 70 beim Schampus in alten Zeiten schwelgen und sich über ihre Testamente austauschen.“ Das war 1986, gerade war Carolinas zweite LP mit „satirischen Lesbengesängen“ erschienen, und sie selbst tobte durch die Freiburger Frauen- und Lesbenszene. Das Sauerland hatte sie verlassen und sich in die Welt der Frauenfilmtage, Frauenpartys und Frauenstadtrundgänge gestürzt. Ihre Songs spielte sie in besetzten Häusern, Frauenzentren und großen Clubs. „Ich war ständig unterwegs und habe mein Studium etwas vernachlässigt“, erzählt sie amüsiert. Aber ihrer Leidenschaft für Geschichte ging sie in all dem Getümmel trotzdem nach: Im Stadtarchiv forschte sie mit Sully Roecken nach „ehrlösen“ Frauen und stellte deren Lebensgeschichten im Buch „Margaretha Jedefrau“ vor. 1988 ging sie nach Köln, um im von Alice Schwarzer gegründeten Feministischen Archiv zu arbeiten, das 1994 in den historischen Bayenturm einzog.

Als Historikerin wie als lesbischer Aktivistin ist ihr wichtig, „den Faden zwischen den Generationen zu behalten“. Was angesichts der mit immer härteren Bandagen ausgetragenen Differenzen zwischen Queer- und Radikalfeministinnen kein leichtes Unterfangen ist. „Nach dem Motto ‚Tante Hulda erzählt euch jetzt mal was‘ funktioniert es jedenfalls nicht.“ Stattdessen lädt Carolina am „Tag der lesbischen Sichtbarkeit“ junge und ältere Singer-Songwriterinnen auf eine gemeinsame Bühne. Zum CSD 2023 wurde Carolina Brauckmann mit dem „Ehrenpreis des Cologne Pride“ ausgezeichnet. Begründung: „Sie vernetzt Generationen und setzt sich für die starke Präsenz von Lesben in Politik und Gesellschaft ein.“ EMMA gratuliert. ♀



Carolina Brauckmann trägt 1994 beim Frauenmusikfestival im Hunsrück ihre „satirischen Lesbengesänge“ vor.



Eva Engelken GERNE GANZ GROSS

Die Juristin und Journalistin engagiert sich gegen Leihmutterschaft und das „Selbstbestimmungsgesetz“. Text: Chantal Louis. Foto: Bettina Flitner.

Wenn man sagt, dass Eva Engelken eine herausragende Person ist, dann trifft das auch im wörtlichen Sinne zu: Sie ist 1,86 m groß. Nicht, dass sie nicht sowieso auffiele. Zum Beispiel, wenn sie bei der Grimmepreis-Verleihung vor dem Marler Stadttheater im April 2023 Plastik-Kothaufen neben dem roten Teppich verteilt, über den Jan Böhmermann laufen wird. Der ZDF-Moderator (und EMMA's diesjähriger „Sexist Man Alive“) hatte in seiner Sendung zum „Selbstbestimmungsgesetz“ kritische Feministinnen als „Scheißhaufen“ beschimpft. Die Initiative „Lasst Frauen sprechen“ verlieh Böhmermann darum den „Grimmigen Scheißhaufen“, und Engelken hielt vor dem Theater die Preisrede: „Kein Preis für Frauenhass!“

Oder als sie am 13. September die Treppen zum Rheydter Rathaus emporstieg – zu ihrer ersten Sitzung als nachgerückte Ratsfrau für die Grünen, obgleich auf dem Marktplatz die Grüne Jugend und Ratsmitglieder wegen Evas angeblicher „Transfeindlichkeit“ protestierten, die Polizei mit drei Einsatzwagen vor Ort war. Ihr war mulmig zumute, aber auf das Mandat zu verzichten, kam nicht in Frage. „Ich habe immer versucht, mich für die richtige Sache stark zu machen, auch wenn ich dabei erstmal alleine stehe“, sagt Eva Engelken.

Der Vorsatz, den die heute 52-Jährige schon in Kindertagen fasste, ist allerdings aus einer gewissen Not entstanden. Der zu Kriegsbeginn geborene Vater war „emotional wie erstarrt, dabei aber ein Überflieger, der seine juristischen Staatsexamina mit „gut“ und „sehr gut“ bestand. Auch an seine Kinder hatte der Vater „hohe Ansprüche“, allen voran an Eva als Älteste der fünf Geschwister. „Ich wurde von ihm gefördert bis an den Rand meiner Kräfte – ob beim Englisch oder Bergsteigen –, das war seine Art, mir seine Liebe zu zeigen“, erinnert sich die „Vatertochter“, die später selbst Jura studierte, „vielleicht, um ihn besser zu erreichen“.

Die Mutter, gelernte Krankenschwester, versorgte die Kinder und engagierte sich ehrenamtlich in der Gemeinde. Die Carpe-Diem-Haltung der norddeutschen Eltern passte zum pietistischen Arbeitsethos Württembergs, wo die Familie lebte. Wenngleich „die Pietisten meiner Mutter immer zu bibeltreu waren, sie war liberaler. Den Idealismus und das Weltverbesserische habe ich von ihr.“

Die Volljuristin volontierte nach dem zweiten Staatsexamen 2001 beim *Handelsblatt*, arbeitete dort als Wirtschaftsjournalistin und wurde, nachdem sie ihr zweites Kind bekommen hatte, „aufs Abstellgleis gestellt“. Sie ging zu einer PR-Agentur, bekam Kind Nummer 3 – und die Kündigung, als sie aus der Elternzeit zurückkam. Sie erklagte eine Abfindung und hat bis heute „eine Riesenwut, dass Kinder Frauen karrieremäßig so ausbremsen können“. Mit dem Geld schrieb sie einen PR-Ratgeber und machte sich selbstständig als Fachfrau für Anwaltskommunikation.

Als Donald Trump 2016 die Präsidentschaftswahlen gewann, ließ sich Eva Engelken eine Pussy-Mütze stricken und beschloss: „Ich muss endlich politisch tätig werden!“ Sie trat bei den Grünen ein, „obwohl ich aus der EMMA wusste, dass die das Prostitutionsgesetz von 2002 verbrochen hatten. Aber ich dachte, sie hätten ihre Jugendsünden abgelegt.“

Es krachte, als Eva Engelken im Frühjahr 2020 die Angriffe auf J.K. Rowling als „frauenfeindlich“ kritisierte. Reaktion: „Eva, du bist transfeindlich!“ Seither kämpft sie auch gegen das geplante „Selbstbestimmungsgesetz“ und die Identitätspolitik, „die mich nicht nur als Frau, sondern auch in meiner journalistischen Überzeugung angreift: Wenn man mir sagt, dass Wahrheiten nicht ausgesprochen werden dürfen.“

Anfang 2023 hat die Juristin und Journalistin den gemeinnützigen Verein „Frauenheldinnen e.V.“ initiiert. Die Initiative war zunächst als Förderverein gedacht. Aber der Zulauf war so groß, dass es „jetzt doch ein Mitmach-Verein geworden ist“. Auf dem Aktions-Programm stehen: Leihmutterschaft, Schulaufklärung, Care-Revolution und ein Online-Magazin. Keine Frage: Mit ihren Vorsatz ist sie auf einem guten Weg. Und dabei steht sie nicht mehr alleine da. ♀

Eva Engelken auf dem EMMA-Abonnentinnenfest.





Rosalie Höhndorf **EINE ECHE PIONIERIN**

Sie ist EMMA-Leserin der ersten Stunde, schmuggelte Hefte in die DDR und wirbt bis heute für EMMA. Sie hat Gründe. Text: Annika Ross. Foto: Bettina Flitner.

Von EMMA erfahren hat Rosalie 1977 in der Zeitschrift *Courage*. „Da war von einer jungen Frau namens Alice Schwarzer die Rede, die aus Frankreich kommt und alles anders machen will. Ich war neugierig und stand sofort am Kiosk!“

In Wahrheit hatte *Courage* zum Boykott von EMMA aufgerufen. *Tempi passati*.

Als Rosalie die erste EMMA in der Hand hielt, war klar: „Das war genau die Stimme, die in Deutschland gefehlt hat. EMMA war viel näher dran an den Frauen als *Courage*. Ich habe in EMMA von Vergewaltigungen, Abtreibungen, Häuslicher Gewalt gelesen. Niemand hat vorher über so etwas öffentlich gesprochen!“ Dabei ist es das, worüber Freundinnen, Nachbarinnen, Kolleginnen reden.

Rosalie war von Beruf Kinderkrankenschwester im Diakonissenkrankenhaus in Speyer, später auf der Chirurgie in Essen. Oft hat sie beobachtet, wie Frauen, die Gewalt und Missbrauch erlebt haben, nicht geglaubt wurde. Sie sieht Frauen, die eine gynäkologische Operation hinter sich hatten und die Ärzte anbettelten, noch ein paar Tage im Krankenhaus bleiben zu können, weil ihr „Mann nicht die Finger von ihnen lassen kann“. „Es hieß, ‚Mein Mann ist ein Stier‘. Dann wusste man, was zuhause los ist“, erzählt Rosalie.

Geboren wurde Rosalie Höhndorf 1941 in Rheinland-Pfalz in der Nähe von Speyer. Ihren Vater, einen Schreiner, hat sie nur einmal kurz bei einem Lazarettbesuch gesehen. Er war Soldat in Sibirien und galt ab 1943 als vermisst.

Das Leben als Kind einer Näherin und Kriegerwitwe ist hart, aber auch ein Schutzraum. „Natürlich mussten wir funktionieren, früh selbstständig sein. Wir haben aber nie Hunger gelitten und keine körperliche Gewalt erlebt“, sagt sie. Ist die Mutter arbeiten, sind Rosalie und ihre beiden Geschwister bei der Tante oder der Großmutter. „Meine Mutter hatte Antennen für übergriffige Männer. Manchmal war sie auf die Hilfe eines Nachbarn angewiesen. Sie hat dann immer dafür gesorgt, dass

wir alle zusammen zuhause sind. Einen neuen Mann hat sie nie gewollt.“

Was die Mutter ihren Mädchen schnell klar macht: „Ihr braucht einen Beruf! Verdient euer eigenes Geld! Werdet unabhängig!“

Rosalie ist unabhängig, bekommt allerdings früh drei Kinder. Die Ehe geht nach kurzer Zeit in die Brüche. „Allein bin ich besser klargekommen“, sagt sie. Das einzige Problem: die Kinderbetreuung. Noch dazu im Schichtsystem als Krankenschwester auf der Chirurgie. „1974 geht sie nach Köln, wird Gemeindegeweswester in der evangelischen Gemeinde in Mülheim. „Ich hatte dort endlich Kindergartenplätze und bessere Arbeitszeiten.“ Auch leben dort viele Freundinnen.

Als Gemeindegeweswester macht sie Hausbesuche, pflegt alte Menschen, versorgt sie mit Medikamenten, organisiert Ausflüge und schlägt sich für sie mit Versicherungen herum. Manche begleitet sie bis in den Tod. „Ich habe viele Frauen erlebt, die ihre Männer gepflegt haben, bis sie selbst zusammengebrochen sind. Meine Botschaft war immer: Holt euch Hilfe!“ Später hat sie in Mülheim die erste Sozialstation mitaufgebaut.

Vor einigen Monaten ist Rosalie in eine Wohnung in einem Seniorenstift gezogen. „Es ist besser, so etwas selbstbestimmt zu entscheiden. Meine Kinder konnten das anfangs nicht verstehen. Aber hier habe ich Sicherheit, bin unter Leuten und kann trotzdem alles so machen, wie ich möchte“, sagt sie. Dazu gehört zum Beispiel, ihre ambulante Fußpflege weiter zu betreiben. „Mir ist nichts Menschliches fremd. Ich ekele mich auch nicht vor Menschen. Nur solche, die sich ekelhaft benehmen, die widern mich an!“ lacht Rosalie.

EMMA bleibt für Rosalie Herzensangelegenheit. „Frauen, hört nicht auf, auf Frauen zu schauen!“, sagt sie. Sie war selbstverständlich beim Abonentinnen-Fest dabei. Zu DDR-Zeiten hat sie Hefte rübergeschickt, versorgte all ihre Freundinnen mit Abos. Auch Rosalies Tochter liest EMMA. Sie selbst liest am liebsten die Menschen-Porträts. „Das sind immer so wahnsinnig tolle Frauen!“ Ganz genau. ♀

Rosalie vor 60 Jahren als Kinderkrankenschwester in Speyer.





Lotti vom Kolke DIE VIERTE WELLE

Während Corona wurde Lotti EMMA-Abonnentin – und schließlich auch Aktivistin und Radikalfeministin. Warum? Text & Foto: Annika Ross

Eigentlich ist die Schweizer Burka schuld, dass ich EMMA-Leserin geworden bin“, lacht Viktoria Charlotte vom Kolke, als sie uns im Kölner Bayenturm besucht. 2021 will die Schweiz die Burka verbieten, Deutschland aber sieht darin die „Religionsfreiheit“ gefährdet. „Ich war total irritiert“, erinnert sich Lotti, „meine Freundinnen aus muslimischen Ländern trugen weder Kopftuch, geschweige denn Burka. Ich habe also im Netz nach kritischen Stimmen gesucht und bin bei Alice Schwarzer gelandet“.

Lotti wühlt sich durch EMMAs, stößt dort auf die Ex-Prostituierte Huschke Mau, die gegen Prostitution und für die Bestrafung von Freiern kämpft. „Das hat meine Sicht darauf komplett verändert.“

Als Lotti dann im Corona-Lockdown die Trans-Debatte und die Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen darin verfolgt, beschließt sie: „So, jetzt abonniere ich EMMA!“ Und nicht nur das. Sie vernetzt sich mit anderen Feministinnen und wird aktiv. Sie engagiert sich in Gruppen und wird „Jugendbotschafterin“ bei Terre des Femmes. Lotti läuft mit beim „Safe Abortion Day“ oder gegen Prostitution auf der Dortmunder Bordell-Straße. Dort studiert sie „Stadt- und Raumplanung“ und schreibt gerade ihre Bachelor-Arbeit über obdachlose Frauen.

Und sie hinterfragt, was im akademischen Umfeld so passiert. „An meiner Uni hieß es: Wir müssen dunkle Angsträume für Frauen abbauen, aber wir brauchen auch ‚Cruising-Orte für schwule Männer‘. Dann wurde das Frauen-Referat in ‚Queerfeministisches-Referat‘ umbenannt und ist nun von und für ‚FLINTAS‘ oder ‚weiblich gelesene Personen‘. Frauen werden an Unis immer mehr Räume weggenommen!“

Vor einem Jahr kam Lotti auf die Idee, einen Podcast zu machen und dort mit Frauen zu sprechen, die sich für andere Frauen einsetzen. Ihre Folgen hören bis zu 1.000 Menschen, Geld verdie-

nen tut sie damit nicht. „Ich mache damit genau das, was mir zu kurz kommt: Diskutieren!“ Und wenn ihr Frauen schreiben, dass Lotti sie überzeugt hat, freut sie das besonders. „Grenzgängerin“ heißt ihr Podcast, inspiriert von ihrer Kindheit.

Geboren wurde Lotti 1997 als mittleres Kind in Zwiesel am bayerischen Grenzstreifen zu Tschechien, aufgewachsen ist sie aber in Bocholt, an NRWs Grenzstreifen zu Holland. Mutter und Vater sind BWLer und haben die drei Kinder früh zu Selbstständigkeit erzogen. Lottis neue Grenzgebiete sind: Terfs, Swerfs und Islamophobe. „All das wird mir und anderen Feministinnen ja immer vorgeworfen. Reden wir doch mal drüber!“

Was Lotti immer wieder nervt, ist die Fixierung aufs Geschlecht. „Ich finde, man sollte froh sein, wenn man einen gesunden Körper hat, aber nicht jede Diskussion über Geschlecht muss auf den Körper zurückfallen. Warum wird so oft über den Körper definiert, wie wir uns gegenseitig als Menschen sehen? Ich bin nicht nur mein Körper! Diese Botschaft hätte ich als Jugendliche gebraucht!“, sagt sie.

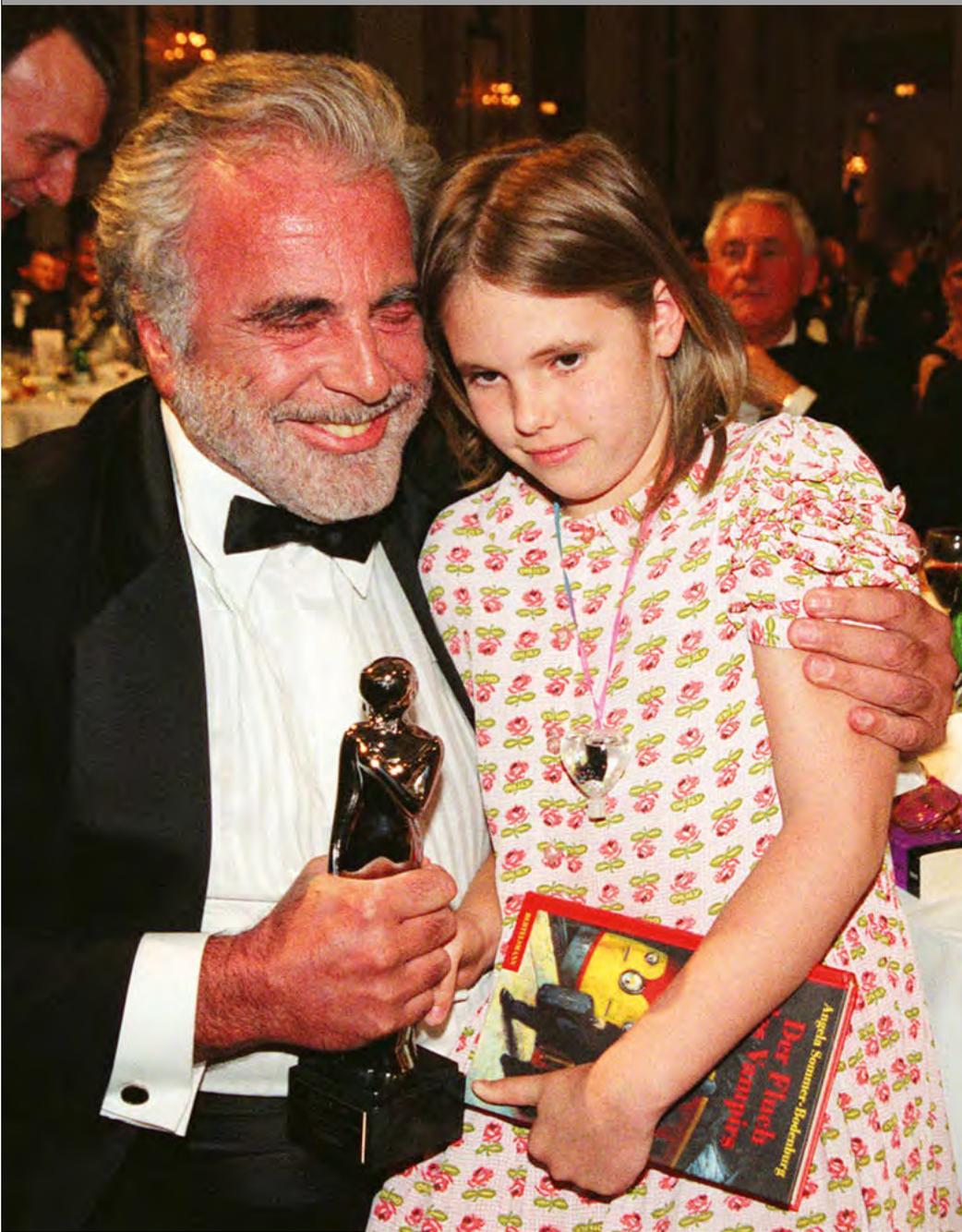
Dass zwischen Männern und Frauen grundsätzlich etwas falsch läuft, merkt Lotti bereits im Alter von elf Jahren. Da hält ihr ein Junge einen Hardcore-Porno auf dem Handy vors Gesicht. „Ich habe direkt gecheckt, welche Geschlechterrollen da dargestellt werden. Das wollte ich nicht. Als Teenager habe ich das Cool-Girl gespielt und wollte bei den Jungs dazugehören. Heute weiß ich, dass ich ‚nur‘ ein Mädchen für sie war. Die Jungs haben mich nie als gleichwertig angesehen. Eine Freundschaft auf Augenhöhe ging einfach nicht, sie haben mir nie die gleiche Solidarität wie ihren Kumpels gezeigt.“

Vollends fatal wird es bei ihrem ersten Freund. „Er hat mir ins Gesicht gesagt, ich soll Pornos schauen, damit ich weiß, was ich machen muss, wenn wir das erste Mal Sex haben.“ Da ist für Lotti Schluss. Aber bald entdeckt sie „ihre Rettung“: Frauenfreundschaften. Ihr Fazit: „Wir müssen intensive Freundschaften zueinander aufbauen. Frauen brauchen Frauen!“ ♀

„Ich bin die vierte Welle!“, so meldet sich Lotti beim EMMA-Abonnentinnen-Fest.

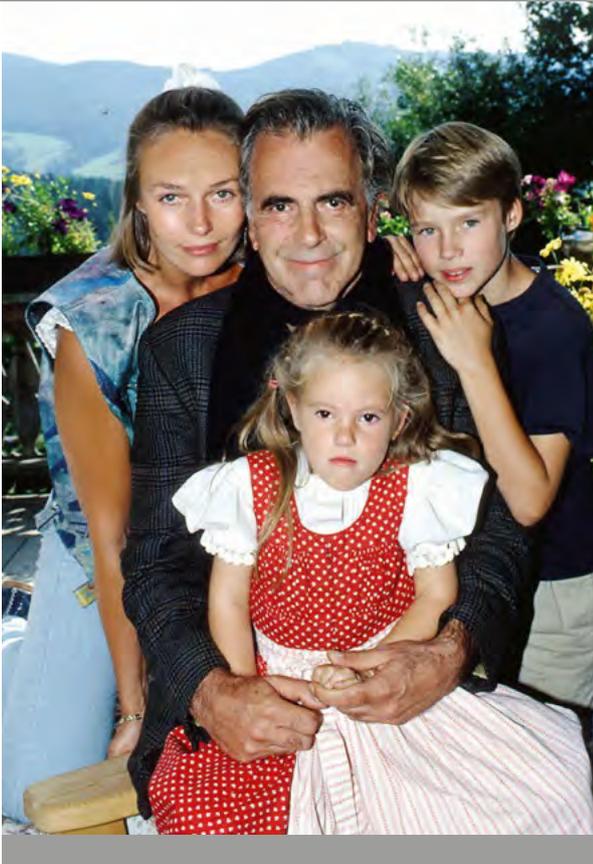






Überraschung. Maximilian Schell, der international geachtete Oscar-Preisträger, hat seine Nichte Marie Theres Relin missbraucht. Und seine Tochter Nastassja ebenso. Hier die Neunjährige, vom „geliebten Vater“ auf den Schoß gepresst. In aller Öffentlichkeit.

MAXIMILIAN SCHELL ALLE HABEN WEGGESEHEN!



Schell 1993 mit Ehefrau, Stiefsohn und seiner vierjährigen Tochter Nastassja. Rechts: Schell 1982 mit Schwester Maria und seiner 16-jährigen Nichte Marie Theres.



Familienidylle. Links Maximilian Schell mit Ehefrau und Kindern, auf dem Schoß die vierjährige Nastassja. Er hält die Hände der Tochter fest. „Das hatte seinen Grund“, sagt Nastassja heute. „Wenn wir allein in seinem Arbeitszimmer waren, streichelte er mich und ermutigte mich, mich selbst zu befriedigen. Ich wusste nicht, dass man das nicht jedes Mal machen darf, wenn ich auf seinem Schoß sitze. Deswegen hält er meine Hand fest.“

Nastassja war neun, als der Vater zum ersten Mal nachts in ihr Bett kam. Sie war 18, als sie in der Familie zum ersten Mal darüber sprach. Reaktion? „Ich wurde zum Schweigen gezwungen. Das verfolgt mich mein Leben lang“, sagte sie der *Bunte*. „Bis heute habe ich nachts Alpträume.“

Dass Nastassja endlich spricht, liegt daran, dass Marie Theres ihr Schweigen gebrochen hat. Schells Nichte und die Tochter der in den 50er und 60er Jahren sehr berühmten Maria Schell, war 14, als es geschah. „Ohne Gewalt, aber gegen meinen Willen.“ Rückblickend sagt sie: „Es ging ihm ums Erlegen. Viele Bambis in seinem Bett. Je jünger, desto besser.“

Hat Marie Theres es ihrer Mutter gesagt? „Nein. Die hätte mir nie geglaubt.“ Erst jetzt, im Alter von 57 Jahren und einer Zeit, in der Kindesmiss-

brauch nicht mehr als Kavaliersdelikt gilt, sondern als Verbrechen, redet Marie Theres.

Sie hat es in ihrem gemeinsamen Buch mit ihrem Ex-Mann Franz Xaver Kroetz geschrieben („Szenen keiner Ehe“). Die Medien, von *Bunte* bis *Zeit*, sind geschockt. Die *Süddeutsche Zeitung* allerdings erlaubt sich, in einem ellenlangen Interview mit Relin und Kroetz den Missbrauchsvorwurf gegen Schell noch nicht einmal zu erwähnen. Feine Kreise. Weiterhin. Man tut es – aber man redet nicht drüber. ♀

Nastassja: Mit 34 öffentlich gemacht.
Marie Theres: Mit 57 das Schweigen gebrochen.





Sauna Sisterhood

Die Estin Anna Hints hat eine der berührendsten Dokumentationen vom Frauenleben heute gedreht. Nicht verpassen!

Wenn eine gerade verzweifeln will über das entfremdete Niveau des westlichen Neofeminismus, erreicht sie die lebendige Sisterhood aus später erwachten Ländern. Wie dieser Dokumentarfilm aus Estland: „Smoke Sauna Sisterhood“. Allein schon das Wort: Sisterhood. Ja, ist das nicht von gestern? Nein, es ist von gestern, heute und morgen, wie dieser Film von Anna Hints zeigt.

Die erste Szene: Eine Frau schlägt in einem tief vereisten See im Wald kraftvoll das Eis auf. Sodann schmilzt auch in der Rauchauna der Eispanzer, den die Frauen um sich gelegt haben, zum Schutz. In dieser Rauchauna – ein Gemisch aus offenem Feuer, Dampf und Sisterhood – brechen die Frauen ihr langes Schweigen. Sie reden. Sie vertrauen diesem kollektiven Frauenkörper nie Gesagtes an.

Sie treiben den Schmerz aus sich heraus. Mit Wasser, mit der Blätterrute – und gemeinsam. Geständnisse über Gewalt. Die Gewalt früher Demütigungen durch Männer und Mütter, die die patriarchale Botschaft weitertragen. Gewalt durch Lieblosigkeit. Gewalt durch Vergewaltigung. Und trotzdem müssen die Frauen zwischendurch auch immer wieder lachen. Dieses mädchenhafte

Kichern, das in intimen Situationen unter Frauen aufflammen kann.

Ich kenne das aus der frühen Frauenbewegung. Wir hatten keine Sauna, aber das Consciousness Raising, die Bewusstwerdungs-Gruppe, in der wir uns im kleinen Kreis alles erzählten – ohne uns je dafür zu verurteilen. Es war die Geburtsstunde der Frauenbewegung.

In Süd-Estland ist es eine Tradition, die inzwischen sogar als „immaterielles Kulturerbe“ gilt. Die Frauen ziehen sich in eine einsame, autarke Hütte im Wald zurück und verbringen dort Stunden, bevor sie wieder auftauchen. Kathartische Stunden. Mystische Stunden. Sie reden – und sie hören sich zu. „Schmerz geh raus! Schmerz geh raus!“ Dieser rituelle Singsang wird begleitet von Schlägen mit einem Blätterbüschel auf den schweißüberströmten Körpern.

Früher wurden in solchen Hütten auch Kinder geboren und Tote gewaschen. Die elfjährige Anna Hints hat das erstmals mit ihrer Großmutter erlebt. Nach dem Tod des Großvaters ging die Großmutter mit ihr in die Rauchauna und schrubhte sich das Jahrzehnte währende Martyrium ihrer Ehe vom Körper. Am nächsten Tag beerdigte sie ihren Mann, befreit.

TERMIN
„Smoke Sauna Sisterhood“ läuft auch beim Terre-des Femmes-Filmfest FrauenWelten (25.10. – 1.11., Berlin)



Eis und Panzer schmelzen in der Smoke Sauna. Die einzelnen Frauen verschmelzen zum kollektiven Körper. Unten: Regisseurin Anna Hints.

Der Dokumentarfilm wirkt so intim, als seien die Frauen ganz unter sich. Die Fotografin, Filmemacherin und Sängerin Anna Hints hatte jedoch durchaus eine beachtliche Crew beim Dreh, die Kamera und den Ton machten Männer. Sie alle müssen sehr viel verstanden haben, um den betroffenen Frauen diesen Raum und das Vertrauen geben zu können. Die Frauen sind nackt, manche Gesichter sind zu sehen, manche nicht. Es geht um die Körper, die im Verlauf des Films zu einem kollektiven Frauenkörper verschmelzen. Verletzlich und stark zugleich.

Die Regisseurin hat an dem Film gesamt sieben Jahre lang gearbeitet und in der einen Hütte immer neue Gruppen begleitet. Manche Frauen kannte sie.

Manche kamen dazu. Jede Frau hat ihren Part vor und nach dem Schnitt gesehen. Manche haben nachträglich bedauert, ihr Gesicht nicht gezeigt zu haben. Sie sind alle stolz auf ihren Film.

„Smoke Sauna Sisterhood“ erhielt auf dem internationalen Dokumentarfilm-Festival Sundance den ersten Preis für die beste Regie 2023. Der Film läuft am 23. November in den Kinos an. ♀
ALICE SCHWARZER





Bürgermeisterin Astrid Siemes-Knoblich, ZDF-Reporterin Birte Meier und Juristin Gabriele Gamroth-Günther erkämpften Equal Pay.

DIE PIONIERINNEN FÜR EQUAL PAY

Diese Frauen erstritten wegweisende Grundsatzurteile gegen die unterschiedliche Bezahlung von Frauen und Männern. Jetzt boostert die EU mit einer neuen Direktive die Equal Pay-Revolution.

Keine Frage, die Reden der Müllheimer Bürgermeisterin Astrid Siemes-Knoblich werden auch in Jahrzehnten noch zum Nachlesen im Archiv der Stadt zu finden sein. „Unglaublich, dass wir darüber überhaupt diskutieren mussten“, sagt die 61-jährige frühere Unternehmensberaterin.

Unglaublich ist so einiges, was Siemes-Knoblich während ihrer achtjährigen Bürgermeisterzeit im Markgräferland ganz im Süden Deutschlands erlebt hat. Der Hammer kam aber nach der Amtszeit: Ihr Nachfolger bekam wie auch schon ihr Vorgänger mehr Gehalt als sie. Siemes-Knoblich klagte auf Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts. Im März dieses Jahres gab das Verwaltungsgericht Freiburg der Klage statt. Müllheim muss Siemes-Knoblich 50.000 Euro nachzahlen, die gesamte aufgelaufene Lohndifferenz.

Die Ex-Bürgermeisterin und eine Handvoll anderer mutiger Frauen haben in den vergangenen Monaten eine Reihe von Grundsatzurteilen erstritten, die den Kampf um gleichen Lohn deutlich vorangebracht haben. Noch immer ist Deutschland, das Land der Rabenmütter, eines der Schlusslichter, was die Gleichbezahlung von Männern und Frauen in Europa angeht: Frauen verdienen hierzulande im Durchschnitt 18 Prozent weniger, wenn die Bruttostundenlöhne verglichen werden. Weil Frauen aber öfter in schlecht bezahlten Berufsgruppen, in sogenannten „Frauenberufen“ arbeiten, wird dies in einer weiteren Rechnung „bereinigt“, also herausgerechnet. Doch selbst dann bleibt beim direkten Vergleich ähnlich Qualifizierter eine Gender Pay-Lücke von sieben Prozent.

Das 2017 in Kraft getretene „Entgelttransparenzgesetz“ ermöglicht seither Frauen, in Betrieben mit über 200 Beschäftigten nachzufragen, wie Männer und Frauen in gleichwertigen Positionen bezahlt werden. Die damalige ZDF-Journalistin Birte Meier war die erste, die ihre Equal-Pay-Klage darauf gründete: Rund 800 Euro im Monat verdiente sie weniger als ihre männlichen Kollegen.

Den ersten Prozess vor dem Amtsgericht Berlin hat sie verloren, auch die zweite Instanz. „Nach heutiger Rechtsprechung hätte ich wohl längst gewonnen“, schreibt sie in ihrem im März

erschienen Buch „Equal Pay Now“. Denn zwischenzeitlich haben andere Frauen Grundsatzurteile erstritten, hinter die die Gerichte nicht mehr zurückgehen können.

Da ist zum einen die Juristin Gabriele Gamroth-Günther, die bereits 2021 in einer Klage gegen ihren Arbeitgeber VHV Versicherungen eine höchstrichterliche Beweislast-Umkehr erreicht hat: Nicht die Angestellten, sondern die Unternehmen müssen nun vor Gericht nachweisen, dass sie Frauen nicht schlechter bezahlen als vergleichbare männliche Kollegen. Und da ist Susanne Dumas, eine Diplom-Kauffrau aus Meißen. Im Februar diesen Jahres sprach ihr mit dem Bundesarbeitsgericht die diesbezüglich höchste Instanz zu, dass ihr Arbeitgeber die Lohndifferenz in Gänze, verzinst und zuzüglich eines Schadenersatzes nachzahlen muss.

Ein Kernpunkt ihres Prozesses war die Frage, ob Frauen einfach deshalb schlechter verdienen, weil sie schlechter verhandeln – ein klassisches Stereotyp, das immer wieder in der Equal-Pay-Diskussion auftaucht. Hier war das Bundesarbeitsgericht ebenso klar und eindeutig wie in der Frage der Nachzahlung der Lohndifferenz: Verhandlungsgeschick rechtfertigt keinen Gehaltsunterschied, so die Richter und Richterinnen.

Die Fair-Pay-Expertin Henrike von Platen hält das für „bahnbrechend“. Bislang sei so oft argumentiert worden, dass Frauen einfach besser verhandeln, lauter auftreten oder wie auch immer sonst sich einfach „männlicher“ verhalten müssten. Doch dieses Urteil des Bundesarbeitsgerichtes mache klar, dass sich nicht die Frauen, sondern das System ändern müsse. „Don't fix the women, fix the system“, zitiert von Platen ein im angelsächsischen Raum längst bekanntes – und auch beachtetes – Verhaltensmuster.

Bereits 1963 wurde beispielsweise in den USA der „Equal Pay Act“ vom damaligen Präsidenten John F. Kennedy unterzeichnet. Doch es brauchte fast ein weiteres halbes Jahrhundert, bis sich so viele Frauen durch die Instanzen klagten, dass

VERHANDLUNGSGESCHICK RECHTFERTIGT KEINEN GEHALTSUNTERSCHIED!

Bundesarbeitsgericht

Präsident Barack Obama 2009 den sogenannten „Lily Ledbetter Fair Pay Act“ vorstellte: Ledbetter hatte ihren Arbeitgeber, den Reifenhersteller Goodyear, zwar erfolgreich wegen Lohndiskriminierung bis vor den Obersten Gerichtshof verklagt. Doch weil wichtige Fristen verstrichen

ministerin Theresa May. Wie unangenehm, das zeigte besonders plastisch zum Equal Pay Day 2022 ein extra darauf programmierter Bot. Während beispielsweise eine Finanzgruppe ihre „Goldman-Sachs-Frauen“ weltweit per Twitter-Tweet feierte, meldete der Bot direkt dazu, dass der Gender Pay Gap bei Goldman Sachs 36,8 Prozent betragen würde.

„Naming and Shaming“ wird diese Strategie auch genannt. Sie ist sehr erfolgreich. Ebenfalls in Großbritannien hat beispielsweise der damalige Chef des Billigfliegers Easyjet freiwillig sein Gehalt reduziert, nachdem der Bot auch dort aufgrund der staatlich ermittelten Zahlen gravierende Gehaltsunterschiede gemeldet hat.

So gelten ähnliche Transparenzgesetze bereits in Frankreich, Dänemark und Schweden. Wer sich weigert, den Gender Pay Gap zu reduzieren, muss beispielsweise in Frankreich mit empfindlichen Geldstrafen von bis zu einem Prozent der gesamten Gehaltssumme des Unternehmens rechnen. Als besonders vorbildlich gilt international das kleine Island. Dort gibt es seit 2017 mit dem sogenannten „Equal Pay Standard“ ein branchenübergreifendes Audit- und Zertifizierungssystem, das jede Firma mit über 25 Mitarbeitenden beachten muss. Bei Missachtung drohen empfindliche Geldstrafen. Alle drei Jahre muss der Audit wiederholt werden.

So obliegt es in Island „den Unternehmen, für faire Behandlung zu sorgen und diese nachzuweisen“, wie Entgelt-Expertin von Platen auf ihrer Homepage schreibt. In Anlehnung an das isländische Vorbild hat sie 2017 das „Fair Pay Innovation Lab“ als Non-Profit-Organisation gegründet. Mit dem „Universal Fair Pay Check“ hat die Unternehmensberaterin dabei einen Instrumentenkasten aufgebaut, um Firmen auf gendergerechte Bezahlung zu zertifizieren. Je nach Ergebnis gibt es dabei mehrere Stufen. Mit dem Autobauer BMW AG wurde in diesem Jahr das erste deutsche Unternehmen mit der höchsten Zertifizierung ausgezeichnet. Der bereinigte Gender Pay Gap liegt dort nun nur noch bei „knapp unter einem Prozent“, wie eine BMW-Pressemitteilung stolz verkündet.

„Gefühlt ist der Fortschritt eine Schnecke“, sagt von Platen, die auch viele Jahre Schirmherrin der



TRANSPARENZ REDUZIERT DEN GENDER PAY GAP DEUTLICH. WER SICH WEIGERT, ZAHLT.

Henrike von Platen

waren, bekam sie keinerlei finanzielle Entschädigung.

Das korrigierte dann das nach ihr benannte Gesetz, was zu einer weiteren Flut von Prozessen führte. „Die USA machen es vor“, betitelt Journalistin Meier deshalb auch das diesbezügliche Kapitel in ihrem Buch „Equal Pay Now“. Ei-

nes der jüngeren Beispiele, die Schlagzeilen machten, war die Klage der US-Fußball-Frauen: Zwar haben fünf Top-Spielerinnen der Frauennationalmannschaft ihre Klage vor Gericht verloren. Doch die darauf folgende öffentliche Kontroverse war so groß, dass sich der U.S. Soccer Verband nach sechs Jahren Auseinandersetzung im Februar 2022 bereit erklärt hat, 24 Millionen US-Dollar an Gehältern nachzuzahlen und das Gehaltsniveau von Männern und Frauen im US-Fußball anzugleichen.

In Großbritannien müssen Firmen mit über 250 Beschäftigten seit 2017 ihre internen Lohnlücken veröffentlichen. „Wir haben damit gerechnet, dass die Ergebnisse unangenehm würden“, zitiert Meier die damalige britische Premier-

Weiter auf S. 24 →



DIE GENDER PAY GAP- FORSCHERIN

Wirtschaftsnobelpreis
für Claudia Goldin

Das passte perfekt – und war doch nicht koordiniert. Das „National Bureau of Economic Research“ ist einer der renommiertesten Verbände von Forschenden der Wirtschaftswissenschaft in den USA. Morgens wurde dort ein neues Arbeitspapier der Harvard-Professorin Claudia Goldin mit dem Titel „Why Women Won“ veröffentlicht. Wenige Stunden später hatte Goldin selbst gewonnen – und zwar die höchste Wissenschaftsauszeichnung der Welt: den mit 950.000 Euro dotierten Wirtschaftsnobelpreis.

Als erst dritte Frau in dessen Geschichte hat die 77-Jährige die Nobel-Auszeichnung für ihre lebenslange Forschung zum sogenannten „Gender Pay Gap“ erhalten. Warum Frauen für die gleiche Arbeit weniger verdienen, hatte vor ihr in den Wirtschaftswissenschaften kaum jemanden interessiert.

Goldin schon: In jahrelanger Arbeit hat sie ein Archiv nach dem anderen über Daten zu Frauenarbeit in den USA seit 200 Jahren durchsucht. Um herauszufinden, wie unterschiedlich Männer und Frauen bezahlt wurden, musste sie zuerst erforschen, wo, wie und wann Frauen überhaupt beschäftigt wurden. Ihre Ergebnisse veröffentlichte Goldin 1990 in dem Buch „Understanding the Gender Gap“, das zu einem absoluten Standardwerk wurde.

Darin zeigte die Forscherin, dass zu Beginn des 19. Jahrhunderts relativ gese-

hen bereits so viele Frauen wie heute arbeiteten – allerdings meist zusammen mit ihren Männern im Handwerk oder in der Landwirtschaft. Mit der Industrialisierung ging ihr Anteil am Erwerbsleben dann drastisch zurück, um erst nach dem Zweiten Weltkrieg wieder anzusteigen.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen stellte sich so als eine U-förmige Kurve mit einem Tiefpunkt im Jahr 1910 dar. Bislang war man in der Wirtschaftswissenschaft davon ausgegangen, dass die Frauen-Erwerbsquoten analog zum Wirtschaftswachstum steigen. Die dementsprechende Kurve wäre also eine ansteigende Gerade. Das klingt technisch, war aber für die Wirtschaftswissenschaften revolutionär – und hat das Forschungsfeld des Gender Pay Gaps überhaupt erst möglich gemacht.

In drei Zeitperioden hätten Frauen auf dem Weg zur gleichen Bezahlung ihrer Arbeit besonders aufgeholt, so Goldin. Zum einen während der Industriellen Revolution von 1820 bis 1850, als sie in den Fabriken dringend gebraucht wurden. Zwischen 1890 und 1930 öffneten sich so dann viele Bürojobs für weibliche Angestellte.

Die größte Aufholjagd begann aber mit der Erfindung der Pille, argumentiert Goldin. Diese ermöglichte Frauen eine effektive Geburtenkontrolle und so, selbst zu entscheiden, wer wann wie

erwerbstätig sein wollte. Dadurch reduzierte sich die Minderbezahlung von Frauen für die gleiche Arbeit von 40 Prozent im Jahr 1980 auf 20 Prozent im Jahr 2005.

Seitdem stagniert der Gender Gap in den USA. Goldin erklärt das neben Diskriminierung mit dem von ihr geprägten Begriff der „greedy jobs“ – Arbeit, die zwar sehr gut bezahlt ist, aber unverhältnismäßig lange Arbeitszeiten oder ständige Rufbereitschaft mit sich bringt. In Familien mit kleinen Kindern könne die nur ein Elternteil machen, und das sei in der Regel immer noch der Mann.

Für Goldin selbst hat sich diese Frage nicht gestellt. Die gebürtige New Yorkerin und Jüdin, die in der armen Bronx aufgewachsen ist, ist mit einem Wirtschaftsprofessor verheiratet, Kinder haben die beiden keine. Dafür allerdings einen Golden Retriever namens Pika, über den Goldin durchaus schon mal Infos auf ihrer Webseite teilt – wie zum Beispiel, dass er nach gut überstandener Tumoroperation seinen 13. Geburtstag gefeiert habe.

Bleibt noch nachzutragen, warum Frauen gewonnen haben, was also in dem Artikel von Goldin steht, der vom NBER kurz vor ihrem Nobelpreis veröffentlicht wurde. Es war die Frauenbewegung von 1963 bis 1973, schreibt Goldin dort: Nie zuvor und nie danach hätte sich so viel im Leben von Frauen verbessert. ♀

FRAGEN SIE SICH, WIE IST ES BEI DIR? HOLEN SIE DAS THEMA AUS DER TABU-ECKE!

deutschen „Equal Pay Day-Kampagne“ war. Und doch setzt sie vor allem auf die Kraft der positiven Beispiele. „Ich baue darauf, dass all das Piken dazu führt, dass die Unternehmen von sich aus aktiv werden“, sagt sie. Viele Gender Pay Gaps

basierten auf oftmals unbewussten Vorurteilen, meint von Platen: „Die Zertifizierung schafft Transparenz und das ist meiner Erfahrung nach der schnellste Weg, Ungerechtigkeiten zu beseitigen.“

Selbst wenn die direkten Lohnungleichheiten beseitigt sind, bleibt allerdings immer noch das mindestens ebenso große Problem der grundsätzlichen Einstufungen – und die Frage, welches Entgelt uns welcher Beruf wert ist. Ex-Bürgermeisterin Siemes-Knoblich ist dafür ein Paradebeispiel: Der Gehaltsunterschied zwischen ihr und ihrem Vorgänger und Nachfolger resultierte darin, dass der Gemeinderat sie als Frau niedriger eingestuft hatte als die Männer. „Das ist eine Besonderheit von Baden-Württemberg“, erklärt die Kommunalexpertin. Sie hat inzwischen „Go! Female“ als gemeinnütziges Unternehmen gegründet, um „Frauen sichtbar zu machen“.

Allzu oft sei das Gehalt davon geprägt, „wie viel Budget- und Personalverantwortung der Mitarbeitende“ hat, so Siemes-Knoblich: „Und da hat der Leiter des Steueramtes immer bessere Karten als die Leiterin der Kita.“ Sie sieht in der fehlenden Sichtbarkeit von Frauen mit einen der Gründe, dass „typische“ Frauenberufe durch die Bank schlechter bezahlt werden als männlich dominierte Berufe. Deshalb seien aus ihrer Sicht beispielsweise auch alle Tarifverträge in Hinsicht auf diese Eingruppierungen zu überprüfen.

Siemes-Knoblich hält genauso wie von Platen Transparenz für den entscheidenden Beschleuniger auf dem Weg zur Entgeltgleichheit. „Die Höhe des Gehalts ist ein Tabu in Deutschland“, sagt sie. Das aber sei ein riesiges Problem, das jeder und jede von uns selbst angehen kann: „Fragen Sie sich, wie ist es bei dir, holen Sie das Thema aus der Tabu-Ecke.“ Sie selbst hat sich vor ihrem Gerichtsverfahren von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes beraten lassen und empfiehlt das auch weiter.

Die vielleicht größte Hoffnung aber setzen beide Frauen auf die neue Lohntransparenz-Richtlinie der Europäischen Union, die im Juni dieses Jahres verabschiedet wurde. Sie sieht eine Reihe von neuen Auskunftsrechten vor: So müssen Arbeitgeber künftig schon in der Stellenausschreibung ein Einkommensband angeben und dürfen nicht mehr nach dem früheren Einkommen fragen.

Vor allem aber müssen Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten künftig regelmäßig von sich aus über das geschlechtsspezifische Lohngefälle informieren. Liegt es bei mindestens fünf Prozent und kann nicht anhand objektiver geschlechtsneutraler Faktoren erklärt werden, muss die Firma gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern eine Entgeltbewertung vornehmen.

Geschädigte sollen künftig auch leichter klagen können, beispielsweise über Sammelklagen. Grundsätzlich muss das Unternehmen beweisen, dass es nicht diskriminiert, ansonsten drohen empfindliche Sanktionen und auch Entschädigungen für die betroffenen Mitarbeitenden.

So zumindest steht es in der Brüsseler Richtlinie. Wie – und vor allem wann – das in das jeweilige Recht der Mitgliedsländer umgesetzt wird, ist offen. Drei Jahre haben die EU-Mitgliedsstaaten Zeit. Spätestens 2026 also muss die EU-Lohntransparenzrichtlinie auch in Deutschland umgesetzt sein.

Soll es schneller gehen, ist politischer Druck notwendig. „Es geht nur mit kritischer Masse“, sagt Go-Female-Gründerin Siemes-Knoblich: „Die Leistungen von Frauen müssen sichtbarer gemacht werden“. Das war auch der Grund, warum sie dafür gesorgt hat, dass ihre Reden als Bürgermeisterin im Archiv jederzeit verfügbar sind. Sie ist derzeit dabei, die Arbeit der allerersten Bürgermeisterin einer deutschen Großstadt aufzuarbeiten: Louise Albertz, die von 1946 bis 1948 Oberhausen geführt hat.

Wie es damals um die Entgelt-Gleichheit stand, ist schwierig zu rekonstruieren. Sicher aber ist, dass Albertz eine Kandidatin für ein weiteres Projekt von Siemes-Knoblich wäre – auch hierzu lande wie in den USA eine „National Women’s Hall of Fame“ zu etablieren, in der die Leistungen von Frauen gefeiert werden. ♀ **MARGARET HECKEL**

📖 WEITERLESEN

Henrike von Platen:
Über Geld spricht man
(Nicolai); Birte Meier:
Equal Pay Now!
(Goldmann)

🌐 IM NETZ

Fair Pay Innovation Lab:
fpi-lab.org;
Antidiskriminierungs-
stelle des Bundes:
antidiskriminierungsstelle.de;
Astrid Siemes-Knoblich:
Sichtbarmachen von
Frauen auf go-female.de;
National Women’s Hall
of Fame/Seneca Falls, USA:
womenofthehall.org

EMMA ZUR PROBE. 3 HEFTE ZUM HALBEN PREIS 18 € (STATT 35.40)



ZUR PROBE
3 Ausgaben
Januar '24
bis Juni '24.

**3 Hefte
für 18 €**



Bestellen:
emma.de/abo
T 0711/7252-285

JA, ICH BESTELLE DAS PROBE-ABO ZUM PREIS VON NUR 18 €

Meine Adresse:

Name, Vorname _____
Straße, Hausnummer _____
PLZ, Ort _____ P_0623

Gezahlt wird:

per Rechnung per Einzugsermächtigung

IBAN _____
BIC _____
Datum, Unterschrift _____

**Coupon an: EMMA Abo-Service,
Postfach 81 06 40, 70523 Stuttgart**

Soll das Probeabo nicht weiterlaufen, muss es nach der 3. Ausgabe gekündigt werden. Sonst geht es in ein Abo zu 69 € pro Jahr über. Dieses Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

EMMA erscheint in der EMMA Frauenverlags GmbH, Geschäftsführerin Alice Schwarzer, Bayenturm, 50678 Köln, HRB 7742 Köln. Preis 69 € (85 Sfr) im Jahr, Versand gratis in Deutschland, Schweiz und Österreich. Weiteres Ausland zzgl. Versandkosten.

SEPA-Lastschriftmandat Ich ermächtige den ZENIT-Vertrieb, wiederkehrende Zahlungen mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Vertrieb auf mein Konto eingezogene Lastschrift einzulösen.

Hinweis Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen.

Widerrufsgarantie Sie können Ihren Vertrag innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen in Schriftform widerrufen. Das Widerrufsformular finden Sie unter www.emma.de/ widerruf. Zur Wahrung der Frist genügt die Absendung an: EMMA Abo-Service, Postfach 810640, 70523 Stuttgart, E-Mail emma@zenit-presse.de, Fax 0711/725 23 33.



WAS PLANT SAHRA W.?

Ich hatte sie schon lange aus den Augenwinkeln beobachtet. Mir gefiel, wie sie sich für soziale Gerechtigkeit einsetzte und in der ersten Reihe bei den Jungs mitspielte. Dann habe ich das erste Buch von ihr gelesen: „Die Selbstgerechten“. Fand ich gut. Obwohl die Frauen darin total abwesend sind. Aber das bin ich gewohnt bei Linken, und mit den Frauen beschäftige ich mich ja selber schon im Übermaß. Plötzlich schrieb sie mir im Mai 2022, nach dem „Offenen Brief“ an den Kanzler. Sie hatte auch selber unterschrieben. Seither schickten wir uns ab und an gegenseitig eine Info oder einen Artikel. Anfang 2023 wurde mir klar, dass noch einmal versucht werden müsste, die deutsche Politik wachzurütteln und ihr klarzumachen, dass weite Teile der Bevölkerung gegen ihre Kriegspolitik sind. Bei der Überlegung, wie man erneut Aufmerksamkeit erzeugen

könnte, kam ich auf Sahra Wagenknecht. Sie schien mir die einzige öffentlichkeitsrelevante Stimme, die sich noch traute. Außerdem ging ich davon aus, dass die Kombination Schwarzer/Wagenknecht viele erregen würde, im Guten wie im Kritischen. Es klappte. Zu der Friedensdemonstration am 25. Februar diesen Jahres in Berlin riefen wir gemeinsam auf. Es kamen nicht etwa 15.000 Menschen, wie dreist von vielen Medien behauptet wurde, sondern an die 50.000. Sahra und ich hielten Kontakt, via Mail. Am Tag vor Veröffentlichung unseres Manifestes waren wir uns zum ersten Mal begegnet. Seither duzen wir uns. Anfang Oktober bin ich in das saarländische Dorf an der französischen Grenze gefahren, wo sie seit elf Jahren mit Oskar Lafontaine lebt. Es war unsere dritte Begegnung.
Alice Schwarzer – Fotos: Bettina Flitner



Alice Schwarzer im Gespräch mit Sahra Wagenknecht in ihrem saarländischen Dorf, unweit der französischen Grenze.

Sahra, es sieht so aus, als wolltest du eine eigene Partei gründen. Du würdest damit eine große Lücke in der Parteienlandschaft füllen: halblinks von der Mitte. Dass eine neue Partei notwendig wäre, steht außer Frage. Natürlich wäre das eine wahnsinnige Kraftanstrengung und ein solches Projekt könnte nur begonnen werden, wenn es gut vorbereitet ist. Aber wir haben eine große Leerstelle im politischen System: Sehr viele Menschen fühlen sich von keiner Partei mehr vertreten.

Und warum sollten die Menschen dich wählen?

Ich erlebe, dass viele sich eine politische Kraft wünschen, die sich für wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit, eine friedliche Außenpolitik und Meinungsfreiheit einsetzt.

Und du hoffst, dich dafür mit einer neuen Partei effektiv einsetzen zu können?

Wir haben zurzeit eine Regierung, die in Teilen inkompetent ist und planlos handelt. Sie wollte mit

den Wirtschaftssanktionen „Russland ruinieren“ und merkt immer noch nicht, dass wir uns selbst ruinieren. Wir importieren nach wie vor russische Energie, nur jetzt eben das Öl über Indien und das Gas teils über Belgien. Und wir importieren immer mehr teures umweltschädliches Fracking-Gas aus den USA. Höhere CO₂-Abgaben oder das dilettantische Heizungsgesetz sollen dann das Klima retten, machen aber nur das Leben vieler Menschen noch schwerer. Und: Ohne Frieden ist alles nichts. Die Ampel macht eine gefährliche Außenpolitik. Wir rücken einem Weltkrieg immer näher.

Darauf kommen wir nachher nochmal zurück, wenn du einverstanden bist. Reden wir erstmal von der AfD. Nach deren Durchmarsch in Bayern und Hessen bist du vermutlich die Einzige, die die Rechtspopulisten noch stoppen könnte. Ich möchte dich fragen: Wie würdest du mit dieser real existierenden Partei im Parlament umgehen?

Ich finde, wir müssen weg von dieser Hysterie, dieser Fixierung auf die AfD. Die AfD wird doch

nicht gewählt, weil die Menschen so überzeugt sind von Personal und Programm. Sie wird gewählt wegen des Versagens aller anderen Parteien. In der Regierung wie in der Opposition. Viele wählen die AfD aus Verzweiflung. Sie haben das Gefühl: Nur wenn ich AfD wähle, kann ich der Regierung zeigen, wie unzufrieden ich bin.

Welche inhaltlichen Gemeinsamkeiten teilst du mit der AfD – und was sind die Unterschiede?

Ich bin überzeugt: Mit Waffen beendet man keinen Krieg, wir brauchen Verhandlungen. Etwas ist ja nicht falsch, nur weil es auch die AfD sagt. Schlimm ist, dass die anderen Parteien diese Position nicht mehr vertreten. Noch nicht einmal die SPD, die doch eine große Tradition in der Entspannungspolitik hat. Oder die Debatte über die Zuwanderung. Integration ja! Aber wir können doch nicht aus falsch verstandener Toleranz die Verbreitung religiöser Hasslehren dulden. Und auch nicht die Überforderung unserer Infrastruktur. Wir haben in Deutschland schon jetzt ein Mangelproblem: fehlende Kitas und Lehrer, fehlende Wohnungen etc. Wenn in diese angespannte Lage auch noch zu viele Einwanderer kommen, verschärfen sich die Probleme. Und es sind nicht die Wohlhabenden, die darunter leiden. In deren Wohnvierteln findet das ja nicht statt. Wir müssen also darüber reden:

Wie begrenzen wir Zuwanderung? Es war eine Riesendummheit, das über Jahre der AfD zu überlassen.

Du willst also weniger Menschen reinlassen? Wie soll das funktionieren?

Das Asylrecht ist da für politisch Verfolgte. Das muss erhalten bleiben! Aber die sind ja nur ein kleiner Teil der Ankommenen. Es wäre wichtig, in den Herkunftsländern wieder Perspektiven zu schaffen.

Das ist zweifellos richtig. Aber das dauert.

Kurzfristig müssen wir sagen: Wer keinen Asylanspruch hat, kann hier nicht bleiben und hat auch keinen Anspruch auf Geldleistungen. Es ist übrigens kein Zufall, dass die meisten Zuwanderer aus Ländern kommen – Syrien, Afghanistan, Irak! –, in denen die USA und ihre Verbündeten Kriege geführt haben. Nehmen wir Syrien. Bis heute

wird das Land durch drakonische Wirtschafts-sanktionen stranguliert. Ein Wiederaufbau ist so unmöglich. Und da wundern wir uns, dass die Menschen weg wollen.

Und deine Unterschiede zur AfD?

Das ist doch ein großer Unterschied. Die Mitverantwortung des Westens für die Situation in den Herkunftsländern ist für die AfD kein Thema, stattdessen werden rassistische Ressentiments bedient. Außerdem steht die AfD für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Ungleichheit vergrößern würde: nämlich für mehr Privatisierungen und den Abbau des Sozialstaats.

Dein letztes Buch hat den Titel „Die Selbstgerechten“. Wen meinst du damit?

Jeder Mensch soll leben, wie es ihm gefällt, vegan essen, im Bioladen kaufen, Lastenfahrrad fahren ... Aber niemand soll sich deshalb für einen besseren Menschen halten. Was mich nervt, ist die Attitüde gutsituierter Großstadt-Akademiker, die ihre Privilegien für persönliche Tugenden halten und auf Menschen herabsehen, die sich diesen Lebensstil gar nicht leisten könnten. Hier auf dem Dorf fahren alle Auto. Man kommt ja sonst gar nicht weg. Und die meisten haben einen Verbrenner, weil E-Wagen teuer sind. Sie heizen auch mit Öl oder Gas, weil sie mit einer Wärmepumpe ihre älteren Häuser nicht warm kriegen. Dieses Denken in der eigenen Blase, die Gleichgültigkeit gegenüber denen, die rechnen müssen und nicht im hippen Trendviertel leben, das empört mich. Das ist bei den Grünen so, aber auch in der SPD und tonangebenden Teilen der Linken. Und dann diese Unfähigkeit zur Debatte. Die Cancel Culture aus den USA ist bei uns angekommen. Wer anders denkt, wird zum schlechten Menschen abgestempelt, den man ausgrenzen und bekämpfen muss. Viele scheuen sich inzwischen, offen ihre Meinung zu sagen, wie auch eine Allensbach-Umfrage bestätigt.

Du kritisierst auch das Gendern der Sprache. Würdest du sagen: Alles Unsinn! Wir bleiben bei der Sprache von Goethe, deinem Lieblingsdichter?

Ich finde einfach Goethes Sprache eleganter und schöner als vieles, was ich heute lese. Aber klar, Sprache entwickelt sich. Und Goethes Frauenbild ist auch nicht mehr das unsere. Obwohl es bei Goethe ja nicht nur die Gretchens und Klärchens

**ETWAS IST JA NICHT
FALSCH, NUR WEIL
DIE AFD ES SAGT.**

gibt, sondern auch eine Pandora, die Prometheus alt aussehen lässt und die Zukunftshoffnung auf eine menschliche Gesellschaft verkörpert. Und klar, wenn ich vor Publikum spreche, spreche ich immer Frauen und Männer an. Aber ich glaube nicht, dass die Lage der Frauen vom Gendern abhängt.

Da befindest du dich in bester Gesellschaft mit vielen Old Boys. Aber Sprache sollte ja nicht nur die Realität spiegeln, sie beeinflusst auch diese Realität.

Aber die Regeln werden immer abstruser. Mir ist schon vorgeworfen worden, ich sei transphob, weil ich „Rentnerinnen und Rentner“ gesagt habe ...

... transphob?

Ja, weil ich zwischen den beiden Geschlechtern keine Lücke für die Transrentner gelassen habe. Dafür hätte ich ein Sternchen schreiben oder stottern müssen ... Natürlich gibt es Transpersonen und sie dürfen nicht diskriminiert werden. Aber das Thema wird in einer Weise gehypt, als würden wir von 20 Prozent der Bevölkerung reden und nicht von 0,002 Prozent. Die Debatte, dass es eigentlich gar kein biologisches Geschlecht gibt, ist aber nicht nur irre, sie ist gefährlich. Weil sie jungen Menschen, gerade Mädchen, nahelegt, trans sei die Lösung für all ihre Probleme. Dass die Zahlen sich verzehnfacht haben, zeigt, dass es sich um eine gesellschaftliche Modeerscheinung handelt. Da experimentiert und profitiert die Pharmaindustrie auf Kosten der Gesundheit junger Menschen. Dem sollte die Politik entgegenwirken statt mitzuschwimmen.

Wohl wahr. Aber gehen wir nochmal zurück zur ewigen Frauenfrage. Die Frauenpolitik ist in deiner Gedankenwelt eine große Leerstelle. Oder habe ich da etwas übersehen?

Das sehe ich nicht so! Frauen sind diejenigen, die unter den Ungerechtigkeiten einer Ellenbogen-gesellschaft am meisten leiden.

Da dürfen sich die Frauen also mitgemeint fühlen?

Nicht nur mitgemeint. Niedriglöhne, Armutsrenten, irreguläre Jobs, Kita-Mangel, Halbtagschulen – das alles belastet vor allem Frauen.

Mir scheint es jedoch kein Zufall, dass du die Frauen nie explizit thematisierst. Gehen wir mal die großen Probleme durch, die speziell Frauen betreffen. Da ist die Gratisarbeit und die Teilzeitarbeit. Du bist ja stadierte Ökonomin. Aber dir ist anscheinend nicht



**ICH BIN IN DER DDR
AUFGEWACHSEN, DIE ICH
NICHT ZURÜCKWÜNSCHE.**

bewusst, dass ein Löwenanteil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, die Familienarbeit, überwiegend von Frauen und gratis geleistet wird. Folgt die Teilzeitarbeit, um „Beruf und Familie zu vereinbaren“, wie es so nett heißt. Deutschland ist ja das Land der „Rabemütter“. Zu diesem Problem der fortdauernden Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern habe ich noch nie ein Wort von dir gehört.

Warum fordere ich viel mehr Kitas, die auch ganztätig geöffnet haben? Damit Frauen einer Vollzeitarbeit nachgehen können.

Und vielleicht auch die Väter?

Ja. Aber die Realität ist doch, dass in der Regel eben nicht der Mann, sondern die Frau zuhause bleibt. Der Staat kann nicht in die Familien hineinregieren. Er kann aber dafür sorgen, dass Frauen eine bessere Position bekommen, dann auch innerfamiliär auf Gleichberechtigung und Aufteilung der Hausarbeit zu bestehen. Dafür brauchen wir gute Kinderbetreuung und Ganztagschulen.

Aber die fallen nicht vom Himmel, dafür muss man auch politisch kämpfen. Und sie sind nicht das einzige Problem. Ich bin ja in der DDR aufgewachsen, die ich mir nicht zurückwünsche. Aber Ganztags-Kitas und Schulhort waren da völlig normal, ebenso wie volle Erwerbstätigkeit und ökonomische Unabhängigkeit der Frauen.

Und trotzdem waren die Frauen auch in der DDR doppelt belastet. Aber kommen wir zu einem zweiten

großen Problem: der Gewalt. Jedes dritte bis vierte Mädchen wird Opfer sexualisierter Gewalt (und jeder zehnte Junge). Jede zweite bis dritte Frau erfährt Gewalt durch den eigenen Mann. Man kann sagen: Frauen sind das gefolterte Geschlecht. Mitten unter uns. Dagegen helfen nicht nur Frauenhäuser, von denen es immer noch nicht genug gibt.

Der erste Schritt ist: Frauen müssen materiell unabhängig werden.

Sicher. Aber das genügt eben nicht. Du bist sensibilisiert gegen Armut, aber nicht im gleichen Maße für Männergewalt gegen Frauen und Kinder. Es ist nicht allein das Geld, auch Psyche und Sitten spielen eine große Rolle. Im bürgerlichen Milieu wird genauso geschlagen wie im proletarischen. Da braucht es den zweiten Schritt einer Kulturrevolution. Den ersten hat die Frauenbewegung ausgelöst.

Bei den Schulen geht es ja auch darum: Wie groß sind die Klassen? Können Lehrer sich überhaupt noch kümmern?

Und wollen sie? Vielleicht sind sie manchmal selber schlagende Männer. Du kannst ein-

fach nicht alles aufs Ökonomische zurückführen. Es gibt noch andere Dimensionen.

Ja, Frauen brauchen besonderen Schutz, weil sie in den meisten Fällen physisch dem Mann unterlegen sind. Deshalb ist es eben Quatsch, die biologische Realität der zwei Geschlechter zu leugnen.

Du hältst die Männer für das von Natur aus schlagende Geschlecht? Nehmen wir ein Problem, das du aus eigener Erfahrung kennst. Die Essstörungen von Mädchen und Frauen. Du fandest dich schon im Alter von zehn Jahren „zu dick“.

War ich leider auch.

Auf deinen Kinderfotos ist davon nichts zu sehen.

Doch, schon. Aber da ist natürlich auch dieser wahnsinnige Druck in Sachen Gewicht und Schönheit, der vor allem auf junge Frauen ausgeübt wird. Das Problem ist, dass im Zeitalter von Social Media das Leben noch stärker als früher aus der Außendarstellung besteht, der Schein zählt mehr als das Sein.

Und was würdest du als Politikerin dagegen tun?

Die gefährlichen Algorithmen, die extra so programmiert sind, dass sie süchtig machen, sollten verboten werden. Es ist doch interessant, dass die Kinder der führenden Köpfe des Silicon Valley großenteils Smartphone-frei aufwachsen. Die wissen, was ihre Kreationen anrichten. Natürlich kann man jungen Leuten heute nicht das Smartphone wegnehmen. Es ist ja inzwischen das zentrale Kommunikationsmittel. Aber die Kommunikation wird extrem manipuliert und ist hart übergriffig. Das muss man ändern.

Ein großer Sprung. Es wird in den Biografien über dich und in Interviews immer wieder thematisiert, dass dein Vater Iraner ist. Man sieht es dir ja auch an. Er ist zurückgegangen in den Iran, als du drei warst. Hast du eigentlich Erinnerungen an ihn?

Ich erinnere mich, wie er mich auf den Schultern getragen hat.

Erzogen aber haben dich vor allem die Großeltern in den frühen, entscheidenden Kinderjahren. Bei ihnen bist du bis zum Alter von sieben aufgewachsen, bis du zu deiner berufstätigen Mutter in Berlin gegangen bist.

Meine Großeltern haben mich sehr geliebt und alles dafür getan, dass ich eine behütete Kindheit hatte.

Du hast es ihnen nicht immer gedankt, warst oft störrisch. So wolltest du zum Beispiel partout nicht in den Kindergarten gehen.

Ja, auch weil ich gemobbt wurde. Weil ich „anders“ aussah.

Hast du aus der Schwäche eine Stärke gemacht, bist die ewige Außenseiterin geworden?

Ich kann es aushalten, wenn ich Außenseiterin bin. Aber es ist nicht das, was ich mir wünsche.

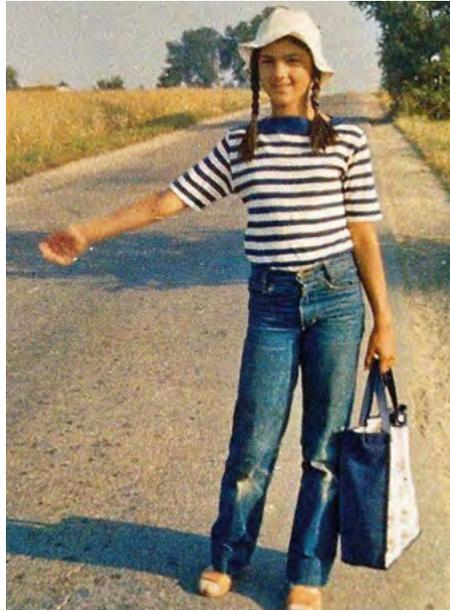
Du hattest auch keinen Bock, zu den Jungen Pionierinnen zu gehen.

Ich war Mitglied, das wurde man ja als Kind automatisch. Aber die Rituale haben mich eher abgestoßen. Ich habe dann mit 14 angefangen, mich mit sozialistischer Literatur zu beschäftigen. Karl Marx, Rosa Luxemburg. Und da wurde mir die große Differenz zwischen dem Ideal und dem Realsozialismus bewusst. Ich habe meine Kritik auch formuliert, deshalb galt ich schnell als „kollektivunfähig“ und durfte später nicht studieren.

ES IST QUATSCH, DIE BEIDEN BIOLOGISCHEN GESCHLECHTER ZU LEUGNEN.



Sahra, das „dicke Kind“ (Selbstbeschreibung) mit der besten Freundin.



Sahra mit Mutter (oben) und Großeltern, bei denen sie bis zu ihrem 7. Lebensjahr aufgewachsen ist.



Sahra, die Philosophin, im Bundestag und mit Ehemann Oskar.





Wagenknecht und Schwarzer bei dem „Aufstand für Frieden“, am 25. Februar am Brandenburger Tor.

Trotzdem bist du ausgerechnet 1989, als alle austraten, in die SED eingetreten. Aus Trotz?

Ja, auch. Aber ich hatte auch die Hoffnung, gerade in dieser Situation etwas verändern zu können.

Lass uns nochmal zurückspringen. Dein Biograf Christian Schneider schreibt, dein Lieblingsmärchen sei die „Schneekönigin“ gewesen. Das beginnt mit einer Kinderliebe zwischen Gerda und Kay. Der wird dann von der Schneekönigin entführt und lebt mit ihr in einem Palast aus Eis, scheinbar zufrieden. Gerda macht sich auf den langen Weg der Suche nach ihm, findet ihn und erlöst ihn mit ihren Tränen, glaube ich, aus dem Eis. Und du, du hast dich nicht etwa mit Gerda identifiziert, sondern mit Kay.

Ja. Ich hatte ja schon auch Verletzungen erfahren. Und an dem vereisten Kay im Eispalast prallte alles ab. Am Ende wird er von Gerda gerettet.

1993 hast du dann dein erstes Buch geschrieben mit dem wunderbaren Titel – warte, ich muss das ablesen: „Antisozialistische Strategien in Zeiten der Systemauseinandersetzungen“.

(Lacht)

Du lachst heute darüber?

Naja, der Titel war schon irgendwie typisch dafür, wie ich damals war. Bloß nicht gefällig! Mir ging es darum zu verstehen, warum sich dieser Umbruch vollzogen hat. Ich wollte weder die DDR noch den Kapitalismus, ich wollte etwas anderes.

Ich entnehme diesem Titel aber auch eine gewisse Theorielastigkeit.

Ja, extrem. Als Jugendliche war ich von Goethe geprägt, aber dann hatte ich kurzzeitig die Sprache

marxistischer Lehrbücher adaptiert. Der damalige Zeitgeist war der vom Ende der Geschichte. Ich aber wollte maximal anders sein.

Kann man sagen: Du warst noch eher vom Papier geprägt und erst später auch vom Leben?

Das stimmt wohl.

Aber dann kam das Leben auf dich zu. Und damit auch die Männer. Wir lesen in deiner Biografie, dass dein erster Mann nicht nur ein Betrüger war, sondern auch während eurer Ehe drei Kinder mit drei anderen Frauen hatte. So ein ganz sicheres Gefühl für Männer hattest du offensichtlich noch nicht. Aber dann kam, vor fast 20 Jahren, Oskar ...

Ja. Sein Zugang zu Politik war immer ganz praktisch: Was kann man wie verändern? Ich würde auch gerne eines Tages sagen können: Ich habe politisch dieses und jenes real bewirkt. Bisher war ich ja immer in der Opposition. Real Macht zu haben und etwas umsetzen zu können, das ist natürlich etwas ganz anderes.

Dazu müsstest du auch kompromissbereit sein.

Das bin ich. Im Gegensatz zum Klischee. Ich stelle mich nur dann quer, wenn ich überzeugt bin: Es geht in die falsche Richtung.

Eine ganz andere, eine alberne Frage: Kennst du Karl Lagerfeld?

Den Namen schon. Warum?

Weil du mit diesem Dandy etwas gemeinsam hast.

Was denn?

Die Kunst, die eigene Silhouette zur Marke zu machen.

Aha.

Und noch eine Frage, unter Frauen: Wie lange brauchst du, um deine Haare so zu stecken?

Eine knappe Viertelstunde.

Jeden Tag? Kannst du nicht einfach damit schlafen?

Nicht wirklich. Die Haarnadeln pieken, und es sieht am nächsten Tag auch struppig aus.

Kommen wir wieder zu Themen, die unserer würdig sind, Sahra. Wir haben uns durch den Krieg kennengelernt. Dabei wirst du mich ja schon vorher wahrgenommen haben. Wie ich dich. Was hattest du da für ein Bild von der Feministin?

Ich wusste, dass du eine couragierte Frauenrechtlerin bist. Aber ich gebe zu, dass ich dich erst stärker wahrgenommen habe, als du dich mit dem politischen Islam und dem Kopftuch kritisch auseinandergesetzt hast.

Was ich seit 1979, seit der Machübernahme von Khomeini, tue.

Wofür du bis heute ja angegriffen wirst. Dass du dich traust, dich gegen den Wind zu stellen; dass du ganz klar Position beziehst, auch wenn du dafür gehasst wirst.

Jemand, der sich gegen den Wind stellt, gefällt dir natürlich. Mir ja auch.

Irgendwann mussten wir uns ja begegnen.

Du hattest mir im Mai 2022 zum ersten Mal geschrieben, anlässlich des von mir initiierten „Offenen Brief“ an Kanzler Scholz, den du auch unterschrieben hast. Wir haben dann per Mail Kontakt gehalten, haben neun Monate später das „Manifest“ zusammen angezettelt, das sich indirekt ja auch an Scholz richtete. Der „Offene Brief“ ist inzwischen von 511.445 Menschen unterzeichnet worden, unser Manifest von 887.000. (Stand Mitte Oktober). Das sind zusammen fast anderthalb Millionen. Vielleicht bin ich ja naiv, aber ich hatte zunächst wirklich geglaubt, der Kanzler würde sich darüber freuen: Dass sein Zögern bei den Waffenlieferungen von Millionen Bürgern und Bürgerinnen begrüßt wird. Doch er hat uns noch nie auch nur geantwortet. Mir jedenfalls nicht. Dir vielleicht?

Nein. Zu dem „Offenen Brief“ muss ich sagen: Ich war so froh und dankbar, dass du das gemacht hast! Das war ja direkt nach dem Ausbruch des Krieges, wo man das Gefühl hatte: Da ist niemand,

der sich dagegen stellt. Und du warst eine der raren Stimmen in Deutschland, die es wagte, den Stopp der Waffenlieferungen und Verhandlungen zu fordern.

Du ja auch. Anderthalb Millionen Unterschriften und der Kanzler schweigt.

Das ist seine typische Ignoranz. Fast die Hälfte der Bevölkerung ist heute gegen weitere Waffenlieferungen und für Verhandlungen. Und der Kanzler? Macht es wie immer. Erst zögert er, dafür ist man ihm dankbar, und dann liefert er doch.

Jetzt droht auch noch die Lieferung von Taurus-Raketen. Dazu hatte selbst der Verteidigungsminister gesagt, man zögere, weil die Regierung in erster Linie „dem Wohl des deutschen Volkes verpflichtet“ sei. Und das geriete durch die Taurus-Lieferungen in Gefahr. Nun hat der Kanzler zunächst einmal die Lieferung von Taurus abgelehnt.

Zunächst. Immerhin. Das ist richtig, denn Taurus würde den Krieg weder beenden noch wenden. Aber die Waffe würde in der Tat zu einer weiteren Eskalation führen. Die Ukraine hat ja schon jetzt Nuklearstützpunkte in Russland angegriffen, und die Krim. Wenn jetzt noch Taurus käme – gelenkt von Geodaten der Bundeswehr, – ja, dann weiß ich nicht, wie Russland reagieren würde. Die Amerikaner, die ja den Ton angeben, sind weit weg und liefern solche Waffen auch nicht. Den Preis dafür würden wir bezahlen.

Eine Woche nach der Bayern- und Hessenwahl ergab der ARD-Deutschlandtrend, dass die Migrationspolitik mit 44 Prozent das größte Problem für die BürgerInnen ist und der Krieg mit 18 Prozent das zweitgrößte.

Am Wahlabend selbst aber war vom Krieg nicht mit einem einzigen Wort die Rede. Weder bei den Wahlforschern, noch bei den PolitikerInnen und JournalistInnen. Machst du weiter mit deinem Engagement gegen den Krieg?

Ja. Unbedingt!

Sahra, Oskar entkorkt gerade den Sancerre.

Moment mal. Ich soll ja noch fotografiert werden. Aber da sieht man hoffentlich nicht meine Jeans? ♀



WEITERLESEN
Christian Schneider:
Sahra Wagenknecht –
die Biografie;
Sahra Wagenknecht:
Die Selbstgerechten
(beide Campus)



FRIEDENSDEMO

25. NOVEMBER BRANDENBURGER TOR!



Dutzende Menschen aus dem öffentlichen Leben rufen auf zu einer erneuten Friedensdemo am 25.11. um 13 Uhr am Brandenburger Tor. Die Veranstaltung soll eine „Ringdemo“ werden, die durch die Innenstadt führt. Der von der „Ukraine-Initiative – die Waffen nieder“ gestartete Aufruf soll die Friedensbewegung für die Aktion mobilisieren.

Zu den UnterstützerInnen gehören u. a. Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine, Gregor Gysi, zahlreiche GewerkschaftlerInnen und Mitglieder der Linken, Friedensaktivist Willi van Ooyen, Historiker Peter Brandt, Politikwissenschaftler Hajo Funke, UN-Diplomat a.D. Michael von der Schulenburg und Sozialwissenschaftler Wolfgang Streeck sowie die Journalistin Gabriele Krone-Schmalz und die Sängerin Katja Ebstein.

Die InitiatorInnen weisen darauf hin, dass die Gefahr eines Atomkrieges von Tag zu Tag wächst, der Militärhaushalt Deutschlands in 2024 auf 85,5 Milliarden Euro steigen wird, die Sanktionen gegen Russland nicht Putin, sondern Deutschland ärmer machen – und dass das ukrainische Volk unsere Solidarität braucht. Das Volk. Nicht seine Führer.

Sie fordern eine neue Entspannungspolitik, Rüstungskontrollen und Abrüstung. Sie finden auch, dass wir Bürgerinnen und Bürger uns wieder stärker in die politischen Auseinandersetzungen einmischen sollten. Und sie erinnern an die Worte von Willy Brandt „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ ♀



Alle Fotos wurden auf der von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer initiierten Demo „Aufstand für Frieden“ am 25.2.2023 gemacht. Fotos: Bettina Flitner

i INFORMATION
frieden-und-zukunft.de
nie-wieder-krieg.org





HELDINNEN-AWARD FÜR NASRIN SOTOUDEH

Am 13. November wird im Roten Rathaus in Berlin der von der Alice-Schwarzer-Stiftung initiierte HeldinnenAward an die unermüdliche Frauen- und Menschenrechtlerin vergeben.

Die iranische Menschenrechtlerin wird die Ehrung nicht selber entgegennehmen können und nur mit einer Videobotschaft präsent sein. Sie ist zurzeit in Teheran im Gefängnis oder gerade mal wieder kurz auf Krankenurlaub zuhause. Vermutlich nimmt ihre Tochter Mehraveh Khandan oder eine Freundin im europäischen Exil den Preis entgegen (10.000 Euro Preisgeld plus eine Skulptur von Leiko Ikemura).

Den Nobelpreis für ihren unerschütterlichen Einsatz für Verfolgte und ihren grenzenlosen Mut, den sie selber teuer bezahlt, konnte Nasrin diesmal nicht noch einmal bekommen (den bekam Narges Mohammadi, s.S. 42). Bereits 2020 hatte Sotoudeh den „Alternativen Nobelpreis“ erhalten.

Das war kurz nach ihrer Verurteilung zu 38 Jahren Gefängnis und 145 Peitschenhieben. Grund: Die Anwältin hatte es gewagt, drei der „Mädchen von der Revolutionsstraße“ zu verteidigen. Die Frauen hatten mit ihrem friedlichen Protest eine wahre Revolution ausgelöst: Sie waren in Teheran auf der Straße auf Stromkästen geklettert und hatten sich demonstrativ den Schleier vom Kopf gerissen: gegen die Zwangsverschleierung und für die Freiheit. Im ganzen Land schlossen Frauen sich dem Protest an, vier Jahre vor dem kollektiven Widerstand der Massenproteste von Frauen und auch immer mehr Männern im Herbst 2022.

Die „Mädchen von der Revolutionsstraße“ waren verhaftet, verurteilt, gefoltert und vergewaltigt worden. Drei von ihnen verteidigte Nasrin Sotoudeh – mit der Folge, dass sie selber vor den Richter und ins Gefängnis kam. Eine, Shaparak

Shajarizadeh, konnte nach Kanada fliehen: „Zu wissen, dass Nasrin für mich da war, hat mir geholfen, das alles durchzustehen. Im Gefängnis war Nasrin meine einzige Hoffnung. Ich kann heute meine Stimme nur erheben, weil sie sich so für mich eingesetzt hat.“

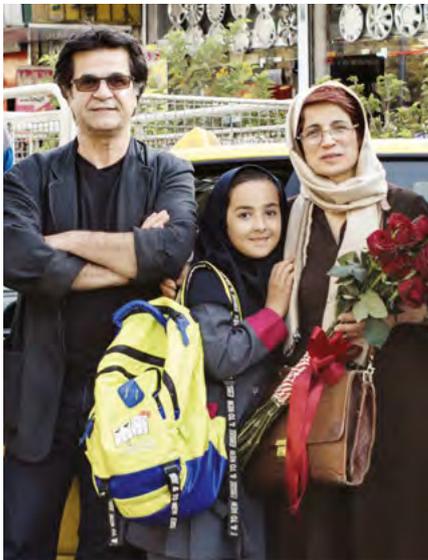
Nasrin Sotoudeh wird heute weltweit „die Nelson Mandela“ des Iran genannt. EMMA, die das Martyrium der Iranerinnen seit 1979 verfolgt, berichtet seit zwölf Jahren immer wieder über die Anwältin und ihren Kampf für die Menschenrechte und gegen den mörderischen Gottesstaat.

Wer ist Nasrin Sotoudeh? Nasrin wurde 1963 in Teheran in einer bürgerlichen, gläubigen aber weltoffenen Familie geboren. Nach ihrem 1995 abgeschlossenen Studium durfte die Regimekritikerin erst ab 2003 als Anwältin praktizieren. In der Wartezeit engagierte sie sich als Journalistin für die Rechte von Kindern und Frauen. Sie vertrat vor allem Frauenrechtlerinnen und politische Gefangene. Nicht selten unbezahlt. Der erklärten Gegnerin der Todesstrafe gelang es mehrfach, Verurteilte vor dem Tod zu retten, darunter auch Minderjährige vor der Steinigung.

Als Aktivistin engagierte Nasrin sich 2006 in der von Shirin Ebadi (Friedensnobelpreisträgerin 2003) initiierten Aktion „Eine Million Unterschriften“ gegen die Diskriminierung von Frauen im iranischen Rechtssystem.



Nasrin auf einer Demo für Meinungsfreiheit. Unten 2022 in Teheran.



SOTOUDEH IN BERLIN

13. November, 13 Uhr: Verleihung des HeldinnenAward an Nasrin Sotoudeh im Roten Rathaus Berlin. Eröffnung: Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner, Laudatio: Jasmin Tabatabai, für die Stiftung: Alice Schwarzer – sowie eine Videobotschaft von Nasrin Sotoudeh. – Die Veranstaltung ist öffentlich. Wir bitten für die Teilnahme um Anmeldung bis spätestens 9. November bei: mail@alice-schwarzer-stiftung.de

Nasrin 2013 mit Ehemann und Kindern. Mit Tochter Mehraveh, die heute im Exil in Amsterdam lebt. Unten mit Filmemacher Jafar Panahi bei „Taxi Teheran“.

Ihr Mann Reza Khandan, Journalist und Menschenrechtler, unterstützte von Anbeginn an den Kampf seiner Frau. Die beiden haben zwei Kinder, einen Sohn und eine Tochter. Die lebt seit diesem Sommer im Exil in Amsterdam.

2012 war Sotoudeh die Anwältin der „grünen Revolution“. So wurde die Protestwelle der Jugendlichen gegen die umstrittene Wiederwahl von Präsident Ahmadinejad genannt. Unter anderem verteidigte sie ihre Kollegin, die Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi (die inzwischen

im Londoner Exil lebt), und die Künstlerin Parastou Forouhar.

Die Anwältin war von nun an die Symbolfigur des gewaltfreien Widerstandes der Menschen gegen das iranische Gewaltregime.

Im September 2020 wurde Sotoudeh erstmals selber verhaftet. Sie kam in das berühmte Evin-Gefängnis, in dem man den Widerstand der Frauen nicht nur durch Folter, sondern auch durch Vergewaltigung zu brechen versucht. Der große Filmemacher Jafar Panahi, ein Freund, machte 2000 einen quasi dokumentarischen Spielfilm über die gebrochenen und ungebrochenen Frauen im Evin-Gefängnis („Der Kreis“). Auch er, der gerade erst wieder aus dem Gefängnis entlassen wurde, wurde von Sotoudeh verteidigt.

Es begannen die Jahre zwischen Kanzlei und Gefängniszelle, oft in Einzelhaft. Ohne die internationale Solidarität wäre Nasrin Sotoudeh wie so viele wohl irgendwann einfach im Gefängnis verschwunden. Nur die internationale Solidarität hat sie geschützt, vor allem die aus Frankreich. Deutschland, in dem gerne für das „Recht auf das Kopftuch“ gestritten wird, vor allem von Linken, war da bisher eher zurückhaltend.

Umso bemerkenswerter, dass in diesem für den Iran so entscheidenden Moment, wo der Kampf der Menschen um Freiheit untergeht in den dramatischen Kriegen wie in Israel oder der Ukraine, der

Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, an der Seite der Alice-Schwarzer-Stiftung Nasrin Sotoudeh ehrt. Die Stiftung ehrt damit alle Irangerinnen und Iraner, die Widerstand leisten gegen 44 Jahre Gewaltregime.

Am 5. Oktober schrieb Nasrin Sotoudeh an Alice Schwarzer: „Liebe Alice, wenn du diese E-Mail erhältst, geht alles gut.“ Will heißen: Bin ich gerade nicht im Gefängnis und lebe noch. Und sie schließt mit den Worten: „Ich hoffe, dass wir uns so bald wie möglich treffen können.“ ♀



Nasrin auf einer ihrer zahlreichen Demos. Sie kämpft vor Gericht und auf der Straße.

NASRIN SOTOUDEH

WOMEN! LIFE! FREEDOM!

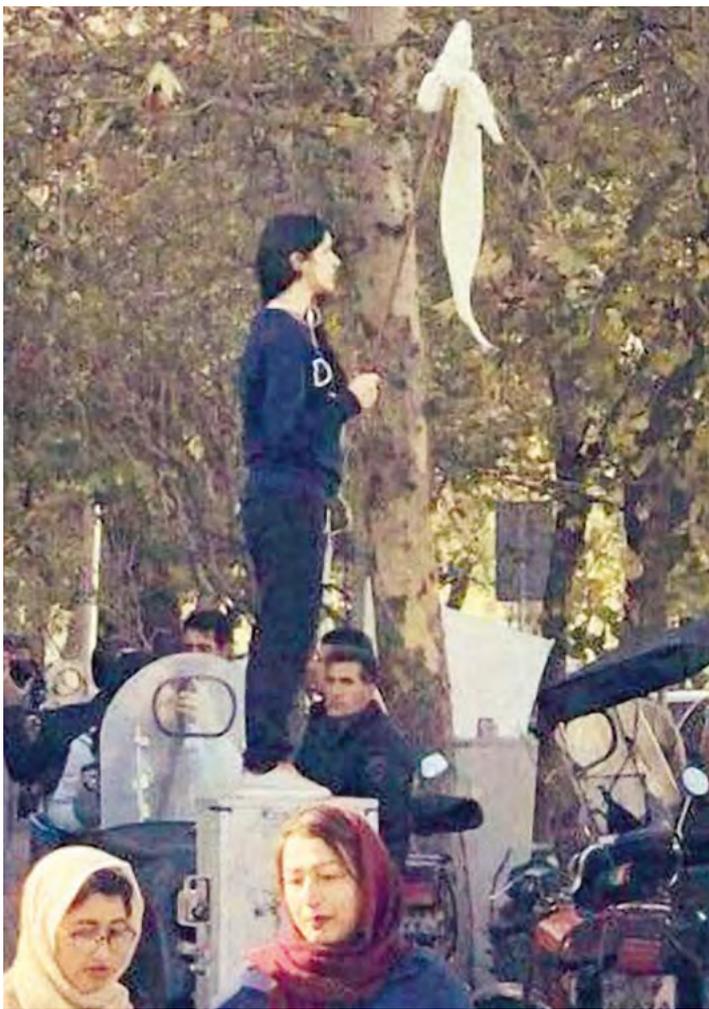
In „The Handmaid’s Tale“ zeigt Margaret Atwood, dass Mütter in einer autokratischen Gesellschaft, wie dem Iran eine wichtige Rolle bei der Gestaltung des Lebens ihrer Töchter spielen. Das Wohlergehen und die Sicherheit der Töchter haben für sie Priorität. Atwoods Mütter mögen manchmal grausam erscheinen, aber der Leser weiß, dass sie keine andere Wahl haben, als streng zu sein, um die Sicherheit ihrer Kinder zu gewährleisten.

Ich erinnere mich an einen Sommer, in dem die jungen Mädchen sich mit ihren Müttern beim Schneider über die Länge der Schuluniformen stritten, bevor wir im Herbst wieder zur Schule gingen. Glücklicherweise oder unglücklicherweise habe ich das mit meiner Mutter nie erlebt, denn obwohl sie sehr gläubig war, war ihr meine Entscheidungsfreiheit wichtig. Das bedeutete aber nicht, dass ich nicht mitbekam, was um mich herum geschah. Die jungen Mädchen wollten kürzere Röcke, während die Mütter sich an die Kleiderordnung halten wollten. Sie wollten ihren

Töchtern den Ärger mit den Schulbehörden und der Sittenpolizei ersparen.

In meiner Generation haben viele Frauen (ich eingeschlossen) beschlossen, unsere Töchter nicht wegen Kleinigkeiten wie der Länge eines Kleides oder eines Schleiers herauszufordern. Wir waren uns jedoch nicht bewusst, dass die Freiheit, die wir unseren Kindern gaben, sie später Schaden und Schikanen aussetzen würde.

Doch aufgeschlossene Mütter gab es im Iran schon lange vor der Revolution von 1979. Sie koexistierten mit den eher traditionellen Frauen. Die liberal gesinnten Frauen betonten die Bedeutung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Frauen, der Berufstätigkeit und der höheren Bildung. Sie stärkten junge Frauen sowohl auf persönlicher Ebene, indem sie ihre Töchter in diesem Bewusstsein erzogen, als auch auf nationaler Ebene, indem sie sich für Programme einsetzten, die junge Mädchen und Frauen förderten. Die meisten Väter setzten sich damals für die Hidschab-Pflicht ein, die sie als eine Frage der Moral und der islamischen Identität darstellten.



Vida Movahed, das erste „Mädchen auf der Revolutionsstraße“, das das Kopftuch ablegte und wie eine Protestfahne schwenkte.

Meiner Meinung nach legte die Verschleierungspflicht den Grundstein für die Rolle der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Als Anwältin bin ich Zeuge himmelschreiender Ungerechtigkeit und unermesslichen Leids geworden. In einem Fall wurde ein 13-jähriges Mädchen in Rasht wegen Mordes zum Tode durch den Strang verurteilt. Und eine Schülerin, die an Schülerprotesten teilgenommen hatte, wurde zum Tode verurteilt und in dem berüchtigten Gefängnis Evin gefoltert.

Obwohl das Todesurteil bereits rechtskräftig war, zahlten sich meine Bemühungen schließlich aus, dank zahlreicher BürgerrechtlerInnen, die an meiner Seite kämpften. Sie wurde nach 20 Jahren Haft freigelassen. Mädchen sind bereits im Alter von neun Jahren in Iran strafmündig.

In einem anderen Fall gelang es mir – wiederum gemeinsam mit mehreren BürgerrechtlerInnen –, die Freilassung einer Person mit Zustimmung der Familie des Opfers zu erreichen. Dies war möglich, weil nach dem islamischen Strafgesetzbuch bei qisas (Vergeltung) für Mord das diyah (Blutgeld) an die nächsten Angehörigen des Opfers gezahlt werden kann, damit die Familie auf das Recht auf qisas verzichtet.

Nach der Revolution wurden schreckliche Geschichten bekannt, wie die Regierung die Hidschab-Pflicht für Frauen durchsetzte. Der Slogan „Egal ob Kopftuch oder Prügel, wir sind die Leidtragenden“ beschrieb, was passierte: Frauen wurden Opfer von Säureangriffen oder mit Entlassung bedroht.

Die Bewegung „Girls of Revolution Street“ gegen die Hidschab-Pflicht fand 2017 ein breites Echo. Ziel der Bewegung war es, die Hidschab-Pflicht in Frage zu stellen und die herrschenden unterdrückenden Männer zu stürzen. Auch viele Männer standen nun auf der Seite der „Mädchen von der Revolutionsstraße“, weil sie die Ungerechtigkeit und Ungleichheit gegenüber Frauen satt hatten. Sie wussten, dass Glück ohne Gerechtigkeit und Gleichberechtigung nicht möglich ist. Deshalb schlossen sich auch Männer der Bewegung in mehreren Städten an. Auch sie kletterten auf die Strommasten in ihren Städten, banden einen Schal an einen Ast und schwenkten ihn durch die Luft.

Unter meinen Klienten befanden sich einige dieser Männer, die angeklagt waren, weil sie an „zivilem Ungehorsam“ teilgenommen hatten. Sie waren in mein Büro gekommen, um sich rechtlich vertreten zu lassen. Leider wurde ich verhaftet, noch bevor ich mit ihrer Verteidigung beginnen konnte.

Das Leben vieler „Girls of Revolution Street“ geriet so sehr unter Druck, dass sie gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen.

Fünf Jahre später, nach der staatlich sanktionierten Ermordung von Mahsa Amini im September 2022 wegen ihres verrutschten Hidschabs, nahm die Bewegung „Frauen, Leben, Freiheit“ Fahrt auf. Sie war die Antwort auf 44 Jahre Missachtung von Frauen, ihrer Rechte und ihres Körpers.

Viele, die sich wie ich dafür entschieden haben, sich für die Menschenrechte zu engagieren, haben ähnliche Geschichten erlebt. Wir, die Menschenrechtsaktivisten, sind überzeugt, dass die Schaffung eines fairen Justizsystems zur Demokratisierung der Gesellschaft beiträgt. Das wichtigste Merkmal eines gerechten Justizsystems ist seine Unabhängigkeit von der Regierung. Eine Voraussetzung für die Demokratie ist vor allem die Existenz von Rechtssicherheit für die Bürger durch faire Verfahren.

Wenn ich meine Klienten verteidige und dafür im Gefängnis lande, denke ich natürlich auch an die Zukunft. Mit unserem Widerstand bringen wir unseren Kindern nicht nur Gleichberechtigung



i INFORMATION
Ausstellung in
Saarbrücken: Künstlerinnen aus Iran, u. a.
Parastou Forouhar,
im Saarlandmuseum
bis 18.2.24

gung bei, sondern erinnern sie und uns selbst auch daran, dass niemand das Recht hat, ihnen aufgrund von Geschlecht, Religion oder Rasse ihre Freiheit zu nehmen.

Wir können nicht über Bürgerwiderstand sprechen, ohne auf Vorbilder wie Martin Luther King Jr., Václav Havel, Nelson Mandela oder Mahatma Gandhi zurückzugreifen. Auch sie fühlten sich dafür verantwortlich, das Risiko von Gewalt zu verringern, ohne dabei ihre Ziele aufzugeben.

Wenn wir eine Zukunft mit ähnlichen Methoden erringen, werden wir nicht in einem Regime enden, das mit dem jetzigen identisch ist. Wenn wir jedoch die Verantwortung für das Leben jedes einzelnen Bürgers übernehmen und von gewaltfreien Bewegungen lernen, können wir eine neue Regierung und neue Ideale schaffen.

Ich bin zutiefst besorgt über die zunehmende Zahl von Opfern und das Leid, das den Menschen zugefügt wird. Ich fürchte die Fortsetzung der tyrannischen Herrschaft. Wir brauchen eine Vision, um den Kreislauf der Unterdrückung in unserer Gesellschaft zu durchbrechen. Ich glaube, dass die Bewegung der „Girls of Revolution Street“ diesen Weg bis zu einem gewissen Grad gegangen ist, indem sie einen gewaltfreien und mutigen Weg gewählt hat.

Jedes Mal, wenn sich eine wahre Chance bieten soll, kann sie nur durch Gewaltlosigkeit erreicht werden. Eines der wichtigsten Instrumente zur Überwindung dieser Tyrannei ist das Gesetz. Nur das Gesetz kann eine gerechte Rechtsprechung sowohl für Andersdenkende als auch für Befürworter unserer Gesellschaft schaffen.

Einige von ihnen entschieden sich dafür, im Iran zu bleiben, während andere gezwungen waren, ihr Heimatland zu verlassen. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei den „Girls of Revolution Street“ um eine der strahlendsten Erfahrungen im Bürgerrechtskampf für Gleichheit und Gerechtigkeit, eine Bewegung, die die Aufmerksamkeit auch außerhalb des Landes auf sich zog.

Ich kann es nicht oft genug betonen: Wir dürfen das Ausmaß an Gewalt und Ungerechtigkeit, das uns angetan wurde, niemals wiederholen. Denn zweifellos würde uns das in neue Monster verwandeln. Wir dürfen unsere Geschichte nicht mit sich wiederholender Gewalt fortsetzen, diesmal von der anderen, von unserer Seite. Wir wollen menschlich sein, ein normales Leben führen wie alle anderen Menschen auch. Wir müssen

unsere Geschichte mit Liebe, Recht und Gerechtigkeit umgestalten.

Können wir trotz des Drucks und der Methoden, die uns in den letzten 44 Jahren aufgezwungen wurden, hoffnungsvoll in die Zukunft blicken? Können wir über die tyrannische Bestie triumphieren, die sich in unser Leben eingenistet hat?

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen einige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verabschiedet wurde, heißt es:

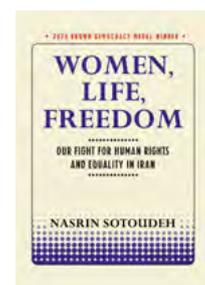
„Da die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen, und da verkündet worden ist, dass einer Welt, in der die Menschen Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not genießen, das höchste Streben der Menschen gilt ... Da die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern.“

Der Iran hat dieses Abkommen noch unter dem früheren Regime unterzeichnet, und es ist theoretisch immer noch in Kraft.

Wie gesagt prägt die Mentalität der iranischen Mütter leider das Schicksal ihrer Töchter. Mütter, die schon in der männerdominierten Welt der vergangenen Jahrzehnte lebten, wurden von ihren Vätern beeinflusst. Mütter zogen es oft auch selbst vor, dass ihre Töchter „sittsam“ bekleidet sind. Diese Mütter trennten die geistige Freiheit ihrer Töchter von ihrer körperlichen Freiheit.

Heutzutage haben sich die Ansichten vieler dieser iranischen Mütter und Väter tatsächlich geändert. Sie wollen, dass ihre Töchter selbst entscheiden können, was sie tragen, denken und tun. Ich glaube, wenn die öffentliche Meinung einer Gesellschaft eindeutig die Trennung von Religion und Regierung fordert und die Einmischung der herrschenden Autoritäten in verschiedene Aspekte des Lebens, einschließlich der Kleidung der Frauen, ablehnt, wird dies unweigerlich zu bedeutenden Veränderungen führen. Wir kommen dem immer näher. ♀ **NASRIN SOTOUDEH**

DER FATALE EINFLUSS DER MÜTTER AUF DIE TÖCHTER.



WEITERLESEN

Gekürzter Auszug aus: Nasrin Sotoudeh: Women, Life, Freedom. Our fight for human rights and equality in Iran (Cornell University Press)



FRIEDENSNOBELPREIS 2023 FÜR **NARGES MOHAMMADI**

Großartig! Die Jury des Friedensnobelpreises hat die denkbar beste Entscheidung getroffen. Denn Narges Mohammadi, die stellvertretende Leiterin des iranischen Menschenrechtszentrums, ist eine der mutigsten unter den hunderttausenden Frauen, die um ihre Sichtbarkeit und ihr Leben kämpfen, gegen die Zwangsverschleierung und das Terrorregime des „Gottesstaates“ Iran. Der Preis wird am 10. Dezember in Stockholm überreicht. Narges wird nicht dabei sein – sie ist im Gefängnis in Teheran.

In einer Welt, die besessen ist vom Ukraine-krieg und überschattet vom Krieg in Israel, wollen die Machthaber der westlichen Staaten nichts mehr hören von dem verzweifelten Kampf der Menschen in Iran um ihre Würde, ihre Freiheit und ihr Leben. Sie wollen einfach nur, dass sich nichts ändert da hinten, und sie in Ruhe ihre Geschäfte und Deals mit den Ayatollahs weitermachen können. Da kommen die Scheinwerfer aus Oslo, die das Licht auf Menschen wie Narges Mohammadi richten, gerade recht.

Die 51-Jährige ist gelernte Physikerin und Ingenieurin. Als Journalistin schreibt sie seit Jahrzehnten unerschrocken gegen das Terrorregime an. Gerade erschien bei Rowohlt ihr Buch „Frauen! Leben! Freiheit!. Wie wir unsere Stimmen erheben. Frauen in iranischen Gefängnissen erzählen“. Darin veröffentlicht und kommentiert sie die Gründe, aus denen Frauen in Iran ins Gefängnis kommen, und dokumentiert die Folter und Vergewaltigungen in dem berühmtesten Gefängnis Evin. Auch ihr selber blieben diese Erfahrungen nicht erspart.

Seit 30 Jahren engagiert Mohammadi sich öffentlich vor allem für Frauenrechte. Ihr Ehemann, ebenfalls Journalist, wurde 2011 nach 16 Jahren aus dem Gefängnis entlassen. Man hatte ihn vor den Augen der weinenden Zwillinge des Paares verschleppt. Heute lebt er zusammen mit den Kindern im Exil in Frankreich. Narges hält Stellung in Iran.

Über Jahrzehnte wurde die todesmutige Menschenrechtlerin immer wieder willkürlich verhaftet und entlassen. Sie wurde insgesamt 13 Mal festgenommen und fünf Mal verurteilt, insgesamt zu 31 Jahren Gefängnis und 154 Peitschenhieben. Zurzeit sitzt sie wieder einmal in dem berühmtesten Foltergefängnis Evin.

Doch das kann sie nicht brechen. Im Gegenteil. Zum Jahrestag der Ermordung von Mahsa Amini organisierte Narges einen Protest mitten im Gefängnis: Die Gefangenen nahmen im Innenhof des Gefängnisses ihre Kopftücher ab und verbrannten sie. Dazu skandierten die Frauen: „Frau! Leben! Freiheit!“ Und Narges Protest gipfelte darin, dass sie auf ein Autodach stieg und rief:

Narges Mohammadi mit ihren Kindern – die sind jetzt im Exil in Paris mit ihrem Vater in Sicherheit. Narges hält alleine die Stellung in Teheran.



„Nieder mit der islamischen Republik!“ Ihr Mut kennt keine Grenzen.

Narges Mohammadi ist die 19. Frau in der Geschichte des Friedensnobelpreises. Der wurde 1901 von der Pazifistin und Frauenrechtlerin Bertha von Suttner initiiert, die selber den Preis 1905 als erste Frau erhielt. Der Preis für Narges dürfte ganz im Sinne der Österreicherin sein.

Der Nobelpreis wird Mohammadi am 10. Dezember in Stockholm verliehen: „Für ihren Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen in Iran und ihren Kampf für die Unterstützung der Menschenrechte und der Freiheit für alle.“ Sie wird nicht in Stockholm sein. Sie sitzt im Gefängnis in Teheran. Doch ihr Preis bricht das internationale Schweigen über das Leid der Menschen in dem Gewaltregime Iran. Und er könnte Narges Mohammadi das Leben retten. ♀

WEITERLESEN
Gerade erschienen: Narges Mohammadi: „Frauen! Leben! Freiheit! Wie wir unsere Stimmen erheben. Frauen in iranischen Gefängnissen erzählen“ (Rowohlt)

EMMA.DE
/thema/iran

TAGE MIT SIMONE DE BEAUVOIR IN PARIS UND KÖLN



Oben: In Beauvoirs Wohnung in Paris 1973.
Mitte: In Schwarzers Wohnung in Paris 1973.
Unten: In der EMMA-Redaktion in Köln 1978.

1970 sind sie sich zum ersten Mal begegnet. In den Jahren 1972 bis 1982 hat Alice Schwarzer die Freundin dann fünf Mal interviewt. „Dank unserer feministischen und persönlichen Freundschaft war sie in der Lage, mir die Fragen zu stellen, die mich interessierten“, schrieb Beauvoir 1983 in der ersten Buchausgabe der Interviews (bei Mercure). Und:

„Das Denken wird von erlebten Erfahrungen geleitet. Das ist auf jeden Fall der Weg, den ich gegangen bin.“ Darum spricht Beauvoir mit Schwarzer im Verlauf der zehn Jahre sowohl über ihre grundlegenden feministischen Positionen, aber auch, wie die sich in den Jahren des gelebten Feminismus geändert haben – oder auch nicht.

Es geht um den Machismo der Linken, um Männer wie Frauen, Politik und Alter ebenso wie um ihre Liebesbeziehung zu Sartre und die Komplikationen mit „den Dritten“. „Dieses Buch trägt dazu bei, mich besser zu kennen“, sagt die Vordenkerin des Feminismus, die Autorin von „Das andere Geschlecht“, dieser Bibel des Neuen Feminismus.

1973 drehte Alice Schwarzer mit Simone de Beauvoir das wohl intimste Porträt über sie. In Paris mit der Frauenbewegung und mit ihrer späteren Weggefährtin Simone de Beauvoir, in Rom mit Jean-Paul Sartre. Eine der berührendsten Szenen in dem 45-Minuten-Film ist das sehr ehrliche Gespräch zwischen Beauvoir und Sartre, die sich lebenslang saezten, über ihre Beziehung, den Preis der Wahrheit und die Rolle der „Dritten“.

Beides, den Interviewband und das Filmporträt, gibt es als Geschenk zum EMMA-Abo.

DAS EMMA-ABO & DIE GANZE BEAUVOIR

69 € FÜR 6 HEFTE FREI HAUS. PLUS 2 GESCHENKE!

Das Filmporträt von 1973,
45 Minuten mit Foto-Booklet.
Deutsch/Französisch.



UND



**GESCHENK ZUM
BANKEINZUG:
EINE TOP-EMMA.**

**Ja, ich will das Abo
und beide Geschenke!**

- Das Abo für mich**
- Das Abo für dich**
- Das Geschenkabo**

Der Interviewband: Gespräche 1972/82.
Über Feministinnen und Linke,
Gewalt und Sex, Macht und Alter.
Mit einem Vorwort von Beauvoir.

JA, ICH WILL DAS EMMA-ABO ZUM PREIS VON 69 € IM JAHR. PLUS GESCHENKE!

- Ich abonniere für mich. (E0623)
- Ich verschenke ein Abo. (G0623)
- Ich vermittele ein Abo. (V0623)

Das Abo beginnt mit der Ausgabe:

- November/Dezember (6/2023)
- Januar/Februar (1/2024)

Meine Adresse:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

EMMA erscheint in der EMMA Frauenverlags GmbH, Geschäftsführerin Alice Schwarzer, Bayenturm, 50678 Köln, HRB 7742 Köln. Preis 69 € (85 Sfr) im Jahr, Versand gratis in Deutschland, Schweiz und Österreich. Weiteres Ausland zzgl. Versandkosten. Nach dem ersten Jahr kann ich jederzeit kündigen.

Ich erhalte folgendes Geschenk:

Filmporträt Simone de Beauvoir, DVD & Interviewband Beauvoir, TB (6119_6120)

Die Geschenke gehen an:

mich die Beschenkte/die Vermittelte

Gezahlt wird:

per Rechnung per Einzugsermächtigung.

Dafür bekomme ich ein 3. Geschenk

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift

Widerrufsgarantie Sie können Ihren Vertrag innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen in Schriftform widerrufen. Das Widerrufsformular finden Sie unter www.emma.de/widerruf. Zur Wahrung der Frist genügt die Absendung an: EMMA Abo-Service, Postfach 810640, 70523 Stuttgart, E-Mail emma@zenit-presse.de, Fax 0711/725 23 33.

Die verschenkte/vermittelte EMMA geht an:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

**Coupon an: EMMA Abo-Service,
Postfach 81 06 40, 70523 Stuttgart**

SEPA-Lastschriftmandat Ich ermächtige den ZENIT-Vertrieb, wiederkehrende Zahlungen mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Vertrieb auf mein Konto eingezogene Lastschrift einzulösen.

Hinweis Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen.



Ein MedizinSka

Es herrscht Verwirrung in der Frage: Warum sollten Krankenkassen die Kosten für Hormone und Operationen bei Transsexuellen übernehmen, wenn „Transsexualität“ zukünftig keine medizinische Diagnose mehr ist? Außerdem deutet sich ein Medizinskandal größeren Ausmaßes an: Werden in Deutschland Pubertätsblocker an Kinder und Jugendliche verabreicht, ohne dass man Wirkung und Spätfolgen kennt?



Renate Eisenegger, „NEIN“, Fotografie nach dem gleichnamigen Film von 1974

ndal?

Es ist nur ein einziger Satz, aber der hat es in sich. Er steht auf Seite 119 des Koalitionsvertrags, den die Ampel im Dezember 2021 beschloss. Er lautet:

„Die Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen müssen vollständig von der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) übernommen werden.“

Man übersieht diesen Satz sehr leicht in dem 177 Seiten starken Dokument. Und es ist vermutlich auch kein Zufall, dass die zuständigen Ministerien nicht an die große Glocke hängen, was sie da vorhaben. Ähnlich wie beim sogenannten „Selbstbestimmungsgesetz“, das auch unter dem öffentlichen Radar lief – bis EMMA, Frauengruppen und Elterninitiativen sowie kritische MedizinerInnen Alarm schlugen.

Dabei ist das Bundesgesundheitsministerium schon im Begriff, den Satz aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen: Nur acht Wochen nachdem das Kabinett am 23. August den fragwürdigen Gesetzentwurf zum „Selbstbestimmungsgesetz“ verabschiedet hatte, trafen sich am 19. Oktober im Lauterbach-Ministerium Transverbände mit medizinischen Fachgesellschaften wie der Bundespsychotherapeutenkammer oder der Gesellschaft für Kinderendokrinologie und VertreterInnen der Krankenkassen zum „Fachgespräch“. Ziel: Die „Vorbereitung der gesetzgeberischen Umsetzung dieser Vorgaben“.

In Arbeit ist also ein Gesetz, das die Krankenkassen verpflichten soll, die Kosten für lebenslange Hormonbehandlungen und OPs bei Menschen zu übernehmen, die künftig per Sprechakt und ohne medizinische Diagnose oder auch nur Beratung den Geschlechtseintrag wechseln können.

In den USA ergaben Studien, dass die lebenslangen Kosten bei körperlicher Angleichung an das andere Geschlecht bis zu 500.000 Dollar betragen (EMMA 5/23). Das geht also auf Dauer in die Milliarden Euro für die Krankenkassen.

Diese Kosten übernehmen die Krankenkassen jedoch schon seit Jahrzehnten, nämlich seit „Transsexualität“ 1981 mit dem Transsexuellengesetz zur offiziell anerkannten Diagnose wurde. Deshalb stellt sich die Frage:

Warum eigentlich ein neues Gesetz?

Darauf gibt es gleich mehrere Antworten.

Antwort Nr. 1: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Transsexualität seit dem 1. Januar 2022 nicht mehr als „Störung der Geschlechtsidentität“ ein. Als solche galt sie noch in der letzten Fassung der „International Classification of Diseases“ (ICD), also der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, die die WHO herausgibt und regelmäßig aktualisiert. Definiert war „Transsexualismus“ dort als „Wunsch, als Angehöriger des anderen Geschlechtes zu leben und anerkannt zu werden. Dieser geht meist mit Unbehagen oder dem Gefühl der Nichtzugehörigkeit zum eigenen anatomischen Geschlecht einher. Es besteht der Wunsch nach chirurgischer und hormoneller Behandlung, um den eigenen Körper dem bevorzugten Geschlecht soweit wie möglich anzugleichen.“

Es drängt sich die Frage auf, was der „Wunsch“, seinen gesunden Körper hormonell und chirurgisch zu verändern, anderes sein soll als eine „Störung der Geschlechtsidentität“. Doch auch in diesem Fall hatte die gut finanzierte Lobbyarbeit der Transaktivisten, die schon 2009 die weltweite Kampagne „Stop Trans Pathologization“ gestartet hatten, offenbar Erfolg: In der neuen Fassung, der ICD 11, die am 1. Januar 2022 in Kraft trat, steht Transsexualität nun nicht mehr im Kapitel „Psychische und Verhaltensstörungen“, sondern in einem eigens neu geschaffenen Kapitel: „Zustand im Zusammenhang mit der sexuellen Gesundheit“ („Conditions related to sexual health“). Das Phänomen heißt auch nicht mehr „Transsexualismus“, sondern „Geschlechtsinkongruenz“.

Viele Trans-Verbände jubelten über die „Entpathologisierung“ von Transsexualität, stellten

jedoch gleichzeitig klar: „Auch weiterhin müssen die medizinischen Kosten für geschlechtsangleichende Behandlungen von den Krankenkassen übernommen werden“, so der Bundesverband Trans*. „Wir fordern ja schon lange einen uneingeschränkten Zugang zum Gesundheitssystem für alle geschlechtlich non-konform lebenden Menschen.“

Wie aber passt das zusammen? Hat die tiefgreifende Ablehnung des eigenen Körpers nun Krankheitswert bzw. erzeugt sie einen „krankheitswertigen Leidensdruck“, so dass die Krankenkassen – und damit die Solidargemeinschaft – die Kosten für die Linderung des Leidensdrucks übernehmen müssen? Oder ist das Auseinanderfallen von biologischem Geschlecht und Geschlechtsempfinden lediglich ein „Zustand“? Und wenn ja, warum sollten dann die Kosten für Hormone und OPs nicht privat übernommen werden?

Welche Gefahr in dem Paradigmenwechsel auch für echte Transsexuelle steckt, ist einem Teil von ihnen durchaus klar. Denn es könnte ja nicht mehr unterschieden werden zwischen der Minderheit der irreversiblen Transsexuellen und der vor allem jungen Menschen, vor allem Mädchen, die sich als Folge des aktuellen Trans-Hypes für „transsexuell“ halten. Deren Zahl hat sich in den letzten Jahren mindestens verzehnfacht. Hinzu kommt das geplante „Selbstbestimmungsgesetz“, nach dem jeder und jede seinen oder ihren Geschlechtseintrag per Sprechakt ändern kann.

„Was glauben Sie, wie lange eine geschlechtsangleichende Operation noch von der Krankenkasse übernommen wird, wenn doch jeder eine Frau oder ein Mann sein kann, ohne dass der Körper angepasst wird?“

fragt deshalb Frank Gommert von der Vereinigung Transsexuelle Menschen (VTSM).

Noch im Oktober 2022 hatte der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages den aktuellen „Sachstand“ so zusammengefasst: Maßgeblich für den Anspruch auf geschlechtsangleichende Maßnahmen ist das Sozialgesetzbuch V, das besagt: „Gesetzlich Krankenversicherte haben einen



EMMA hat Gesundheitsminister Lauterbach um Stellungnahme zu dem vermutlichen Medizinskandal einer unkontrollierten Behandlung von Kindern mit Pubertätsblockern gebeten. Er möchte zurzeit dazu nichts sagen.

Anspruch auf Krankenbehandlung, wenn sie notwendig ist, um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern.“ Er erklärt weiter: „Eine geschlechtsangleichende Maßnahme setzt also eine psychiatrische/psychotherapeutische Indikationsstellung voraus.“

Noch ist die neue ICD-11-Klassifikation in Deutschland nicht in Kraft, weil sie zunächst von den deutschen Gesundheitsbehörden in das deutsche System übertragen werden müsste. Wie lange das dauert, ist unklar. Aber in Berlin wird schon vorgebaut. Denn denjenigen, die den so bedeutsamen Satz in den Koalitionsvertrag geschrieben haben, dürfte das Problem klar sein: Kein Krankheitswert, keine Kostenübernahme. Und so liegt nahe, dass der Widerspruch mit dem geplanten weiteren Gesetz aus der Welt geschafft werden soll. Denn dann da steht es schwarz auf weiß: „Die Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen müssen vollständig von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden.“

Diese gesetzliche Verpflichtung der Krankenkassen zur Kostenübernahme macht aus Sicht der Transaktivisten auch deshalb Sinn, weil die Kassen deren geforderten „uneingeschränkten Zugang zum Gesundheitssystem“ bisher bisweilen blockieren. Im Gegensatz zu den TherapeutInnen, die – so berichten es vielfach Eltern und auch Betroffene selbst – immer öfter rein „transaffirmativ“ beraten.

Teils, weil sie wegen des gesetzlichen „Konversionsverbots“ Gefahr laufen, angezeigt zu werden, wenn sie den Transitionswunsch des oftmals noch sehr jungen Menschen kritisch hinterfragen. Teils aber auch aus Überzeugung.

Zum Beispiel so, wie es Nele Jongeling in der erschütternden ZDF-Doku „37 Grad“ beschreibt: In ihre erste Therapiestunde sei die damals 21-Jäh-

rige „noch fragend reingegangen. Ich war nicht rooprogenzig sicher. Ich dachte, ich erzähle das einfach mal alles ganz offen und gucke, was der Therapeut sagt, wie er das einschätzt, weil er ja auch schon Erfahrung mit Transpersonen hat.“ Doch der Therapeut hatte gar keine Fragen mehr. „Er hat mich von Anfang an als ‚Herr Jongeling‘ angesprochen. Er hat recht viel selbst geredet, ich habe gar nicht so viel geredet. Was mich ein bisschen gestört hat: Man könnte meinen, dass er schon fast dazu gedrängt hat, dass ich die Therapie bei ihm anfang.“

Der Therapeut erklärte seiner Klientin: Normalerweise müsse man mindestens ein halbes Jahr auf Testosteron warten, in seiner Praxis gehe das aber schneller.

Währenddessen erzählt Nele in ihrem Video-Tagebuch: „Vielleicht hab ich eigentlich ein ganz anderes Problem und versuche davor zu fliehen? Ich habe Angst, dass ich das alles mache und hinterher nicht glücklich bin oder das im schlimmsten Fall sogar bereuen könnte.“

Nele hat es inzwischen bereut. In EMMA erzählte sie schon im Frühjahr 2020 die Geschichte ihrer De-Transition, also ihre Rückkehr in ihr biologisches Geschlecht, gemeinsam mit zwei anderen De-Transitioniererinnen (EMMA 2/20). Alle drei berichten von viel zu schnellen Diagnosen. Sam, eine der drei, erzählt: Ihr Therapeut habe nur drei Therapiestunden mit ihr absolviert, bei der Krankenkasse aber zehn abgerechnet. Und auch Eltern betroffener Kinder berichten von Therapeuten, die ihre Kinder nach

nur einer Stunde mit einem Rezept zum Endokrinologen schickten.

Die Krankenkassen hingegen scheinen die einzige Stelle im System zu sein, die überhaupt noch fragen, was da eigentlich los ist. Immerhin hat sich in der Zeit von 2007 bis 2021 die Zahl der geschlechtsangleichenden Operationen bei den 15- bis 25-Jährigen von 54 auf 917 versiebzehnfacht! Und die Tendenz dürfte steigend sein. Denn wenn die Regierung jungen Menschen qua „Selbstbestimmungsgesetz“ suggeriert, sie könnten ihr Geschlecht selbst bestimmen, ist der Weg vom neuen Geschlechtseintrag zu Hormonen und OPs nicht weit.

Immerhin die Krankenkassen lassen den Medizinischen Dienst prüfen, „ob die medizinischen Voraussetzungen für die Kostenübernahme der beantragten Leistung(en) vorliegen“. Die Zahl der Begutachtungen stieg laut Auskunft des MDK von 2.000 im Jahr 2014 auf 5.800 im Jahr 2022. „In rund jedem zweiten Fall waren die Voraussetzungen für die Kostenübernahme der geschlechtsangleichenden Maßnahmen erfüllt. In rund jedem dritten Fall lagen die Voraussetzungen dafür nicht vor“, teilt der MDK auf EMMA-Anfrage mit.

Das dürfte auch daran liegen, dass die Begutachtungsrichtlinien des MDK geschlechtsangleichende Operationen nur als letztes Mittel ansehen, weil „an einem dem Grunde nach biologisch gesunden Körper ein medizinischer Eingriff mit irreversiblen Folgen vorgenommen wird.“

Die Sozialrechtsprechung sieht geschlechtsangleichende Operationen nur im Sinne einer ‚ultima ratio‘ vor, wenn bestimmte Bedingungen vorliegen.“ So hat das Bundessozialgericht klargestellt:

„Nur wenn psychiatrische und psychotherapeutische Mittel das Spannungsverhältnis nicht zu lindern oder zu beseitigen vermögen, gehört es zu den Aufgaben der gesetzlichen Krankenkassen, die Kosten für eine geschlechtsangleichende Operation zu tragen.“

Soll auch dieser Grundsatz mit dem neuen Krankenkassen-Gesetz ausgehebelt werden?

Das Prinzip der „ultima ratio“ gilt übrigens erst recht für die sogenannten Pubertätsblocker. Diese Medikamente werden Kindern mit „Geschlechtsdysphorie“ verschrieben, um zu verhindern, dass sich mit beginnender Pubertät die sekundären Geschlechtsmerkmale entwickeln, dass Brüste oder Bart wachsen, Menstruation oder Stimmbruch einsetzen. Kinder sollen damit angeblich Zeit gewinnen, um sich darüber klar zu werden, ob sie wirklich im anderen Geschlecht leben wollen. Der angeblich so offene Weg entpuppt sich allerdings als Sackgasse:

„Früher lag der Anteil derjenigen, die bei dem Wunsch nach körperverändernden Maßnahmen blieben, bei 15 bis 20 Prozent. Seit Pubertätsblocker gegeben werden, liegt er bei nahezu 100 Prozent“,

weiß Alexander Korte, Kinder- und Jugendpsychiater am Münchner Universitätsklinikum, der seit fast 20 Jahren Kinder und Jugendliche mit Geschlechtsdysphorie behandelt.

Man macht also Kinder und Jugendliche mit – verständlichen – Irritationen ihrer Geschlechterrolle mit Hilfe von Pubertätsblockern mit nahezu hundertprozentiger Sicherheit zu „Transkindern“ und damit zu lebenslangen PatientInnen. Hinzu kommt, dass die Studienlage bezüglich der Neben- und Spätfolgen der Medikamente „so dünn wie unbefriedigend“ ist, wie kürzlich das *Deutsche Ärzteblatt* berichtete und auch in Deutschland immer mehr Experten anmahnen. „Wir haben von Jahr zu Jahr mehr Anfragen, uns gutachterlich mit der Frage auseinanderzusetzen, ob schon bei immer jüngeren Jugendlichen eine hormonelle Therapie oder sogar eine geschlechtsangleichende Operation infrage kommt. Aber es gibt überhaupt keine Datengrundlage, um diese Entscheidungen bei Kindern und Jugendlichen verantwortungsvoll zu treffen“, klagt zum Beispiel Prof. Veit Roessner, Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Uniklinik Dresden in der FAZ. „Ich glaube, bei dem Thema Trans geht das Pendel gerade in die falsche Richtung.“

Also: Qui en profite? Ganz sicher die Pharmaindustrie und Teile der Ärzteschaft. Zum Beispiel das deutsche Unternehmen Ferring, das unter anderem die Stiftungsprofessur von Prof. Annette Richter-Unruh an der Uniklinik Bochum finanziert (das ist ganz offen auf der Website nachzu-

lesen.) Im Jahr 2006, so die Fachärztin für Kinder-Endokrinologie, hätten sich „drei transidente Kinder“ bei ihr vorgestellt. Im Jahr 2019 waren es schon 200. „Insgesamt betreuen wir zurzeit um die 600 Kinder und Jugendliche. Dabei behandeln wir noch nicht einmal alle, die sich uns vorstellen.“ Und dann sagt die Ärztin in der FAZ einen Satz, der das Gesundheitssystem bis zum Gesundheitsminister aufschrecken lassen müsste: „Bei der Hälfte der Jugendlichen bin ich von ihrer Transidentität nicht überzeugt, aber ich maße mir nicht an, dies zu beurteilen.“

Länder wie Schweden, Finnland, England oder Australien haben bereits die Reißleine gezogen: Sie haben die Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit Pubertätsblockern quasi eingestellt. Gestattet ist sie nur noch im Rahmen klinischer Studien, ansonsten ist Psychotherapie die Behandlung der Wahl – wie es bisher ja eigentlich auch in Deutschland vorgeschrieben ist.

Wer nachfragt, stößt jedoch auf eine Art schwarzes Loch.

Eine EMMA-Anfrage bei allen großen Krankenkassen ergibt: nichts. Wie viele Kinder und Jugendliche werden in Deutschland mit Pubertätsblockern behandelt? Wie viele Mädchen, wie viele Jungen? Ist diese Zahl gestiegen? Die Krankenkassen, die das unbesehen bezahlen, wissen es nicht. Denn: Die als „Pubertätsblocker“ verwendeten Medikamente werden im sogenannten Off-Label-Use eingesetzt, das heißt: Sie sind für diesen Zweck gar nicht gemacht und damit auch nicht vom Hersteller klinisch getestet. Eigentlich sind die sogenannten GnRH-Analoga ein Krebsmedikament für hormonabhängig wachsende Tumore. Man setzt sie außerdem zur „chemischen Kastration“ von Sexualstraftätern ein.

Und in den letzten Jahren also an Hunderten, wahrscheinlich Tausenden Kindern und Jugendlichen. EMMA fragte beim GKV-Spitzenverband nach, dem Dachverband der gesetzlichen Krankenkassen. Die Antwort: „Das Bundessozialgericht erkennt einen Anspruch auf Behandlung mit Arzneimitteln im Off-Label-Use an, wenn es bei einer schweren Krankheit keine Behandlungsalternative gibt und nach dem Stand der Wissenschaft die begründete Aussicht

besteht, dass mit dem Medikament – eine akzeptable Risikoeinschätzung vorausgesetzt – ein Behandlungserfolg erzielt werden kann. Der Einsatz der Arzneimittel ist damit an eine im Sinne der Rechtsprechung hinreichende Studienlage geknüpft.“

Schwere Krankheit? Keine Behandlungsalternative? Akzeptable Risikoeinschätzung? Hinreichende Studienlage? Behandlungserfolg? Das alles liegt nicht vor.

Im Gegenteil: „Der Nachweis, dass die Behandlung mehr nützt als schadet, wurde im Falle der pubertätsblockierenden GnRH-Analoga-Behandlung mitnichten erbracht, wie mittlerweile von vier staatlichen Gesundheitsbehörden in Schweden, Finnland, England und Norwegen festgestellt wurde“, erklärt der Kinder- und Jugendpsychiater Alexander Korte, Leitender Oberarzt an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität.

Neue Anfrage, diesmal beim „Gemeinsamen Bundesausschuss“, kurz G-BA. Das höchste Gremium der Selbstverwaltung des deutschen Gesundheitswesens, in dem Krankenkassen, Ärzte- und Krankenhausverbände organisiert sind, legt normalerweise die Behandlungsrichtlinien fest. Auch hier: Fehlanzeige.

„Bisher hat sich der Gemeinsame Bundesausschuss noch nicht mit der Frage beschäftigt, ob GnRH-Analoga als pubertätsblockierendes Medikament bei Kindern und Jugendlichen mit Geschlechtsdysphorie im Off-Label eingesetzt werden sollten.“

Entschieden ist nichts – aber gehandelt wird schon, und zwar kräftig. Handelt es sich hier um einen handfesten Medizinskandal? Jedenfalls stellen sich viele Fragen. Und welche Antwort hat das Gesundheitsministerium – bisher – darauf? Einen einzigen Satz: „Die Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen müssen vollständig von der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) übernommen werden.“

Und was sagt Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) dazu? EMMA fragte nach. Die Antwort der Pressestelle: „Ein Zitat von Herrn Bundesminister Lauterbach lässt sich leider nicht einrichten.“ ♀ **CHANTAL LOUIS**



WEITERLESEN

Alice Schwarzer/
Chantal Louis (Hrsg.):
Transsexualität.
Was ist eine Frau? Was
ist ein Mann? Eine
Streitschrift (KiWi)

Transsexuelle **gegen** das Selbstbestimmungsgesetz



Ich bin gegen das Selbstbestimmungsgesetz, weil der Verzicht auf jeglichen Nachweis, ob jemand trans oder inter ist, kein Vertrauen in die Ergebnisse des Gesetzes schafft. Für Transpersonen beschädigt das die bisher vorhandene Akzeptanz in weiten Teilen der Bevölkerung. **TILL AMELUNG, TRANSMANN**



Mädchen/Frau und Junge/Mann sind schon im Grundgesetz als unterschiedliche Optionen benannt. Die Differenzen basieren in der Lebenspraxis für die Mehrheit der Gesellschaft darauf, dass die Geschlechtskörperlichkeit in gravierenden Aspekten unterschiedlich ist. Für Menschen, die, wie ich selbst, unter Transsexualität (NGS) leiden,

sind diese Fakten grundlegend für ihre Diagnose und ihren Leidensdruck. Das geplante Selbstbestimmungsgesetz jedoch behauptet, dass dieses Erleben meinerseits „falsch sein muss“ – weil die Körpergeschlechtlichkeit gar nichts mit der Geschlechtszugehörigkeit zu tun habe; ja sogar, dass Menschen mit Penis diesen als „weibliches Genital“ und Menschen mit Vagina diese als „männliches Genital“ definieren dürfen. Diese Aussagen jedoch verweigern mir meine eigene „Selbstbestimmung“, indem mir durch dieses Gesetz eine Definition von Geschlechtszugehörigkeit aufgenötigt wird, die mein Selbsterleben und mein Leiden verleugnen und mich „fremdbestimmen“! Selbstbestimmung kann nur innerhalb gesamtgesellschaftlicher Konventionen erfolgen. **FRANK GOMMERT, TRANSMANN**

Das geplante Gesetz setzt bei Menschen zwischen 14 und 18 Jahren eine sexuelle Selbstbestimmtheit voraus, die die meisten in diesem Alter noch nicht haben. Nach meinen Erfahrungen in meiner eigenen therapeutischen Praxis will praktisch jeder Jugendliche nach Vornamens- und Personenstandsänderung eine medizini-



sche Geschlechtsangleichung – ohne die Folgen für die eigene noch unausgereifte Sexualität und die Irreversibilität im ganzen Ausmaß begreifen zu können. Die Erfinder dieses Gesetzes lügen sich aus der Verantwortung! **DR. RENATE FÖRSTERLING, TRANSFRAU**



Das Selbstbestimmungsgesetz klingt progressiv, ist aber ein Rückschritt, denn es festigt das Binäre, und damit die starre Definition, wie Frauen und Männer zu sein und auszusehen haben. Und vor allem: Man nimmt junge Menschen, die mit ihrem körperlichen Geschlecht hadern, nicht ernst, wenn man sie einfach machen lässt. Ernst nimmt man sie, wenn man sich mit ihnen auseinandersetzt und ihnen Fragen stellt. Wenn Jugendliche eine so schwerwiegende Veränderung planen, müssen sie sich diesen Fragen stellen, weil sie sich der Konsequenzen bewusst sein müssen. Genau nachzufragen, ist deshalb keine Zumutung, sondern vielmehr die Aufgabe von umsichtigen Erwachsenen ihren Schutzbefohlenen gegenüber. **NADIA BRÖNIMANN, TRANSFRAU**



Das Selbstbestimmungsgesetz ist in seiner Grundidee bestimmt gut gemeint, aber eine Geschlechtsidentität ist kein Spielzeug und sollte mit sehr viel Verantwortung behandelt werden. Allein schon der Gedanke, dass Mann oder Frau in bestimmten Abständen den Geschlechtseintrag ändern kann, ist absurd. Die Hürde der zwei Gutachten muss einfach so bleiben, um Schaden von Unentschlossenen oder Zweifelnden abzuwenden. Denn die Änderung von Namen und körperlichen Geschlechtsmerkmalen ist nicht ohne große Umstände wieder rückgängig zu machen. Auch wenn das hart klingt, ist es wichtig, das Verfahren so beizubehalten, um gerade die erreichten Ziele für viele junge Transidente nicht zu verbauen. Wir leben bezüglich der geschlechtsangleichenden OPs in einer Krankenkassen-Solidargemeinschaft, auch deshalb sollte mit solchen Entscheidungen sorgsam umgegangen werden. Ich stimme mit der EMMA nicht in ihrer Haltung zur Transidentität überein – ich sehe mich als Frau, nicht als „Transfrau“ – aber ihre Kritik am Selbstbestimmungsgesetz teile ich. **MIRIAM THIELSCH**

Ich wurde von meinem Stiefvater schwer misshandelt und sexuell missbraucht. Ich war voll mit manipulierten, selbsterstörerischen Glaubenssätzen und Mustern. In dem Moment sah ich nichts anderes, als einem die Schuld zu geben: meinem Körper. Mit dem Weg der Transsexualität hatte ich endlich das Gefühl, dass ich über mich, meine Emotionen, meinen Körper entschei-

den darf. Ich wurde zu einem Mann, um endlich frei zu sein und um ein selbst bestimmtes Leben führen zu dürfen. Doch war ich wirklich so selbstbestimmt, als ich Hormone nahm, die



dem Körper schaden? War ich wirklich frei von Fremdbestimmung, als ich mich einer Operation unterzog, nach der meine Brustwarzen taub waren und bis heute sind? Oder bin ich einfach davongelaufen, um nichts mehr fühlen zu müssen? Mit der Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes ist die Chance auf wahre Selbstbestimmung gefährdeter als je zuvor. **SOPHIE GRIEBEL, DE-TRANSITIONIERERIN**



Ich habe die Befürchtung, dass durch das Selbstbestimmungsgesetz mehr Jugendliche und junge Erwachsene transitionieren, obwohl dies oft nicht der optimale Weg für sie ist. Zwar mag eine Gender-Dysphorie vorliegen, doch die kann oft auch auf eine psychosoziale Entwicklungsstörung, eine

Depression, Mobbing etc. zurückgeführt werden. Wer das leugnet, nimmt diesen jungen Menschen die Möglichkeit, ihren Weg ohne künstliche Hormone und Operationen zu gehen. Zwar heißt es im Gesetz, dass medizinischer und rechtlicher Weg strikt getrennt sind, jedoch sehe ich nicht, wie das z. B. bei einem Selbstzahler konsequent durchgeführt werden kann. Ich habe meine Mastektomie selbst finanziert und hätte so formal für den Eingriff keinerlei Psychotherapie benötigt.

SABETH BLANK, DE-TRANSITIONIERERIN



Ich bin 2014 meinen Weg ins neue Leben gegangen und habe mit Stolz die gesetzliche Vornamens- und Personenstandsänderung gemäß dem Transsexuellengesetz gemacht. Gemeinsam mit unzähligen Menschen, die auch diesen Weg gegangen sind, bin ich inzwischen nur noch entsetzt darüber, wie eine kleine, militante Minderheit gerade dafür sorgt, dass unsere gesamte Aufklärungsarbeit zerstört wird. Es ist erschreckend, wie diese Trans*Aktivistinnen ihre Kritikerinnen verbal angreifen. Ohne sie wäre im Januar 2019 die „Stuttgarter Erklärung“ in Kraft getreten. Sie sollte dafür sorgen, dass das TSG modernisiert wird: Das Verfahren wäre weiterhin Aufgabe der Justiz gewesen, es hätte jedoch statt zwei nur noch ein Gutachten gegeben und das Verfahren wäre verkürzt worden. Fakt ist, dass das Selbstbestimmungsgesetz uns echten Transsexuellen nur schadet. **MANUELA SCHNEIDER, TRANSFRAU**



„Die **Verfassung** geht von einem biologischen Geschlechtsbegriff aus!“

Wer das ändern will, muss zuerst die Verfassung ändern, sagt der Jurist Jonas Jacob. Er nimmt das „Selbstbestimmungsgesetz“ komplett auseinander: Es verstöße gegen Kinder- und Elternrechte.

In der Debatte wird oft der Eindruck erweckt, das Bundesverfassungsgericht hätte das gesamte Transsexuellengesetz für verfassungswidrig erklärt.

Das stimmt so nicht. Das Transsexuellengesetz wurde von Karlsruhe in mehreren Prozessen nur teilweise für verfassungswidrig erklärt. So hat das

Gericht 2011 entschieden, dass eine Operation nicht länger Voraussetzung ist für den Eintrag eines neuen Personenstandes. Das gilt auch für die damit verbundene Zeugungsunfähigkeit und den Scheidungszwang. Was das Bundesverfassungsgericht aber eben nicht für verfassungswidrig erklärt hat, sind die Sachverständigen-Gutachten als Voraussetzung für den Geschlechtswechsel. Im Gegenteil: Das Gericht hat betont, dass es ein berechtigtes Interesse des Gesetzgebers gibt, dem Personenstand „Eindeutigkeit und Dauerhaftigkeit zu verleihen“, um „beliebige Personenstandwechsel auszuschließen“. Deshalb hat Karlsruhe zweimal eine Klage abgewiesen, bei der der Kläger

durchsetzen wollte, sich nicht begutachten lassen zu müssen.

Aber wenn sich jeder und jede mit einem einfachen Gang zum Standesamt einmal im Jahr zu Mann, Frau oder als „divers“ erklären kann, wie es das „Selbstbestimmungsgesetz“ vorsieht, ist das ja äußerst beliebig. Auch der Bundesrat hat gerade beklagt, dass der Gesetzentwurf „auf jeglichen Nachweis der Ernsthaftigkeit, Wahrhaftigkeit und Beständigkeit“ des Wunsches nach Änderung des Geschlechtseintrags verzichtet.

In der Tat. Der vorliegende Gesetzentwurf setzt dieses von Karlsruhe formulierte berechnete staatliche Interesse an einer Beständigkeit der personenstandrechtlichen Zuordnung einer Person nicht um. Man muss noch einmal ganz klar sagen: Das Transsexuellengesetz richtete sich an Transsexuelle und hat diese Gruppe auch klar definiert, nämlich: als Menschen, die unter dem Zwang stehen, im anderen Geschlecht leben zu wollen. Das Selbstbestimmungsgesetz richtet sich aber an alle Menschen. Jeder und jede könnte sich künftig einen der vier möglichen Personenstandseinträge aussuchen: männlich, weiblich, divers oder gar kein Eintrag.

Was folgt daraus?

Als der Artikel „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ in die Verfassung geschrieben wurde, gingen die Verfasser ganz selbstverständlich von einem biologischen Geschlechtsbegriff aus. Wenn der Gesetzgeber den Geschlechtsbegriff nun derart fundamental neu definieren will – indem er sagt: „Eine Frau ist, wer sich zu Frau erklärt“ – dann müsste dazu die Verfassung geändert werden. Dazu bedürfte es aber einer Zweidrittel-Mehrheit im Parlament. Das wäre auch deshalb richtig, weil es bei einer solchen Änderung des Geschlechtsbegriffs wichtig wäre, dass es einen gesellschaftlichen Konsens darüber gibt. Den sehe ich aber überhaupt nicht.

Von den Befürwortern des sogenannten „Selbstbestimmungsgesetzes“ wird auch gern die Karlsruher Entscheidung zum sogenannten „Dritten Geschlecht“ herangezogen.

Auch dieses Urteil knüpft an das biologische Geschlecht an. Hier hatte eine körperlich intersexuelle Person darauf geklagt, sich nicht für den Personenstand „männlich“ oder „weiblich“ entscheiden zu müssen. Das Gericht gab dem statt

und erklärte: Eine Person, die nicht eindeutig dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet werden kann, hat das Recht auf den Geschlechtseintrag „divers“. Da geht es aber ganz klar nicht darum, wie die Person sich selbst zuordnet, sondern um einen Menschen mit Tur-

Karlsruhe hat zweimal die Gutachten vor einem Geschlechtswechsel für verfassungskonform erklärt.

ner-Syndrom, also eine Person mit körperlichen „Varianten der Geschlechtsentwicklung“, wie es korrekt heißt. Das hat der Bundesgerichtshof auch bestätigt. Dieser Fall kann also gerade nicht herangezogen werden, um zu rechtfertigen, dass jeder seinen Geschlechtseintrag definieren kann, wie er oder sie das gerade möchte.

Abgesehen davon, dass Sie die Definition des Geschlechtsbegriffs im vorliegenden Gesetzentwurf für unzulässig halten, kritisieren Sie auch einzelne Teile des Gesetzes als verfassungswidrig. Welche sind das?

Zunächst ist es mit diesem Geschlechtsbegriff kaum möglich, den Artikel 3 der Verfassung umzusetzen. Denn um den staatlichen Gleichstellungsauftrag zu erfüllen, brauchen wir valide Untersuchungen darüber, wie und wo Frauen und Männer ungleich behandelt werden. Wenn man nun einen Geschlechtsbegriff hat, der einen beliebigen Geschlechtswechsel durch Sprechakt vorsieht, kann man diese Bestandsaufnahmen nicht mehr seriös erstellen, weil jeder als Frau gilt, der sich als solche definiert.

Sie sagen auch, dass das SBGG gegen Kinderrechte verstößt.

Ja, denn das Gesetz erlaubt Eltern, den Geschlechtseintrag ihres Kindes ohne jede Hürde zu ändern, also auch ohne eine psychologische Beratung oder ähnliches. Möglich soll das von Geburt an sein, also schon bei einem Säugling. Eltern sind zwar grundsätzlich für das Kind verantwortlich, aber laut Artikel 6 des Grundgesetzes ist der Staat „Wächter über das Kindeswohl“. Der Staat wird seiner Wächterfunktion aber nicht gerecht, wenn er den Eltern beliebige Geschlechtszuweisungen für einen Säugling überlässt. Man stelle

sich vor, dass Eltern, die lieber einen Sohn statt einer Tochter gehabt hätten, das Mädchen als Jungen eintragen lassen. Oder einen Sohn, den sie zu feminin finden, als Mädchen eintragen lassen. Zwar steht in der Gesetzesbegründung: „Freilich kann es nicht sein, dass die Eltern frei in der Bestimmung des Geschlechts ihres Kindes sind.“ Aber in der Praxis interessiert den Standesbeamten natürlich erstmal das Gesetz.

Und wie steht es mit den Elternrechten?

Ein Jugendlicher oder eine Jugendliche ab 14 Jahren soll auch gegen den Willen der Eltern den Geschlechtseintrag ändern können. Die Eltern haben aber laut Verfassung das Erziehungsrecht, das hier sehr deutlich beschnitten wird.

Im Gesetzentwurf heißt es: „Stimmen die Eltern nicht zu, ersetzt das Familiengericht die Zustimmung, sofern das dem Kindeswohl nicht entgegensteht.“

Das „Kindeswohl“ ist ein ganz offener Rechtsbegriff, der sich immer erst im Einzelfall mit Leben füllt. Diese Einzelfallentscheidung trifft dann ein Familienrichter: Entspricht der Wunsch einer 14-Jährigen, als Junge leben zu wollen, dem Kindeswohl? Das ist eine Entscheidung, die er

Eltern können den Geschlechtseintrag ihres Säuglings ohne jegliche Überprüfung ändern lassen. Das verstößt gegen Kinderrechte.

ohne Gutachter gar nicht treffen kann. Das heißt, da wären wir wieder bei dem gutachterlichen Verfahren, das durch das Gesetz eigentlich abgeschafft werden soll. Ganz abgesehen davon, was so ein Gerichtsverfahren mit einer Familie macht.

Wie sehen Sie das „Offenbarungsverbot“? Demnach ist jeder, der den alten Geschlechtseintrag einer Person offenbart – in der Absicht, dieser Person zu schaden – mit einer Geldstrafe von bis zu 10.000 Euro bedroht.

Hier würden zwei Grundrechte aufeinanderprallen: Einmal das Recht auf Ausdruck einer selbst empfundenen Geschlechtsidentität sowie das der Meinungsfreiheit. Da müsste man also eine Abwägung vornehmen. Die Meinungsfreiheit gilt nicht uneingeschränkt, sondern findet ihre Grenzen in anderen Gesetzen wie zum Beispiel den Beleidigungsdelikten.

Wenn man also eine Person, die sich als Frau empfindet, als Mann bezeichnet, käme es auf den Kontext an: Wenn man zu dieser Person mit abfälliger Geste sagen würde: „Guck dich doch mal an, du bist doch ein Mann!“ dann könnte das als Beleidigung gewertet werden.

Was aber, wenn eine Frau im Schwimmbad unter der Damendusche steht, in die ein biologisch männlicher Mensch kommt. Die Frau bittet jemanden vom Personal, die Person der Dusche zu verweisen, weil es sich um einen Mann handle.

Das ist juristisch gar nicht so leicht zu entscheiden. Nehmen wir an, die Person würde der Dusche verwiesen, dann könnte sie ein Verfahren nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) anstrengen und erklären, sie sei aufgrund ihrer Geschlechtsidentität diskriminiert worden. Dann müsste das Gericht schauen, ob es einen sachlichen Grund dafür gab, die Person nicht in der Frauendusche zu belassen. Das ist kein leicht zu bewertender Fall, der von dem geplanten Gesetz aber ganz bewusst an das jeweilige Schwimmbad oder Fitnessstudio delegiert wird. Und dieses Auslagern als Einzelfallentscheidung würde die Gerichte noch sehr beschäftigen. Denn das Gesetz ist ja in sich überhaupt nicht kohärent: Einerseits sagt es, der Geschlechtseintrag beruhe auf der eigenen Entscheidung. Gleichzeitig sagt es: An der und der Stelle kann man aber doch an biologische Voraussetzungen anknüpfen. Und da stellt sich natürlich ganz praktisch die Frage, wie das dann jeweils überprüft werden soll ... Da wird es ja dann doch wieder sehr äußerlich und geht womöglich zu Lasten all derer, die etwas androgyn aussehen. Da kann dann jeder Mann, der feminin aussieht, und jede Frau, die maskulin aussieht, betroffen sein.

Was würden Sie als Jurist denn dem Gesetzgeber vorschlagen?

Man sollte die Sachverständigen-Gutachten, die das Verfassungsgericht ja nie beanstandet hat, weiterhin zur Voraussetzung für einen Wechsel des Personenstandes machen. Wenn die Gutachten kritisiert werden, weil die Gutachter teilweise entwürdigende Fragen stellen, dann wäre es doch ein guter Weg, die Gutachten neu und verbindlich zu gestalten. ♀

Das Interview führte Chantal Louis.

Wissen sie, was sie tun?

In der zweiten Novemberwoche soll es so weit sein: Das sogenannte „Selbstbestimmungsgesetz“ wird zur 1. Lesung in den Bundestag kommen. Doch wissen die Abgeordneten eigentlich, über was sie da abstimmen sollen?

Es liegt der begründete Verdacht nahe, dass der Großteil der Abgeordneten die Ausmaße und Auswüchse dieses nicht zu Ende gedachten Gesetzentwurfs nicht verstanden haben. Deshalb hat am 21. September die Initiative Frauenheldinnen e.V. in der Berliner Bundespressekonferenz zu einer Informationsveranstaltung für Abgeordnete geladen. Titel: „Braucht Deutschland ein Selbstbestimmungsgesetz? Hintergrund und Folgenabschätzung zum SBBG“.

Auf drei Panels, moderiert von EMMA-Redakteurin Chantal Louis, erläuterten ExpertInnen die juristischen, medizinischen und frauenrechtlichen Aspekte des Gesetzentwurfes. Jede und Jeder kann die vollständige hochinformativ Veranstaltung ab sofort ansehen auf frauenheldinnen.de/sbgb

Jura-Professorin Judith Froese warnte davor, dass das Gesetz von einem so unklaren Geschlechtsbegriff ausgehe, dass viele Fälle vor Gericht landen würden. Jurist Jonas Jacob erklärte Teile des Gesetzes für schlicht verfassungswidrig. Das Medizin-Panel wurde u. a. eröffnet mit einer Videobotschaft der selbst transsexuellen Psychotherapeutin Dr. Renate Försterling („Dieses Gesetz nützt Kindern und Jugendlichen nicht – es schadet den meisten!“) und von David Bell. Der Londoner Psychiater hatte maßgeblich an der Schließung der englischen Tavistock-Klinik mitgewirkt: Dort waren über Jahre Hunderte Kinder und Jugendliche viel zu schnell und ohne gründliche Diagnose „transitioniert“ worden. Bell warnte davor, diesen Fehler in Deutschland zu wiederholen.

Der Münchner Kinder- und Jugendpsychiater Alexander Korte, die Ludwigsburger Psychologie-Professorin Heike Stammer und David Allison als Vertreter der Eltern-Initiative „Trans Teens Sorge berechtigt“ (TTSB) warnten ebenfalls vor vorschnellen Diagnosen. Die Unzufriedenheit speziell von Mädchen mit dem eigenen Körper sowie depressive Störungen nahmen seit Jahrzehnten zu, was mit Schönheitsidealen und dem verschärften Druck durch soziale Medien zusammenhänge. Dies gälte es anzugehen statt die Mädchen in dem Irrglauben zu bestätigen, sie seien „im falschen Körper geboren“.



Sie kritisieren das Gesetz: Die JuristInnen Froese und Jacob (o) sowie Eltern-Vertreter Allison, Psychologie-Professorin Stammer und der Kinder- und Jugendpsychiater Korte (u). Das Interesse der Abgeordneten war groß.



Im Panel „Frauenrechte und das SBBG“ berichteten Sozialwissenschaftlerin Manuela Schon, Ex-Leistungssportlerin Stephanie Adam sowie Frauenhaus-Mitarbeiterin Monne Kühn, welche Folgen es hat, wenn sich jeder biologische Mann ohne jede Hürde zur „Frau“ erklären kann. Sie sind schon jetzt zu besichtigen: Im Ausland, wo sich Sexualstraftäter bereits vielfach zur „Frau“ erklärt haben, im Frauensport und in den Frauenhäusern.

Am Ende erklärte eine Abgeordnete entsetzt: „Ich frage mich, warum über all das bei uns im Gesundheitsausschuss nicht gesprochen wird!“ ♀

VIDEO
Alle Videos der Veranstaltung unter: frauenheldinnen.de/sbgb



CSD in Berlin ganz woke: Überall Nazis?

DENUNZIERT EINANDER!

Fördert der deutsche Staat das Denunziantentum? Die Schweizer *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) wundert sich über steuerfinanzierte Meldestellen, die von jedem geführt werden können und an die eine jede und ein jeder misslich scheinendes Verhalten unabhängig von den Fakten melden kann, inklusive Namen der Denunzierten.

Wer sich rächen, eine Intrige spinnen oder KollegInnen schaden will, der hat in Deutschland leichtes Spiel. Im ganzen Land entstehen „Meldestellen“ für Vorfälle aller Art. Objektivierbare Kriterien gibt es dabei nicht.

Problematisch erscheint nicht so sehr, was gemeldet wird, sondern dass es diese Portale überhaupt gibt. Denn die gemeldeten Vorfälle bewegen sich unterhalb der Strafbarkeitsgrenze und sind damit ganz überwiegend vom Recht auf Meinungsfreiheit erfasst.

Ein Vorreiter des Ganzen ist das „Berliner Register“. Die deutsche Hauptstadt besteht aus zwölf Bezirken, von denen inzwischen jeder ein „Register“ hat, also eine bezirkseigene Meldestelle. „Zum Netzwerk der Berliner Register gehören wei-

tere Community-basierte Dokumentationsstellen und über 230 Anlaufstellen“, heißt es auf deren Website. 230 – eine stattliche Zahl. Die Schwelle ist niedrig, denn Vorfälle können ganz leicht online gemeldet werden.

Die Zahl wiederum ist dynamisch, denn jeder kann Meldestelle werden: „Du machst in Deinem Umfeld bekannt, dass Du Anlaufstelle bist“, lautet eine der Instruktionen auf der Website für Personen, die selbst zur Meldestelle werden wollen. Eine erkennbare Rechtsgrundlage gibt es nicht, obwohl das Register steuerfinanziert ist.

Auf der Website steht auch, was gemeldet wird: „In die Dokumentation der Berliner Register fließen Vorfälle ein, die Bürger*innen im Alltag beobachten oder selbst erleben. Bei den Vorfällen handelt es sich um Aktivitäten der extremen Rechten, um rassistische Vorfälle im Alltag und Diskriminierung an verschiedenen Orten. Im Gegensatz zur Kriminalitätsstatistik der Polizei beziehen die Register auch Vorfälle in die Dokumentation ein, die keine Straftaten sind oder die nicht angezeigt wurden.“ Letztlich bedeutet das: Bürger denunzieren Bürger.

Ein Aufkleber mit der Aufschrift „Es gibt nur zwei Geschlechter“ würde in der Logik des Registers als rechtsextrem eingestuft, wie eine leitende Mitarbeiterin bestätigt. Allerdings nicht in jedem Fall: „Wir schauen, von wem der Aufkleber stammt, und wenn er von der AfD ist, dann nehmen wir ihn auf.“ Man könne ja im Parteiprogramm nachlesen, was die Partei wolle.

Das erscheint problematisch – ein Verhalten ist im Recht entweder vorwerfbar oder nicht, ohne Ansehen der Person (mit wenigen Ausnahmen). Um Strafbarkeit geht es dem Register auch nicht. „Es geht eher darum, ein gesellschaftliches Klima zu beschreiben, denn aus Meinung wird irgendwann Verhalten“, sagt die Mitarbeiterin.

Es geht also darum, eine zivilgesellschaftliche Grauzone des Verdachts und der Prä-Strafbarkeit zu schaffen. Dass man den Rechtsstaat dabei untergräbt, scheint egal. Dabei ist es eigentlich ganz einfach: Unterhalb der Strafbarkeit sind unwillkommene Äußerungen anderer Menschen womöglich lästig, aber erlaubt. Oberhalb ist die zuständige Meldestelle die Polizei.

An der Zahl der „Vorfälle“ wird durchaus getrickelt. Das gibt die Verwaltung offen zu. In einem Brief aus der Berliner Sozialverwaltung, der der NZZ vorliegt, bestätigt der zuständige

Sachbearbeiter, dass er es völlig in Ordnung findet, wenn derselbe „transfeindliche“ Aufkleber, der von fünf Personen gemeldet wird, als fünf transfeindliche Vorfälle gezählt wird.

Um es zu verdeutlichen: Gäbe es einen körperlichen Angriff mit fünf Zeugen, und diese fünf Zeugen meldeten unabhängig voneinander den Angriff dem Berliner Register, dann gingen diese Meldungen als fünf körperliche Angriffe in die offizielle Statistik des Berliner Registers ein, obwohl es faktisch nur ein Angriff war. Manche Darstellungen sind in der Sache falsch oder zumindest Ansichtssache.

Die Berliner Musikerin Wiebke Hoogklimmer ist eher zufällig darauf gestoßen. Sie beobachtete im Juni die lesbische 25-Personen-Demo „Real Dyke March“, ohne daran teilzunehmen. „Als in der Presse die Statistik dieses Registers veröffentlicht wurde mit der Aussage, dass Transfeindlichkeit angestiegen sei, schaute ich mir aus Interesse die Vorfalls-Chronik an und war überrascht, dort faktisch falsche Angaben zu finden“, sagte Hoogklimmer.

„Da ich bei manchen der gemeldeten Ereignisse Augenzeugin war, schrieb ich der Projektleiterin mit der Bitte um Stellungnahme. Ich erhielt bis jetzt keine Antwort. Die falschen Meldungen wurden auch nicht gelöscht.“ Die verzeichneten transfeindlichen Übergriffe habe es nicht gegeben.

„Es gibt Menschen, die sich bei uns melden, die lügen“, antwortet die Leiterin der Koordinierungsstelle, Kati Becker. Sie habe die Mail der Zeugin erhalten, deren Inhalt sei jedoch unwahr. Bestimmt sei die Zeugin der transfeindlichen Frauenbewegung zuzuordnen. Hoogklimmer weist das zurück. Sei's drum – da es keine objektivierbaren Kriterien gibt, hat ohnehin jeder seine eigene Wahrheit. Was der eine transfeindlich findet, nimmt der andere kaum wahr.

„Als Bürgerin eines Rechtsstaates sehe ich diese Meldeportale, die ja bundesweit ausgebaut werden sollen, ohnehin kritisch“, schrieb die 63-jährige Hoogklimmer in einem Brief an die Berliner Justizsenatorin Felor Badenber. „Wenn ich als Bürgerin allerdings nicht einmal darauf vertrauen kann, dass diese Meldeportale nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten geführt werden, finde ich es mehr als bedenklich.“ Antwort erhielt sie stattdessen vom oben erwähnten Sachbearbeiter.

Wenn über jemanden etwas Unwahres als Vorfall gemeldet wird, so ist der Grat zur Strafbarkeit schmal – hier kommen üble Nachrede und Ver-

leumdung in Betracht. Anfangs enthielt das Berliner Register sogar noch Namen der angeprangerten Personen, etwa im Falle der Biologin Marie-Luise Vollbrecht. Sie hatte einen wissenschaftlichen Vortrag halten wollen über die biologische Zweigeschlechtlichkeit, was große Proteste hervorrief (EMMA berichtete).

Die Schaffung des Berliner Registers begann schon 2006, seither ist das Meldewesen immer weiter ausgefeilt. Der Bund versieht es zudem mit immer neuen Grundlagen. Im Bundestag wurde im März lebhaft über das Demokratiefördergesetz diskutiert, das auf Betreiben der Grünen kommen soll. Man nimmt dort an, dieses Gesetz stärke die Demokratie.

Der Unionspolitiker Christoph de Vries geht vom Gegenteil aus. „Ein staatlich finanzierter Pranger, mit dem demokratische Meinungen innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft angeprangert werden, ist nicht fortschrittlich, sondern totalitär und illiberal und hat auch nichts mit Vielfalt zu tun“, sagte er in der Bundestagsdebatte. „Wir brauchen keine Petz-Portale wie das Berliner Register, bei denen von der Meinungsfreiheit gedeckte, aber politisch missliebige Äußerungen angeprangert und diffamiert werden können“, sagte er weiter.

Die Zahl der Meldungen hänge vom „Grad der Sensibilisierung“ ab, heißt es auf der Website des Berliner Registers. Das erscheint schlüssig. Je höher die Sensibilisierung, desto mehr Vorfälle und desto größer natürlich der Bedarf für mehr Meldestellen. Diese werden dann „dokumentieren“, wie diskriminierend und ausgrenzend die Gesellschaft ist, und dementsprechend braucht es mehr Beauftragte, um dies zu bekämpfen. Das alles greift nahtlos ineinander mit den Bestrebungen der Antidiskriminierungsbeauftragten des Bundes, Ferda Ataman, die für ein Verbandsklagerecht diskriminierter Gruppen eintritt. So könnten Vereine die Rechte der von ihnen Vertretenen vor Gericht durchsetzen. ♀ **FATINA KEILANI**

Der Artikel erschien zuerst in der NZZ.



Wiebke Hoogklimmer (Foto o.) beschwerte sich bei der Berliner Justizsenatorin über die Meldeportale. – Ferda Ataman hingegen will mit ihnen sensibilisieren.

DIE PRIMAVERA IST ZURÜCK!



Alina Jacobs und
Mitreiter Janko
Koch vom ASTA mit
der zurückgeholten
Primavera.

Und plötzlich stand sie wieder da!“, freut sich Alina Jacobs. Gemeint ist die Primavera, eine Skulptur, die aus dem vielbesuchten Oslo-Foyer der Uni Flensburg verbannt und durch ein Fragezeichen in Regenbogenfarben ersetzt worden war. Angeblich, weil die expressionistische Figur ein „zu gebärfreudiges Becken“ und einen zu kleinen Kopf habe und damit zu sehr Frau, soll heißen, nicht „divers genug“ gewesen sei.

Der Gleichstellungs- und Diversitätsausschuss der Uni war zur Tat geschritten und hatte die Frauenskulptur eigenmächtig abbauen lassen. Auf dem Sockel der Primavera thronte fortan ein regenbogenfarbenes Fragezeichen. Wer es aufgestellt hat, weiß die Uni nicht, sagt sie. Das wollten Alina, studentische Senatorin der Uni, und ihre Kommilitoninnen nicht hinnehmen.

Dass „Kunst und die Darstellung von Weiblichkeit an unserer Universität nun von der Interpretation des Gleichstellungs- und Diversitätsausschusses abhängig ist, ist katastrophal“, erklärte Alina nach dem Abbau und zog gegen den Verstoß gegen die Meinungs- und Kunstfreiheit zu Felde. Sie rief auf Instagram die Aktion #SavePrimavera ins Leben, hunderte Frauen aus ganz Deutschland machten mit (EMMA 5/23). Und auch andere Medien höhnten über „Cancel Culture“ und „Wokeism“ in Flensburg.

Die Gegenwehr der Studierenden zeigte Wirkung. Zu Semesterbeginn im September stand die „Primavera“ wieder auf ihrem Sockel, umgeben

Flensburger StudentInnen haben die Rückkehr der Frauenskulptur Primavera erkämpft. Aber ein paar Fragezeichen, die bleiben.

von Stellwänden, die den Protest der Studentinnen, ihren Offenen Brief ans Präsidium der Uni und die Berichte in den Medien dokumentierten. Am 27. September wurde zudem eine Arbeitsgruppe gegründet, die nun erarbeiten soll, für welche Werte die Europa-Universität Flensburg steht.

Das Präsidium selbst ließ in einer Rundmail wortkarg verlauten: „Der Beschluss (zum Abbau) war formal nicht korrekt und ist damit nichtig.“ Man wolle nun im Senat noch einmal darüber diskutieren.

„Ich und all die Frauen und Männer, die bei der Aktion mitgemacht haben, wissen jetzt, dass es sich lohnt, laut und unbequem zu sein!“, sagt Alina. Zudem habe der Skandal den StudentInnen gezeigt: „Uns allen darf auch der kleinste Verstoß gegen die Kunstfreiheit nicht egal sein!“ Die defensive Reaktion des Präsidiums sei „ein längst überfälliges Eingeständnis eines gravierenden Fehlers“.

Bislang noch immer ungeklärt ist: Wer hat das regenbogenfarbene Fragezeichen aufgestellt? Wer hat sich über die Primavera eigentlich beschwert? Schließlich sind die KritikerInnen, die Anstoß am zu gebärfreudigen Becken genommen haben sollen, bis heute nicht öffentlich in Erscheinung getreten. Und warum hat der „Ausschuss für Gleichstellung und Diversität“ darauf verzichtet, zu den Protesten der Frauen Stellung zu beziehen?

„Eine Uni, die sich Wissenschaft und eine Diskussionskultur auf die Fahnen schreibt, muss zu dieser Frage Haltung zeigen und doch zumindest die Debatte öffnen!“, empört sich nicht nur Alina.

Die Debatte in eine bestimmte Richtung lenken, das wollte auch die „Bunte Liste Flensburg“. Die Initiative setzt sich „gegen jede Art der Diskriminierung ein“. Die „Bunte Liste“ präsentierte „Gegenentwürfe“ zu der expressionistischen Skulptur aus den 1950er Jahren. Die zeigen – politisch korrekt – eine Frau mit nur einer Brust, in alt oder auch im Rollstuhl. ♀ A.R.

FRAUENZENTRALE ZÜRICH

AUF DER JAGD NACH PORNOS

Die *Frauenzentrale Zürich* hat neuerdings einen Account auf dem Porno-Portal „OnlyFans“. Wie passt das zusammen?

In Zürich sitzen zwei Frauen in ihrem Büro am Schanzengraben, der beliebten Fußgängerpromenade, und schauen sich Porno-Videos an. Und sie erstellen einen eigenen Account auf OnlyFans. Die zwei wollen damit allerdings kein Geld verdienen, sondern eine Protestwelle in Gang setzen.

OnlyFans ist eines der erfolgreichsten Portale für bezahlte Pornos im Netz. Besonders, weil der Amateurcharakter ausgespielt wird. Frauen laden dort scheinbar privat Strip-, Masturbations- oder Porno-Videos hoch – in Wahrheit hoffen sie auf das schnelle Geld. Viele beginnen irgendwann, sich auch real mit den Männern zu treffen. Die wollen meist mehr.

Dank der Pandemie erlebte OnlyFans, das seinen Firmensitz in London hat, international einen regelrechten Hype unter Frauen, die sich anbieten wollen, besonders bei Studentinnen, die keine Nebenjobs mehr fanden. Auf der Käuferseite hat das Portal aktuell 187 Millionen Nutzer.

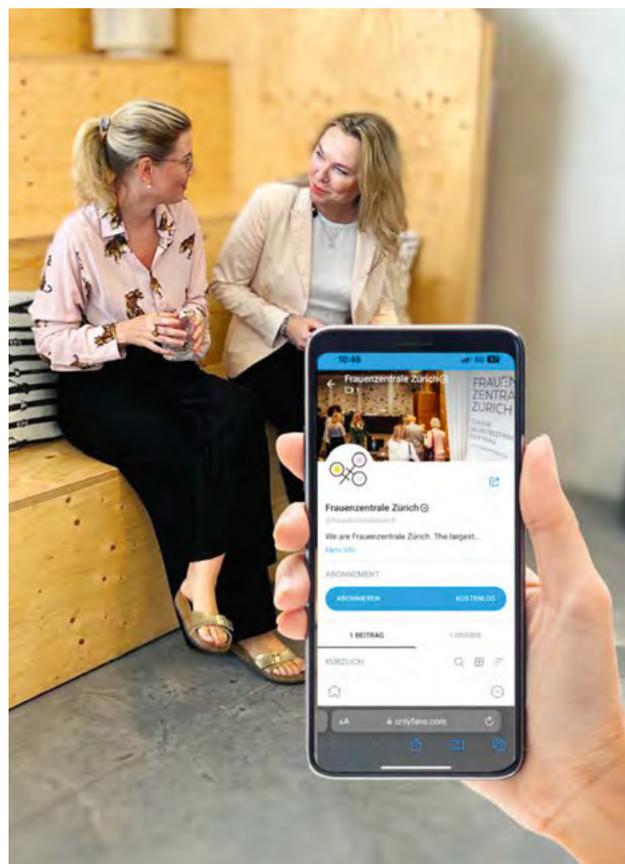
Das mobilisierte die *Frauenzentrale Zürich*, der Dachverband von 17 Frauenorganisationen in der Schweiz. „Mit unserer Kampagne gegen OnlyFans wollen wir die extreme Gefahr für Frauen zum Thema in der breiten Öffentlichkeit machen“, sagt Olivia Frei, eine der beiden Frauen vom Schanzengraben und Geschäftsführerin der *Frauenzentrale*. Bislang sei es in der Schweiz so, dass Frauen mittleren Alters gar nicht wüssten, was OnlyFans überhaupt ist. Und dass junge Frauen es relativ unkritisch, manche sogar als lässiges Geschäftsmodell sehen würden. „Die Boulevardmedien erzählen Geschichten, etwa von früheren Bachelor-Kandidatinnen, die mit OnlyFans zu viel Geld gekommen sind, natürlich mit den passenden Fotos dazu“, erklärt Olivia. „Aber über die Frauen,

die dadurch in Depressionen stürzen oder in die Prostitution gleiten, hört man nichts.“

Das Portal macht die Kapitalisierung des weiblichen Körpers noch salonfähiger. „Durch die Parallelen zu Instagram scheint OnlyFans harmlos und selbstbestimmt. Für Influencerinnen, überhaupt für alle Frauen, ja sogar Mädchen, ist es nur ein kleiner Schritt: von Instagram zu OnlyFans.“

Die *Frauenzentrale Zürich* betreibt jetzt ihren eigenen Account, um vor dem Einstieg zu warnen. Wie das geht? „Wir vernetzen uns mit den potenziellen Darstellerinnen, den Content-Creatorinnen. Wollen die uns dann als potenzielle Kunden anwerben, landen sie auf unserem Account und können sich informieren“, erklärt Olivia. Außerdem vernetzen sich die Zürcherinnen weltweit mit Frauenrechtsorganisationen und Initiativen, die gegen Prostitution und Pornografie kämpfen. Ergänzend will die *Frauenzentrale* mit ihrer Kampagne ein weiteres „Geschäftsmodell“ an die Öffentlichkeit bringen: das des „OnlyFans-Managers“ – des modernen Zuhälters also. Wie Männer ihre Freundinnen auf OnlyFans gewinnbringend vermarkten können, das lernen sie zum Beispiel bei „Champlife“, einer Website, auf der Coaching-Videos gekauft werden können.

Die *Frauenzentrale Zürich* hat ihren Account am 5. Oktober gestartet, dem „Internationalen Tag gegen Prostitution“. Denn nichts anderes ist OnlyFans. ♀



Olivia Frei (li) und Janine Vannanz haben die Kampagne gestartet.

IM NETZ
Web.de
frauenzentrale-zh.ch



EU-Abgeordnete Maria Noichl (Mi), SPD, mit Aussteigerin Amelia Tiganus, neben ihr, und Politikerinnen von EVP, Grünen, Linken und Liberalen.

DAS SYSTEM PROSTITUTION ...

... ist von Natur aus gewalttätig, diskriminierend und zutiefst unmenschlich“. Darin spielen die Freier eine „Schlüsselrolle“. Deshalb muss „die Nachfrage reduziert werden!“ Diese klare Botschaft hat das EU-Parlament gerade an alle Mitgliedsländer geschickt, allen voran nach Deutschland mit seinem „Sonderweg“. Kommt das in Berlin endlich an?



Jubel bei der European Women's Lobby, der größten Frauenorganisation Europas, über den Beschluss des EU-Parlaments.

Die acht Frauen, die an diesem 12. September in Brüssel vor einer leuchtend blauen Wand mit den zwölf gelben EU-Sternen stehen und eine Pressekonferenz geben, könnten unterschiedlicher nicht sein. Allein die Politikerinnen gehören fünf sehr unterschiedlichen Parteien an: der konservativen EVP und der Linken, der sozialdemokratischen S&D, der liberalen Renew Europe und den Grünen. Sie stehen Seite an Seite mit drei Frauen, die sich „Survivors“ nennen, Überlebende der Prostitution. Und natürlich kommen alle acht Anwesenden aus verschiedenen Ländern: Schweden, Spanien, Deutschland, Frankreich, Irak. Aber sie wollen alle dasselbe: Dass in der Europäischen Union Prostitution nicht mehr als „Beruf wie jeder andere“ gilt, sondern als Gewalt gegen Frauen. Und dass endlich in allen EU-Ländern diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die die Nachfrage nach Frauen überhaupt erst schaffen: die Freier.

Es scheint, als wäre die EU diesem Ziel jetzt einen entscheidenden Schritt näher gekommen. An diesem 12. September wissen die acht Frauen noch nicht, dass das EU-Parlament zwei Tage später ihren sogenannten Initiativ-Bericht tatsächlich verabschiedet wird, der den Titel trägt: „Bericht über die Regulierung der Prostitution in der EU: ihre grenzübergreifenden Auswirkungen und die Konsequenzen für die Gleichstellung und die Frauenrechte“. Dieser Bericht ist, trotz seines etwas sperrigen Titels, eine Bombe.

Jetzt aber läuft noch die Pressekonferenz. Eröffnet wird sie von Maria Noichl. Die Sozial-

demokratin aus Rosenheim, die seit 2014 im EU-Parlament sitzt, hat den Stein ins Rollen gebracht. Sie hat sich die Bekämpfung des Systems Prostitution auf die Fahnen geschrieben und dafür gesorgt, dass dieser „Initiativbericht“ zwei Jahre lang recherchiert, geschrieben und schließlich im Parlament eingereicht wurde. So ein INI-Bericht ist zwar nicht bindend, hat aber durchaus eine Wirkung: „Mit einem Initiativbericht fordert das Europäische Parlament die Europäische Kommis-

FREIER UNTERSTÜTZEN DEN FRAUENHANDEL UND DIE ORGANISIERTE KRIMINALITÄT.

sion auf, einen Legislativvorschlag zu einem bestimmten Thema zu unterbreiten“, erklärt die EU. Er wird als „wichtige Vorstufe zur Einleitung von Gesetzgebungsverfahren angesehen“.

„Prostitution hat Auswirkungen auf alle Frauen und die gesamte Gesellschaft“, sagt Maria Noichl, und erklärt, auf welche drei Punkte es ihr ankommt: 1. Prostitution ist „keine normale Arbeit“. 2. Menschen in der Prostitution dürfen nicht kriminalisiert werden. 3. „Wir wollen den Blick endlich auf die Nachfrage richten.“ Das sieht Kollegin Christine Schneider von der EVP genauso: „Deshalb unterstütze ich das Nordische Modell, denn es entkriminalisiert die Prostituierten und



zieht diejenigen zur Verantwortung, die durch ihr Handeln Prostitution erst möglich machen. Durch ihr Handeln unterstützen die Freier die sexuelle Ausbeutung, den Menschenhandel und die organisierte Kriminalität.“ Die beiden größten Parteien im EU-Parlament sind sich also schon mal einig.

Und dann sprechen die, die bedrückend genau wissen, wovon sie reden: Frauen, die sich selbst prostituiert und genau deshalb an diesem Bericht mitgearbeitet haben. Weil sie wollen, dass es endlich aufhört! „Frauen und Mädchen werden durch Prostitution ein Gegenstand, eine Ware für Männer, in die man masturbieren kann. Die Zahl der sexuell aggressiven jungen Männer steigt, weil sie nicht mehr in der Lage sind, Empathie mit ihren Partnerinnen zu empfinden“, sagt Amelia Tiganus, rumänisch-spanische Aktivistin beim „Movimiento Abolicionista del País Vasco“ und Autorin des Buches „La Revuelta de las Putas“. Und Marie Merklinger, eine deutsche „Überlebende“, berichtet: „Aus eigener Erfahrung weiß ich, was es heißt, scheinbar freiwillig in die Prostitution einzusteigen. So freiwillig das sein kann, wenn die Situation verzweifelt ist und man kurz davor steht, das Obdach für sich und seine Kinder zu verlieren. Ich habe mich Sexarbeiterin genannt, weil es leichter ist, die täglichen Erniedrigungen zu ertragen, wenn ich mir einredete, dass sie ‚freiwillig‘ passieren.“

„Die meisten von uns haben schon sehr früh sexuelle Übergriffe erlebt. Wir sind mit Miss-

brauch und Gewalt aufgewachsen, wir haben Trauma nach Trauma erlitten. Mir in die Augen zu schauen und mir zu erzählen, Prostitution sei ‚Arbeit‘, ist geradezu eine Beleidigung“, sagt Saga Brodersen. Die Sprecherin des größten schwedischen Survivors Network „Inte din Hora“ (Nicht deine Hure) fordert: „Es ist jetzt an der Zeit, die Kräfte zu bündeln für einen Politikwechsel!“

Zwei Tage später ist es soweit: Das EU-Parlament stimmt mit 234 zu 175 Stimmen für den Bericht! Und der hat es in sich.

Das fängt an mit der Ablehnung des Begriffs „Sexarbeit“, da „die Realität der Prostitution nicht idealisiert werden soll und die Gewalt, der Missbrauch und die Ausbeutung, denen Menschen und insbesondere Frauen und Mädchen bei der Prostitution mehrheitlich ausgesetzt sind, nicht verschleiert werden sollen“. Zahlreiche Studien belegten, „dass in der Prostitution tätige Frauen in höherem Grade ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Ausbeutung (...) ausgesetzt sind als Frauen im Durchschnitt und von Traumata berichten, die mit denen von Opfern der Folter vergleichbar sind“. Fazit: Das EU-Parlament „stellt fest, dass es sich bei der Prostitution nicht um eine individuelle Handlung einer Person handelt, die ihren Körper gegen Geld vermietet, sondern um ein System, das auf Profit ausgerichtet, das von Natur aus gewalttätig, diskriminierend und zutiefst unmenschlich ist und das als Geschäft funktioniert und einen Markt



Berliner Verhältnisse: Hurenball 1988, Begeisterung 2001. Frauenministerin Christine Bergmann (SPD) und Grünen-Chefin Kerstin Müller stoßen mit Bordellchefin Felicitas Wiegmann auf die „Reform“ des Prostitutionsgesetzes an.

schaft, in dem Zuhälter planen und handeln, um ihre Märkte zu sichern und zu vergrößern, und in dem die Käufer von Sex eine Schlüsselrolle dabei spielen, diese Märkte zu vergrößern.“

Auch dem Argument, dass eine Legalisierung der Prostitution das Leben der Prostituierten sicherer mache, erteilt der Bericht eine glasklare Absage: Es sei eine „Tatsache, dass es für Menschenhändler in Ländern, in denen die Prostitution legal ist, viel leichter ist, den rechtlichen Rahmen zur Ausbeutung ihrer Opfer zu nutzen, und dass es häufig vorkommt, dass Menschenhändler ihre ausbeuterischen Aktivitäten hinter legalen Geschäften verstecken.“ Fazit: „Der Prostitutionsmarkt und damit die Zahl der Ausgebeuteten kann nur schrumpfen, wenn die Nachfrage reduziert wird.

Mit genau diesen Argumenten kämpft EMMA seit Ende der 1970er Jahre gegen Prostitution. Das waren die Jahre, in denen vorgebliche Prostituierte – die real meist Studentinnen waren, die sich maximal gelegentlich prostituierten – begannen zu behaupten, es sei ein „feministischer Akt“, sich zu prostituieren. Und in denen die Prostitutionslobby begann, mit diesen Frauen gemeinsam Propaganda für die später sogenannte „Sexarbeit“ zu machen und auf „Hurenbällen“ gemeinsam mit den Freiern feierte: „Wir sind so frei“.

2001 warnte EMMA, noch vor der Verabschiedung der rot-grünen Reform des Prostitutionsgesetzes: Diese Reform, die die Sittenwidrigkeit

der Prostitution aufhob und Bordellbetreiber so zu ganz normalen Unternehmern machte, würde die Frauen in der Prostitution noch mehr ausliefern und nur den Zuhältern und Menschenhändlern nutzen. Die Reform wurde dennoch verabschiedet. Und es kam wie befürchtet.

Seither verschiebt die deutsche Politik die Korrektur dieses tragischen Fehlers, der Deutschland zur europäischen Drehscheibe des Menschenhandels und Einreiseland für Sextouristen machte.

Währenddessen wartet die Politik nun schon auf die zweite „Evaluation“ über einen Tatbestand, der international bereits längst Konsens ist: Prostitution ist keine „Sexarbeit“, sondern weiße Sklaverei. Doch die Grünen feiern bis heute Prostitution als emanzipatorischen Akt, die SozialdemokratInnen stolperten bisher hinterher und die ChristdemokratInnen schwiegen zu lange.

Doch seit einigen Jahren scheint ein Sinneswandel einzutreten. Bereits 2014 hatte das EU-Parlament einem ähnlichen Bericht zugestimmt, dem sogenannten Honeyball-Report, verfasst von der britischen Abgeordneten Mary Honeyball. Die Zeichen stehen in Brüssel also schon länger Richtung „Nordisches Modell“, sprich: Freierbestrafung plus Entkriminalisierung der Prostituierten und Hilfe beim Ausstieg. Doch diesmal, neun Jahre später, stimmten auch die Sozialdemokra-

DER BEGRIFF „SEXARBEIT“ IDEALISIERT DIE AUSBEUTUNG UND DIE GEWALT.

tInnen, fast vollständig für den Bericht der Sozialdemokratin Noichl, sowie die meisten Abgeordneten der Linken und sogar einige Liberale.

„Das bedeutet: Wir haben in allen demokratischen Parteien Kämpferinnen und Kämpfer, die sich für einen Wechsel einsetzen. Und auch die Europäische Frauenlobby, die größte Frauenorganisation Europas, steht klar und eindeutig zu diesem Bericht und zum Nordischen Modell“, sagt Maria Noichl hochofrenet darüber, „dass wir auf ganzer Linie gewonnen haben“.

Da stellt sich die Frage: Wird das Signal aus Brüssel auch von den Genossinnen und Genossen in Berlin gehört?

Das wäre der SPD dringlich zu raten, denn auch in Deutschland kippt gerade die Stimmung. „Das von der rot-grünen Koalition geschaffene Prostitu-

tionsgesetz von 2002 ist gänzlich gescheitert“, konstatiert plötzlich sogar der *Spiegel*. „Im Bundestag gibt es wachsende Zustimmung für ein Sexkauf-Verbot“, weiß nun auch *Bild* und zitiert Dorothee Bär: „Es kann keine echte Gleichberechtigung geben, solange wir hinnehmen, dass Hunderttausende Frauen wie Sklaven behandelt werden. Das ist ein

2013 veröffentlichten wir das Buch „Prostitution – ein deutscher Skandal“, in dem auch Betroffene ausführlich zu Wort kamen. Im selben Jahr starteten wir den Appell „Prostitution abschaffen!“, der innerhalb weniger Wochen von über 10.000 Menschen unterzeichnet wurde, darunter auch viele Personen des öffentlichen Lebens, vom Juristen bis zur Schauspielerin. Versteht sich, dass keineR der JournalistInnen, die all das wissen, EMMA in ihrer Berichterstattung auch nur erwähnen – obwohl sie sie immerhin genau gelesen haben.

Aktuelle Informationen, darunter Schilderungen wie die von Dorothee Bär über den besorgniserregenden Gesundheitszustand, haben auch Elke Mack und Ulrich Rommelfanger für ihre Studie „Sexkauf – eine rechtliche und rechtsethische Untersuchung der Prostitution“ zusammengetragen. Die Professorin für Christliche Sozialwissenschaft und Sozialethik und der ehemalige Verfassungsrichter kamen zu einem klaren Ergebnis: „Die geltende Prostitutionsgesetzgebung ist nicht verfassungskonform!“ Der deutsche Staat nehme wissend die „medizinischen und psychischen Schäden und Menschenrechtsverletzungen“ billigend in Kauf, die den mindestens 250.000 Frauen, die sich in Deutschland prostitutieren, tagtäglich zugefügt werden.

Auch Mack und Rommelfanger empfehlen die Bestrafung der Freier, denn „die Nachfrage nach Prostitution reduziert sich damit unweigerlich auf ein Minimum. Die Einschätzung, dass sich dadurch Prostitution in ein unkontrollierbares Dunkelfeld verschiebt, ist ein Narrativ der Sexkauflobby.“

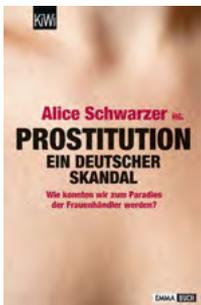
Die Untersuchung ist eine Steilvorlage für eine sogenannte Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht. Damit Karlsruhe das deutsche Prostitutionsgesetz auf den Prüfstand stellt, muss ein Viertel der Bundestagsabgeordneten zustimmen. Die Stimmen der Unionsfraktion würden dafür ausreichen. Die CDU-Frauenunion hatte bereits im Sommer 2020 gefordert: „Perspektivwechsel jetzt! Für ein Sexkaufverbot und besseren Schutz von Frauen“. Ob die CDU-Männer mitziehen? Und vielleicht tut sich auch endlich etwas bei den SozialdemokratInnen. Die Grünen allerdings, die auch in Brüssel dem Noichl-Bericht bis auf wenige Ausnahmen nicht zustimmten, feiern unverdrossen Prostitution als „Sexarbeit“. Auf Kosten Hunderttausender Frauen und eines gesellschaftlichen Klimas, in dem Prostitution bisher als „Kavaliersdelikt“ galt. Das aber ist nun vorbei. ♀ **CHANTAL LOUIS**

UND DER DEUTSCHE STAAT NIMMT DIE „WEISSE SKLAVEREI“ BILLIGEND IN KAUF.

Verstoß gegen die Menschenwürde, den wir dringend beenden müssen.“ Und die *Zeit* begleitete die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion kürzlich bei einem Besuch auf der Berliner Kurfürstenstraße, wo die Stadt eine sogenannte „Verrichtungsbox“ aufgestellt hat: Eine Toilette, in der nicht nur Passanten ihre Notdurft verrichten, sondern auch Prostituierte die Freier bedienen können. Bär berichtet der *Zeit*, dass sie einmal gesehen hat, wie ein Freier dort eine Prostituierte aus seinem fahrenden Auto auf die Straße schmiss. Sie erzählt von ihrem Besuch in der Berliner Gewaltschutzambulanz, den Prostituierten, die dort mit „Würgemalen am Hals, ausgerenkten Gelenken und Brandwunden am ganzen Körper“ ankamen, und die „nach Jahren des täglichen Geschlechtsverkehrs mit fünf oder zehn oder fünfzehn Freiern Kot und Urin nicht mehr halten können“.

Das Leid, das Frauen tagtäglich in der Prostitution zugefügt wird, hält jedoch Renate Künast nicht davon ab, immer noch zu unterscheiden zwischen der guten „Sexarbeit“ und dem bösen Menschenhandel. Die grüne Ministerin a. D. und Ex-Fraktionschefin der Grünen war eine der Hauptbetreiberinnen der Prostitutionsreform von 2002. Im *Spiegel*-Streitgespräch mit Dorothee Bär kommt Künast das Eingeständnis, dass die „Reform“ brutal gescheitert ist, auf Kosten der Frauen, nicht über die Lippen. Entgegen den längst erwiesenen Fakten, die auch das EU-Parlament auf 25 Seiten und in 79 Fußnoten referiert, behauptet Künast über das Modell der Freierbestrafung: „Ich weiß, dass es nichts nützt.“ Renate Künast ist übrigens verheiratet mit dem Berliner Rechtsanwalt Rüdiger Portius, der regelmäßig arabische Clans wie den Abou-Chaker-Clan vertritt, zu deren Hauptgeschäft die Prostitution gehört.

Diese Informationen sind nicht neu. EMMA verbreitet sie seit sage und schreibe über 40 Jahren.



WEITERLESEN

Prostitution – ein deutscher Skandal, hrsg. von Alice Schwarzer, emma.de/shop

INFO

Am 11. November findet von 11 – 16 Uhr in London die internationale Konferenz statt: Breaking the Cycle – Exposing the links between male violence, pornography and prostitution. Referentinnen u. a. Gail Dines und Huschke Mau. nordicmodelnow.org
Livestream: [youtube.com/@NordicModelNow/streams](https://youtube.com/NordicModelNow/streams)

DER EMMA-LESESAAL

1 KLICK IN 365 AUSGABEN MIT 33.128 SEITEN

Auf emma.de gehen, in der Navigation auf „Lesesaal“ klicken. Schon öffnen sich 365 EMMA-Ausgaben mit 33.128 Seiten aus 45 Jahren. Gratis. Tausende Porträts, Artikel,

Analysen, Reportagen. Meist hoch aktuell. Denn EMMA behandelt oft früh Themen, die spät öffentlich werden. Der Lesesaal ist Zeitreise und aktuelle Info zugleich.



1980



1991



1993



2003

Gegen Prostitution und den sexuellen Missbrauch von Kindern kämpft EMMA seit fast einem halben Jahrhundert. Hier zeigen wir nur die Titelgeschichten, weit

darüber hinaus gehen Dossiers und Einzelartikel zur Prostitution. Sie alle sind zu finden im EMMA-Lesesaal. Es ist die Chronik eines Skandals.



2012



2013



2014



2019



Lisa Paus (Grüne) und Marco Buschmann (FDP): ein „Prestigeprojekt“ der Ampel.

KINDERGRUNDSICHERUNG

EIN ARMUTSZEUGNIS!

„Wir wollen mehr Kinder aus der Armut holen“, versprach die Ampel im Koalitionsvertrag. Die Kindergrundsicherung sollte ein Weg dahin sein. Doch von zwölf Milliarden, die dafür anvisiert waren, sind 2,4 übriggeblieben. Und selbst davon wird so gut wie nichts bei armen Familien ankommen. Noch dazu müssen Alleinerziehende um den Unterhalt bangen.

Ich kann kaum fassen, wie wenig von der ursprünglichen Idee der Kindergrundsicherung übriggeblieben ist. Betroffenen Familien wurden weniger Bürokratie und mehr Geld in Aussicht gestellt. Die meisten von ihnen werden nichts davon bekommen!“, empörte sich die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Verena Bentele, nachdem das Bundeskabinett am 27. September den Gesetzentwurf zur Kindergrundsicherung beschlossen hatte.

Auch der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Arbeiterwohlfahrt, die Diakonie und das Deutsche Kinderhilfswerk schlagen die Hände über dem Kopf zusammen, sie sehen das Vorhaben als gescheitert an. Selbst die mageren 2,4 Milliarden werden höchstwahrscheinlich in der Umstrukturierung der Bürokratie verschwinden. Damit werde keinem einzigen Kind geholfen, so die Sozialverbände einstimmig.

Da klingt es wie Hohn und Spott, wenn Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) gänzlich unbeeindruckt von der Kritik sämtlicher Sozialverbände und Kinderschutzorganisationen ist, ja, ihren Entwurf als „Systemwechsel“, sogar als „Meilenstein“ feiert und verkündet, ihre Reform sei „der Einstieg in die Abschaffung der Kinderarmut“.

Doch damit nicht genug. Alleinerziehenden, die seit Jahren auf mehr Kindergeld und echte Reformen hoffen – etwa auf die steuerliche Gleichstellung zu Paarfamilien –, bringt nicht nur die neue Kindergrundsicherung nichts – sie müs-

sen nun auch noch zusätzlich um Unterhaltszahlungen bangen. Denn: Unterhaltszahlungen sollen sich künftig stärker danach richten, wie stark sich der vom Kind getrennt lebende Elternteil bei der Betreuung engagiert. Das sieht die Reform zum Unterhaltsrecht vor, deren Eckpunkte Bundesjustizminister Marco Buschmann vorstellte. Diese soll, wie die Kindergrundsicherung auch, Teil einer „großen Reform im Familienrecht“ sein.

Buschmann reichen für die Kürzung des Unterhalts 29 Prozent Betreuungszeit. Im Klartext: Wenn Papa mit dem Kind öfter mal ins Kino geht, muss er auch weniger Unterhalt zahlen. Bislang ist das nur der Fall, wenn getrennte Eltern das sogenannte „echte Wechselmodell“ auch wirklich 50/50 umsetzen. Grund für die Reform des FDP-Politikers: Buschmann möchte Alleinerziehenden „einen Anreiz geben, arbeiten zu gehen“. Einen Anreiz ... Dabei sind schon drei Viertel aller Alleinerziehenden berufstätig. 43 Prozent arbeiten sogar in Vollzeit. Zum Vergleich: Bei Müttern in Paarfamilien sind es nur 32 Prozent.

Und noch einen weiteren wesentlichen Fakt scheint der Justizminister zu ignorieren: 2,2 Millionen Kinder wachsen in einer Ein-Eltern-Familie auf, 88 Prozent davon bei ihren Müttern. Rund 700.000 Väter (und in wenigen Ausnahmefällen Mütter) kommen ihrer Unterhaltspflicht überhaupt nicht nach. Viele Mütter verzichten sogar auf Unterhaltszahlungen, weil sie Angst vor Repressalien durch den Vater haben, etwa wenn Gewalt in der Ehe der Scheidungsgrund war. Damit die Kinder dennoch finanziell versorgt sind, springt Vater Staat mit einem Unterhaltsvorschuss ein. 2022 waren das 2,5 Milliarden Euro!

Die „Mütterinitiative für Alleinerziehende“ (MIA) spricht in Bezug auf Buschmanns Reformvorhaben von „finanzieller Gewalt“. „Das Aufrechnen von Mitbetreuungszeit gegen Unterhalt setzt falsche Anreize und liefert eine weitere Möglichkeit, Frauen und Kinder unter Druck zu setzen und finanzielle Gewalt gegen sie auszuüben“, so die Vorsitzende Stefanie Ponikau.

Und auch der „Verband alleinerziehender Mütter und Väter“ (VAMV) meldet starke Bedenken an. „Wenn das Unterhaltsrecht erneut die Lebenswirklichkeit in Familien und am Arbeitsmarkt überholt, wird das Armutsrisiko für Alleinerziehende weiter verschärft!“, warnte die Bundesvorsitzende Daniela Jaspers.

Für die Einführung der „Kindergrundsicherung“ strebt die Bundesregierung den 1. Januar 2025 an. Die „Bundesagentur für Arbeit“, die für die Abwicklung der Kindergrundsicherung

BUSCHMANN: ICH MÖCHTE ALLEIN-ERZIEHENDEN EINEN ANREIZ GEBEN, ARBEITEN ZU GEHEN.

zuständig sein wird, hat bereits kritisiert, dass selbst dieses Datum für die Re-Organisation nicht zu halten sein wird. Die Behörde brauche nach Bundesratsbeschluss schon allein zwölf Monate für die Umstellung ihrer IT, die einen Großteil der „Kindergrundsicherung“ schlucken wird. ♀

ANNIKA ROSS

Anzeige



»Ein wunderbar warmherziger Film.«
MÜNCHNER MERKUR

FÜR IMMER

Die Geschichte einer Liebe

Ein Dokumentarfilm von Grimme-Preisträgerin PIA LENZ
Mit der Stimme von NINA HOSS

AB 9. NOVEMBER IM KINO 

MÜTTER VOR GERICHT

Immer öfter verlieren Mütter das Sorgerecht für ihre Kinder – selbst dann, wenn der Vater gewalttätig ist. Die in die Politik gut vernetzte Väterrechtler-Lobby hat ganze Arbeit geleistet.

Doch jetzt regt sich Widerstand. Sogar die UN-Sonderberichterstatterin gegen Gewalt schlägt Alarm.

Ein Alptraum, mit der Handykamera festgehalten: Gellende Schreie eines Kindes, Handgemenge, PolizistInnen, die einen etwa vierjährigen Jungen in einen Streifenwagen zwingen. Dazu die flehende Stimme der Mutter, die darum bittet, sich wenigstens von ihrem Kind verabschieden zu dürfen. „Gehen Sie weg von der Tür“, sagt ein Polizist.

Was wie eine Szene aus einem „Tatort“ aussieht, hat sich tatsächlich ereignet. An einem Februartag im Jahr 2020. Die Großeltern des Jungen haben die Szenen aufgenommen: Den Tag, an

wicklung des Kindes zu fördern.“ Sie habe „sehr viele Schwierigkeiten, dem Kind einen normalen Umgang mit dem Vater zu ermöglichen.“

Rückblende: Der Junge ist keine zwei Monate alt, als der Vater auszieht. Nach der Scheidung haben beide das Sorgerecht. Der Vater zeigt zunächst kaum Interesse am Kind. Die Mutter versorgt den Jungen weitgehend allein, unterstützt von ihren Eltern. Der Vater hat ein Umgangsrecht. Doch je älter der Junge wird, desto häufiger verweigert er die Besuche beim Vater. Dieser beantragt beim Familiengericht nun das alleinige Sorgerecht. Die Mutter blockiert die Beziehung zu seinem Sohn. Sie entfremdet ihm das Kind durch gezielte Manipulation.

Ein vom Gericht bestelltes Gutachten bescheinigt der Mutter „Bindungsintoleranz“. Sie habe eine symbiotische Beziehung zu ihrem Kind und könne die Beziehung des Jungen zum Vater nicht ertragen, während er umgekehrt die Beziehung zwischen Mutter und Kind fördere.

Bis heute lebt der Junge beim Vater. Dass sich die Mutter inzwischen fünf Mal psychiatrisch begutachten ließ und schwarz auf weiß vorliegt, dass sie unter keiner psychischen Störung leidet, brachte ihr das Sorgerecht und ihren Sohn nicht zurück.

Eine andere Mutter, ein ähnliches Problem. Auch die Sozialpädagogin trennt sich früh vom Vater ihres Kindes, weil sie es nicht den ständigen lautstarken Konflikten mit ihm aussetzen will. Nach jedem Besuchswochenende beim Vater klagt der Junge im Kindergartenalter über Schmerzen am Po. Als die Mutter Hautveränderungen am Anus des Kindes sieht, sucht sie umgehend eine Klinik auf, die einen Missbrauchsverdacht äußert und das dem Jugendamt meldet.

Doch die Staatsanwaltschaft stellt das Verfahren aus „Mangel an Beweisen“ ein. Schlimmer noch: Das Familiengericht ordnet eine Umplatzerung zum Vater an, nachdem ein Gutachter der Mutter das „Münchhausen by Proxy Syndrom“ attestiert hatte – eine schwere psychiatrische Erkrankung, bei der Eltern ein Kind absichtlich krank machen, um dann Anerkennung für die demonstrative Selbstaufopferung zu bekommen.

Auf Anraten ihres Anwalts taucht die Mutter mit dem Kind unter und legt gegen das Gutachten

DER VORWURF AN DIE MÜTTER LAUTET: „BINDUNGSINTOLERANZ“ UND „BELASTUNGSEIFER“.

dem ihrer Tochter das Kind weggenommen wurde. Den Tag, an dem es gewaltsam zum Vater gebracht wurde, nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Hamm.

Wie kann so etwas geschehen? Was hat Mutter Stefanie ihrem Kind angetan, dass sie, von Beruf Erzieherin, ihren Sohn ab jetzt nur alle zwei Wochen für drei Stunden sehen darf, und dies bis auf weiteres nur unter Aufsicht? Ein Sprecher des Gerichts begründet es so: Bei der Mutter lägen „erhebliche Defizite in der Erziehungseignung“ vor. Sie sei nicht in der Lage, die „Autonomieent-



„DIE RECHTSPRECHUNG IST GEPRÄGT VOM NARRATIV DER VÄTER.“

ASHA HEDAYATI
RECHTSANWÄLTIN



„DIE VÄTERRECHTLER SIND EUROPAAWEIT VERNETZT UND SEHR GUT FINANZIERT.“

KATARINA BARLEY
VIZEPRÄSIDENTIN EU-PARLAMENT

Beschwerde ein – mit Erfolg. Sie bekommt Schmerzensgeld. Doch das Unrecht, das ihr und ihrem Kind angetan wurde, richtete irreparable Schäden bei Mutter und Kind an.

Zwei Fälle von vielen, dokumentiert in der TV-Doku „Wer bekommt das Sorgerecht?“, die Anfang August 2023 in die heile Familienwelt der ARD hineinplatzte. Dabei ist nichts daran neu. Seit mehr als einem Jahrzehnt erleben alleinerziehende Frauen in Sorgerechtskonflikten immer mehr sogenannte „Inobhutnahmen“, also den Sorgerechts- und Umgangsentzug, „Umplatzierungen“ zum Vater, oder andere aufgezwungene Betreuungsformen wie das gerichtlich verordnete Wechselmodell, in dem das Kind zu gleichen Teilen abwechselnd bei beiden Elternteilen lebt, auch gegen seinen Willen. Es sind offensichtlich die Mütter, die im Visier der Behörden stehen. Besonders perfide: Gerade dann, wenn sie sich Schutz und Beratung von Jugendämtern und Justiz erhoffen und ihnen von Gewalt und sexuellem Missbrauch berichten, laufen Mütter Gefahr, ihre Kinder an den Vater oder ein Heim zu verlieren.

Die Vorwürfe, die Müttern dabei von Jugendämtern und Gerichten gemacht werden, ähneln

einander auffällig: „Eltern-Kind-Entfremdung“, „Bindungsintoleranz“, „Symbiose“ lauten die Schlagworte. Das noch immer in den Verfahren umhergeisternde „PAS“ (Parental Alienation Syndrome), mit dem der US-amerikanische Kinderpsychiater Richard A. Gardner in den 1980er Jahren die Blaupause für die Hassfigur einer manipulierenden, die Kinder gegen den Vater programmierenden Mutter schuf, ist wissenschaftlich unhaltbar, bleibt aber unter neuer Etikettierung wie „Bindungsintoleranz“ (ein Elternteil erträgt die Bindung des Kindes zum anderen Elternteil nicht) weiterhin im Werkzeugkasten von Jugendämtern und Gerichten. Angereichert werden diese Begriffe nicht selten mit psychiatrischen Diagnosen: Münchhausen by proxy, Borderline, Depression. Ein Vokabular mit wissenschaftlichem Anstrich. In Wahrheit sind es jedoch Kampfbegriffe, die nahezu stereotyp gegen alleinerziehende Frauen eingesetzt werden. Mit gravierenden Folgen für Mütter und ihre Kinder und Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft. Denn es sind Menschenrechtsverletzungen, die hier geschehen. Allzulange wurden sie geleugnet, nicht zur Kenntnis genommen oder als manipu-



FAMILIENGERICHTE SIND SCHAUPLÄTZE VON GEWALT GEGEN MÜTTER UND KINDER.

REEM ALSALEM
UN-SONDERBERICHTERSTATTERIN



HINWEISE DER MÜTTER AUF ÜBERGRIFFE DER VÄTER GALTEN ALS FALSCHAUSSAGEN.

WOLFGANG HAMMER, SOZIOLOGE
UND EX-JUGENDAMTSLEITER

lative Konstrukte endlich entmachteter Mütter abgetan.

Dieser Tage sind gleich drei Sachbücher erschienen, die aus unterschiedlichen Perspektiven und mit unterschiedlicher Radikalität die allgegenwärtige doppelte Gewalt gegen Mütter analysieren und anprangern. Es sind Berichte aus den Maschinenräumen der Rechtsprechung, Einblicke in ein erodiertes, längst unterwandertes Hilfesystem, von dem fragwürdige Akteure materiell profitieren, während es Hilfesuchende im Stich lässt oder gar den Tätern ausliefert.

Asha Hedayati, Familienrechtsanwältin in Berlin, beschreibt in ihrem Buch „Die stille Gewalt. Wie der Staat Frauen alleinlässt“ das Versagen der Justiz. „Die Rechtsprechung ist geprägt vom Narrativ der Väter, die davor geschützt werden müssen, dass (teils gewaltbetroffene) Frauen ihnen ihre Rechte ‚nehmen‘.“

Besonders frappierend: Die Anwältin offenbart, wie sie angesichts dieser Justiz auch selbst an Grenzen kommt. „Meine Mandantin gab nach jahrelangen Prozessen, die der Vater gegen sie führte, irgendwann endgültig auf. Sie gab ihm freiwillig die Kinder, weil sie keine Ressourcen

mehr hatte, um dagegen anzukämpfen. Sie hatte die berechtigte Angst, dass weitere gerichtliche Verfahren und der permanente Stress die Gesundheit ihrer Kinder nachhaltig zerstören könnten. Die Kinder leben seitdem im Haushalt des Kindsvaters. Im Haushalt eines Menschen, über den sie in Anwesenheit des Gerichts gesagt hatten, dass er ihnen und ihrer Mutter Gewalt antut, in der Hoffnung auf Schutz und Unterstützung.“

Wie konnte es so weit kommen?

Sogenannte Väterrechtler, über deren frauenverachtende und nicht selten zugleich rechte Positionen EMMA konstant berichtet hat, haben über Jahrzehnte ganze (Lobby)Arbeit geleistet. Sie stilisierten sich zu Verlierern des Familienrechts. Militante Väter im Streit um das Sorgerecht. Gewalttätige Väter, denen angeblich grundlos der Umgang mit ihren Kindern verweigert wird. Väter, die behaupten, die Mutter entfremde ihnen die Kinder, ohne darüber nachzudenken, warum der Sohn oder die Tochter nicht mehr zu ihnen will; Väter, die die Mutter ihrer Kinder auf dem Jugendamt diskreditieren; Väter, die sich nach dem Sieg vor Gericht nicht selten aus der Verantwortung ziehen und ihre Kinder anderen zur Betreuung überlassen.

Mit dreister Täter-Opfer-Umkehr erringen diese Väter ihre zweifelhaften Erfolge, ohne Rücksicht auf das Kindeswohl, das sie ständig im Mund führen. Welche Rolle die Justiz und willfähige HelferInnen in den Behörden dabei spielen, blieb lange im Dunkeln.

Doch nicht nur die Welle an Publikationen über die wahren Verhältnisse setzt den Mythen solcher Männer und ihrer Verbündeten nun endlich etwas entgegen: Die Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen und Kinder durch Familiengerichte und Jugendbehörden beschäftigten Ende Juni 2023 das höchste völkerrechtliche Gremium: die Vereinten Nationen. Zwei Tage lang befasste sich der dortige „Rat der Menschenrechte“ mit dem Bericht der UN-Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen und Kinder, Reem Alsalem. Das Thema: „Sorge-recht, Gewalt gegen Frauen und Kinder.“

Dass diese Begriffe endlich in einem Atemzug genannt werden, war überfällig! Denn seit den tiefgreifenden Reformen des Kindschaftsrechts

1998 und 2009 wird das Sorge-recht häufig als Machtinstrument vor allem von Vätern gegen Frauen und Kinder missbraucht. Beeinflusst von menschenverachtenden Doktrinen – die von international agierenden Lobbygruppen seit Jahrzehnten gezielt ins Justiz- und

Hilfesystem eingeschleust werden – treffen Familiengerichte Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche schädigen und die Rechte von Frauen mit Füßen treten.

Über das weitverzweigte Netzwerk und dessen Finanziers recherchiert die Mütterinitiative für Alleinerziehende (MIA) seit Jahren. Russische Oligarchen und US-amerikanische Evangelikale treffen sich dabei mit Bewegungen aus dem rechten, nationalistischen Spektrum. Deren erklärtes Ziel ist die Wiederherstellung der „natürlichen Ordnung“, der Kleinfamilie mit dem genetischen Vater als Oberhaupt. Klingt wie eine Verschwörungserzählung, ist es aber nicht. Auch Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, machte bereits 2019 auf diese Netzwerke aufmerksam. Mit dem Siegeszug rechtspopulistischer Regierungen haben diese deutlich an Macht gewonnen.

Jüngst veröffentlichte die Investigativ-Journalistin Gabriela Keller auf der Plattform des Recher-

che-Netzwerks correctiv ihre Recherchen über „Väterrechtler auf dem Vormarsch“: „Kruke Thesen, ausgefeiltes Lobbying und jede Menge Frauenhass: Sogenannte Väterrechtler machen vehement Einfluss in Politik und Justiz geltend – und untergraben den Gewaltschutz von Frauen und Kindern“, schreibt sie. Was die Mütter schildern, mit denen Keller sprach, ist erschreckend: „Er wurde immer aggressiver, hat mich gegen Schränke geschubst, ich war teilweise übersät mit Hämatomen. Meine Anwältin hat gesagt: ‚Wenn Sie das zur Sprache bringen, verlieren Sie das Kind.‘“

Dass misshandelten Müttern „Belastungseifer“ unterstellt wird, ist auch Initiativen wie der „Interessengemeinschaft Unterhalt und Familienrecht“ (ISUV) zu verdanken. Der Verein, seit Jahrzehnten in Sachen „Väterrechte“ aktiv, erklärt in einer aktuellen Stellungnahme, Häusliche Gewalt spiele bei Trennungen „eine weniger große Rolle“ als in den Medien dargestellt. Und wenn doch, sei es oft so, dass Frauen lügen: Solche Vorwürfe gehörten zum „Standardrepertoire“ und entpuppten sich „meist“ als „unbegründet“.

Das sieht die UN-Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Reem Alsalem, anders. Sie klagt 2023 die Justiz in ihrer Rede im UN-Menschenrechtsrat mit scharfen Worten an: „Der beunruhigendste Teil sind die vorsätzlichen Anordnungen von Gerichten, ein Kind zu einem misshandelnden Elternteil zurückzubringen, selbst wenn es glaubwürdige Beweise für Gewalt gibt und nur deshalb, weil der Kontakt zu diesem Elternteil als wichtiger erachtet wurde als alle anderen Überlegungen, einschließlich der Sicherheit des Kindes. Wie kann es sein, dass solche Praktiken tagtäglich direkt vor unserer Nase stattfinden? Wie können Familiengerichte Schauplatz solch ungeheurer Formen von Gewalt gegen Mütter und Kinder sein, und das völlig ungestraft? Wie können sie zu einem derartigen Dauerzustand des Leidens und zu solch kolossalen Justizirrtümern durch Institutionen führen, die eigentlich Gerechtigkeit herstellen und die Opfer schützen sollen? Die kurze Antwort ist: Es grassiert eine strukturelle und tief verwurzelte geschlechtsspezifische Voreingenommenheit in Familiengerichten, die meist gegen Mütter arbeitet. Das führt dazu, dass sie das Sorgerecht für ihre Kinder ganz oder teilweise verlieren, egal, was sie tun, und stürzt sie in eine Spirale der Qual, der Verzweiflung und des Leids, weil sie den Kontakt zu ihren Kindern verlieren oder mit ansehen müssen, wie

FINANZIERT WERDEN DIE VÄTER-NETZWERKE VON OLIGARCHEN UND US-EVANGELIKALEN.

ihre Kinder in Situationen der Unsicherheit und Gewalt, einschließlich psychischer und physischer Gewalt, gefangen bleiben.“

Der UN-Bericht war nicht das erste Signal an die Regierungen. In Deutschland wurde der Beweis für die massiven Rechtsverletzungen von Müttern und Kindern bereits im April 2022 durch die Studie „Familienrecht in Deutschland“ erbracht. Erstellt wurde sie vom Team um den Soziologen und früheren Hamburger Jugendamtsleiter Wolfgang Hammer, weshalb sie meist „Hammer-Studie“ genannt wird. Die Studie basiert auf Untersuchungen von mehr als 1.000 Fällen. Die Ergebnisse sind so erschreckend, dass das Wort „Staatsversagen“ angebracht scheint. Zum Beispiel bei den sogenannten „problematischen Inobhutnahmen, in denen gesunde, sozial gut integrierte Kinder ad hoc von ihren alleinerziehenden Müttern getrennt wurden“. 692 solcher Gerichtsverfahren wurden ausgewertet. „In 90 Prozent der Fälle wurden die aufgrund ‚mangelnder Erziehungsfähigkeit‘ veranlassten Inobhutnahmen mit der Zuschreibung einer zu engen Mutter-Kind-Bindung als wesentlichem Vorwurf begründet.“

Für Väter aber gilt dagegen offenbar grundsätzlich die Unschuldsvermutung: „Hinweise der Mütter auf Übergriffe der Väter gegen die Kinder oder gegen die Mütter selbst anlässlich von Besuchskontakten wurden ausnahmslos als Falschaussagen – ebenfalls ohne Prüfung – den Müttern zur Last gelegt. Müttern wurde durch ihre Rechtsbeistände daraufhin dringend empfohlen, sogar nach eindeutigen Hinweisen der behandelnden Kinder- oder HausärztInnen, keine Anschuldigungen gegen die Väter zu erheben, um ‚ihre Chancen im laufenden Verfahren nicht zu verschlechtern‘. Das bestätigten Kinder- und HausärztInnen, denen nach Kontaktaufnahme mit dem Jugendamt wegen Hinweisen auf Gewalt und/oder sexueller Übergriffe vom Jugendamt geraten wurde, ‚sich nicht von den Müttern instrumentalisieren zu lassen.“

Instrumentalisierende, manipulative Mütter: Diese Stereotypisierung steht laut der Hammer-Studie über den vier Narrativen, die seit Jahren von Lobbygruppen und Ideologen gestreut werden: 1. Mütter entfremden Kinder ihren Vätern. 2. Nur eine 50:50-Aufteilung der Betreuungszeit lässt Kinder gesund aufwachsen. 3. Mütter wollen Kinder und Geld. 4. Mütter erfinden Gewalt und Missbrauch.

Das beeinflusst familienrechtliche Verfahren zum Teil entscheidend – und sorgt dafür, dass Gewalt gegen Kinder nicht nur ungeahndet bleibt,

sondern sogar fortgesetzt werden kann. So werden Kinder und immer wieder auch ihre Mütter dauerhaft Opfer von physischer, psychischer und finanzieller Gewalt, denn nichts anderes sind mangelnde oder ganz ausbleibende Kindesunterhaltszahlungen. Besonders brisant ist dies vor dem Hintergrund der Istanbul-Konvention, die 2017 von Deutschland ratifiziert wurde und am 1. Februar 2018 in Kraft trat. Die 81 Artikel der Istanbul-Konvention enthalten umfassende Verpflichtungen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Häusliche Gewalt, zum Schutz der Betroffenen und zur Bestrafung der TäterInnen. In Artikel 31 heißt es, sicherzustellen sei, „dass die Ausübung des Besuchs- und Sorgerechts nicht die Rechte und die Sicherheit des Opfers und der Kinder gefährdet“. Doch tagtäglich wird in Deutschland gegen diese Vorgabe verstoßen.

Die Expertengruppe des Europarats „Group of Experts on Action Against Violence Against Women and Domestic Violence“ (GREVIO) bestätigt in ihrem Bericht von 2022 die Ergebnisse der Hammer-Studie und rügte Deutschland. GREVIO hebt Fälle hervor, in denen gewalttätigen Vätern das Sorgerecht und das Besuchsrecht eingeräumt wird, ohne dass die Sicherheitsbedenken gewaltbetroffener Frauen und/oder Kinder ausreichend berücksichtigt werden. Auch der GREVIO-Bericht stellt fest, dass „negative geschlechtsspezifische Stereotypen und Haltungen der Täter-Opfer-Umkehr in der deutschen Justiz fortzubestehen scheinen“.

Reem Alsalem brachte es in ihrer Rede vor dem UN-Menschenrechtsrat auf den Punkt. Sie beklagte das „anhaltende Versagen der Justiz sowie der Familien- und Kinderexperten, die Realitäten der Häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kinder zu erkennen und zu berücksichtigen.“ Während andere Länder auf den UN-Bericht zumindest mit Erklärungen reagieren und offen sind für deren Empfehlungen, ist in Deutschland aus dem Bundesjustizministerium und dem Bundesfamilienministerium dazu bisher nur eines zu vernehmen: Schweigen. Stattdessen bastelt Justizminister Marco Buschmann (FDP) derzeit an einer Reform des Unterhaltsrechts. Mitbetreuende Elternteile (das sind vorwiegend Väter) sollen zukünftig für zeitlichen Mehreinsatz weniger Kindesunterhalt zahlen. Das Konstrukt „Einer zahlt, einer betreut“ sei überholt. Was der Jurist Buschmann nicht erwähnt, die Berliner Juristin Hedayati aber schon: Jede zweite Alleinerziehende in Deutschland erhält gar keinen Kindesunterhalt vom Vater. ♀ **KLARA HEIMBS**

WEITERLESEN

Asha Hedayati:
Die stille Gewalt (Rowohlt Polaris);
Christina Mundlos:
Mütter klagen an (Büchner); Sonja Howard/Jessica Reitzig:
Im Zweifel gegen das Kind (Econ)

INFORMATION

Mütterinitiative für Alleinerziehende:
www.die-mias.de

EMMA.DE

Die Verschwörung der Maskulisten (2/12), Entsorgte Väter (5/09), Die Väter-Mafia (1994)



BENJAMIN WILL NICHT ZU PAPA

Seit sich Sandra M. von ihrem gewalttätigen Mann trennte, schikaniert der sie mit Verleumdungen und Klagen. Er will das alleinige Sorgerecht für den gemeinsamen Sohn – und bekommt es schließlich. Die Geschichte eines Behördenversagens.

Seit fast einer Woche weiß Sandra M. nicht, wo ihr Kind ist. Benjamin ist elf Jahre alt und war zuletzt vom Vater, bei dem er lebt, zwölf Kilometer zu Fuß zu ihr gegangen. Sie musste ihrem Sohn sagen, dass er wahrscheinlich nicht bei ihr bleiben könne. Kurze Zeit später stand die Polizei mit dem Vater vor dem Haus. Sandra M. schlug der Polizei vor, über den Balkon mit dem Jungen zu reden. „Ich will nicht mehr zu Papa“, rief der Junge hinunter.

Drei Tage später klingelt ein Jugendamtsmitarbeiter an der Wohnungstür, begleitet vom Gerichtsvollzieher. Beide forderten die Mutter auf, den Jungen herauszugeben. Sandra M. packte ihrem Sohn Kuscheltiere und etwas zu essen und zu trinken ein, sie umarmten einander zum Abschied, dann ging er. Er wurde kurz zum Vater begleitet, dann brachte das Jugendamt den Jungen, der dort nicht bleiben wollte, in ein Heim.

Benjamin hatte in vorausgegangenen Verfahren immer wieder gesagt, wenn er nicht bei der Mutter leben dürfe, ginge er lieber in ein Heim. Sein Handy ist im offline-Modus, Sandra M. bekommt keine Informationen vom Jugendamt, weil der Vater dies untersagt hat. Er darf das. Im März 2022 war Sandra M. das Sorgerecht entzogen worden.

Ereignet hat sich das alles in einer kleinen Gemeinde in Bayern, Ende Juni 2023. Sandra M. 35, arbeitet als leitende Finanzbuchhalterin, nebenbei studiert sie Betriebswirtschaft. Sie hat drei Kinder, 14, 11 und 7 Jahre alt. Mit den Vätern ihrer beiden anderen Kinder gibt es keine Schwierigkeiten, der Älteste lebt bei seinem Vater, die Jüngste bei ihr. Die Siebenjährige sieht ihren Vater regelmäßig, die Eltern teilen sich das Sorgerecht.

Mit Benjamins Vater ist alles anders. Eine tragfähige Beziehung war es nie, kurz nach der Geburt

des Kindes trennte sich Sandra von ihm, nicht zuletzt, weil er sie mit allen Aufgaben allein ließ. Der Vater reagierte prompt – und überzog Sandra mit Anschuldigungen beim Jugendamt und gerichtlichen Klagen. Dass 2013 wegen seiner Gewalttätigkeiten gegen Sandra M. ein unbefristetes Kontaktverbot gegen ihn verhängt worden war, interessierte das Gericht nicht.

Im November 2020 wurde Benjamin zum Vater „umplatziert“, wie es die Behörden nennen, im März 2022 verlor Mutter Sandra das Sorgerecht. Einige Monate lang hatte sie lediglich begleiteten Umgang mit ihrem Sohn. Die Vorgeschichte spielte keine Rolle. Das sei alles Vergangenheit, wurde ihr immer wieder gesagt. Man müsse aber nach vorne schauen. Dabei ist die Geschichte höchst aufschlussreich:

Wenige Tage nachdem sich Sandra M. 2013 von Benjamins Vater getrennt hatte, ging er ihr auf der Straße an den Hals, schubste, bespuckte und beleidigte sie, die Mutter hatte das Kind auf dem Arm. Er entriss ihr die EC-Karte, mit der er gleich darauf Geld abhob. Sandra M. flüchtete im Auto einer Bekannten in deren Wohnung. Sie rief die Polizei, die den Platzverweis erteilte und dem Mann die Wohnungsschlüssel abnahm. Zu einem Strafverfahren kam es nicht. Die Staatsanwaltschaft sprach von „Partnerschaftsstreit“, außerdem sei niemand zu Schaden gekommen, und auch die Anzeige wegen Raubs wurde eingestellt. Die Bekannte sagte nicht als Zeugin aus. Sie war mit dem Mann verwandt. Das Gericht ordnete im Zusammenhang mit dem Gewaltschutzverfahren jedoch eine Begutachtung des Vaters und der Mutter an. Es fiel positiv für die Mutter aus. Sie bekam das alleinige Aufenthaltsbestimmungsrecht für das Kind. Der Vater, bestätigte die Gutachterin, nehme die Bedürfnisse des Sohnes kaum wahr.

Damals hatten Sandra M. und Benjamins Vater noch das gemeinsame Sorgerecht. Obwohl die Beziehung schon in der Schwangerschaft brüchig war, hatte sie auf seinen Druck hin drei Wochen nach der Geburt die gemeinsame Sorgerechtsvereinbarung beim Jugendamt unterschrieben. Auch die Jugendamtsmitarbeiterin hatte währenddessen ständig vom „Recht des Vaters“ gesprochen.

Dabei gibt es kein automatisches Sorgerecht für unverheiratete Väter. Die Mutter kann die gemeinsame Sorge, die vom Vater beantragt werden muss, mit Begründung ablehnen. Doch

geschwächt nach dem Kaiserschnitt und zusätzlich erschöpft, weil der Vater des Kindes ihr bei der Versorgung des Sohnes und im Haushalt nicht half, unterschrieb Sandra M. „Damals hätte ich Unterstützung und juristische Beratung gebraucht“, sagt sie. Sie hatte niemanden. Ihre Eltern leben Tausende von Kilometern entfernt. Unabhängige Beratungsstellen, die sie über ihre Rechte aufgeklärt hätten, kannte sie nicht.

Ausgestattet mit dem Sorgerecht, zieht der Vater immer wieder vor Gericht. Seinen Sohn hat er regelmäßig alle 14 Tage, die Übergaben finden durch Dritte in der Kita oder an einer Tankstelle statt. „Dort sind meistens Leute, und es gibt auch Kameras“, sagt Sandra M.

Er will mehr Umgang, bezichtigt die Mutter der Vernachlässigung. Dass er seit Jahren Hartz-IV-Empfänger ist und keinen Unterhalt für das Kind zahlt, interessiert niemanden. Sandra M. fordert den Unterhalt allerdings auch nicht ein. Sie bekommt Unterhaltsvorschuss vom Jugendamt und kämpft sich in dieser Zeit neben ihrer Ausbildung zur Buchhalterin mit Putz-Jobs durch.

Im Jahr 2017 wird Benjamin eingeschult. Wenig später informiert die Schulpsychologin die Eltern über Auffälligkeiten des Kindes. Ein Kinderpsychiater stellt die Diagnose ADHS und äußert den Verdacht auf atypischen Autismus. Zwei Jahre später wird Benjamin vom Medizinischen Dienst der Krankenkasse der Pflegegrad 3 zugeteilt. 545 Euro bekommt die Mutter nun monatlich für die Versorgung des Kindes. Als der Vater davon erfährt, zeigt er sie wegen „Sozialbetrugs“ an. Das Kind sei nicht krank, die Mutter würde es nur krank machen. Sie habe das Münchhausen-by-proxy-Syndrom – eine psychiatrische Erkrankung, bei der Betreuende die ihnen Anvertrauten gezielt krank machen, um selbst Aufmerksamkeit zu erlangen – zudem würde sie ihm das Kind entfremden. Beim Amtsgericht stellte er einen Antrag auf das Aufenthaltsbestimmungsrecht. „Das hat er sich alles nicht selbst ausgedacht, dafür hat er vermutlich die entsprechenden Portale im Internet besucht“, sagt Sandra M.

Die Folge: Das Gericht bestellt eine Gutachterin, die Sandra M. im Jahr 2020, während der Corona-Zeit, zwei, dreimal zu Hause aufsucht.

**DER VATER BESPUCKT
UND BESTIEHLT DIE
MUTTER UND ZAHLT
KEINEN UNTERHALT.**

Die Begutachtung ist freiwillig, doch darüber wird Sandra M. weder von ihrer Anwältin noch von der Gutachterin selbst aufgeklärt.

Auch der Vater wird begutachtet, allerdings einige Monate später, er zögert die Termine immer wieder hinaus. Im Spätsommer 2020 stellt ihr das Gericht das Gutachten zu. Darin steht: Rigider Erziehungsstil. Autoritär. Mangelnde Empathie. Die Kinder haben keine Freiräume. Die Wohnung ist nicht ausreichend möbliert. Auch eine Lehrerin wird als Zeugin für die Erziehungsunfähigkeit der Mutter angeführt. Empfehlung: Entzug des Sorgerechts. Weder auf das erste Gutachten noch auf die Gewaltschutzakte nimmt die Gutachterin Bezug: Sie hatte die Akten gar nicht. Und die spartanische Möblierung hatte ihr Sandra M. erklärt: Wegen des Lock-

downs waren die Wohnzimmer- und Schlafzimmere möbel nicht geliefert worden. Die Kinderzimmer seien jedoch vom ersten Tag nach dem Umzug komplett eingerichtet gewesen.

Wie hat Sandra M. auf dieses Gutachten reagiert? „Ich las das und dachte, das bin ich nicht. Man zweifelt an der eigenen Selbstwahrnehmung.“ Sie ruft ihre Anwältin an und die Lehrerin, die ihr angeblich ein so vernichtendes Zeugnis ausgestellt hatte. Diese fällt aus allen Wolken und schreibt einen drei Seiten langen Bericht ans Gericht, in dem sie darlegt, dass sie die im Gutachten vermerkten Äußerungen nie gemacht habe. Im Gegenteil: Sie sehe den großen Einsatz der Mutter für das beeinträchtigte Kind.

Gleich nachdem das Gutachten vorliegt, stellt der Vater einen Eilantrag auf sofortige Herausgabe des Kindes und Übertragung des alleinigen Sorgerechts auf ihn. Beides wird zunächst abgelehnt. Doch im November 2020 kommt es zur Verhandlung. Anwesend sind eine Richterin, eine neue Mitarbeiterin des Jugendamts, die Verfahrensbeiständin und die Gutachterin. Sandra M. wird eine Vereinbarung vorgelegt: Seinen Lebensmittelpunkt soll das Kind beim Vater haben. Das gemeinsame Sorgerecht bleibt. Kurz darauf wird Benjamin, inzwischen neun Jahre alt, zum Vater „umplatziert“. Der hat inzwischen mit seiner neuen Lebensgefährtin ein neues Kind.

Vier Monate später berichtet Sandra M. dem Jugendamt, was sie an ihrem Sohn wahrnimmt:

Kaputte Schuhe mit sich auflösenden Sohlen, einen ungepflegten, fast verwahrlosten Zustand, Kleidung, die nicht passt, fehlende Schulsachen, Traurigkeit. Die Schule macht eine Kindeswohl-Gefährdungsmeldung an das Jugendamt. „Die wurde dort abgetan: Die Mutter macht doch gemeinsame Sache mit dieser Lehrerin.“ Weil sich nichts ändert, spricht Sandra M. den Bürgermeister und den Jugendamtsleiter bei einer Veranstaltung an. Kurz danach wird im Haushalt des Vaters eine Familienhelferin eingesetzt.

Über das Gericht setzt Sandra M. durch, dass Benjamin nun in einer anerkannten kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik auch ohne Einwilligung des Vaters untersucht wird. Die Diagnose ADHS bestätigt sich, Autismus kann nicht ausgeschlossen werden, ein anderes Syndrom kommt hinzu. Empfohlen wird die Aufnahme in eine Tagesklinik. Sandra M. stellt einen Antrag auf Herausgabe des Kindes. Wieder wird sie begutachtet. Das Ergebnis weicht kaum vom zweiten Gutachten ab. Bindungsintolerant. Hochmanipulativ. Wieder wird auf das erste Gutachten und die Gewaltschutzakte kein Bezug genommen. Im Frühjahr 2022 entzieht ihr das Amtsgericht das Sorgerecht für Benjamin.

Zunächst hat sie begleiteten Umgang, die Familienhelferin aus dem väterlichen Haushalt ist dabei. Nach drei Monaten sieht sie ihren Sohn allein. Sandra M. zahlt dem Vater Kindesunterhalt, er will, dass sie 40 statt 30 Stunden in der Woche arbeitet. Er, der nie Kindesunterhalt bezahlt hat, führt nun Wörter wie „Erwerbsobliegenheit“ im Mund. Aber das, sagt sie, sind „Nebenschauplätze“. Wichtig ist ihr, dass Benjamin endlich gehört und sein Wille respektiert wird.

Denn Benjamin will nicht beim Vater leben. Er hat mehrmals versucht, wegzulaufen, er hat immer wieder gesagt, dass er zu seiner Mutter und der kleinen Schwester will. Sandra M. hofft, dass er sich nicht wieder allein auf den Weg zu ihr macht. „Wenn er in eine offene Wohngruppe kommt und es ihm dort gut geht, ist das in Ordnung. Das Kind gehört mir nicht. Das Kind gehört sich selbst.“ Sie selbst komme mit dem, was ihr angetan wurde, irgendwie zurecht. „Ich stecke vieles weg. Aber dass der Vater seinen Hass auf mich über den Sohn austrägt – das kann ich nicht verzeihen und nicht vergessen.“ ♀

KLARA HEIMBS

WENN BENJAMIN NICHT BEI SEINER MUTTER LEBEN KANN, WILL ER LIEBER IN EIN HEIM.

NIEMAND MUSS DIE TAZ LESEN

Mit der App die Zeitung
einfach vorlesen lassen



Nur wer versteht, kann auch für etwas einstehen. Keine Debatte? Steht nicht zur Debatte. Wir wollen mehr als News – wir wollen Neues. Ungestellte Fragen. Echte Antworten. Stimmen, die man woanders nicht hört. Deshalb eine radikale Zeitung: Unabhängig, solidarisch und mit Haltung.

.....
taz  **zeitung für morgen**

10 WOCHEN
NUR 10 EURO
TAZ.DE/ABO





Wenn Eltern nach einer Trennung immer noch „hochstrittig“ sind, wird ihnen schon mal ein gemeinsamer Kurs verordnet. „Kinder aus der Klemme“ heißt das Kursprogramm, zu dem Silke Kettelhake verpflichtet wurde – obwohl der Kindesvater sie jahrelang misshandelt hatte.

MÜTTER IN DER KLEMMME

Endstation. Wartenberg, am östlichen Stadtrand von Berlin. In der Begegnungsstätte FamilienAnlauf schlägt uns die abgestandene Luft aus der nachmittäglichen Seniorenfreizeit entgegen, an den Wänden die Ergebnisse des letzten Aquarellmalkurses, Motiv Ostsee. Meine Jungs, der Kindesvater, ich und drei andere Elternpaare und ihre Kinder kommen hier zu dem Kursprogramm „Kinder aus der Klemme“ zusammen, beauftragt vom Familiengericht. Niemand kommt freiwillig. Kostenpunkt pro Elternpaar für die SteuerzahlerInnen: 8.401,90 Euro, macht 33.619,60 Euro für vier „hochstrittige“ Ex-Paare und ihre Kinder, für acht Treffen vor Ort plus die Vor- und Nachbereitung der ModeratorInnen im Team.

Einfach mal mitmachen: Wir spielen das Obstspiel, eine Art Reise nach Jerusalem, die Mütter und die Väter, verurteilte oder nicht verurteilte Straftäter, drohen sich auf der Jagd nach einem Sitzplatz in die Arme zu laufen. Haha! Wer war

schneller und konnte sich auf einen Stuhl werfen? Es mag für die kleineren Kinder lustig sein, für die Mütter: niederschmetternd. Wieder in die Fratzen schauen. Wieder in der Erinnerung gefangen sein, die Ohnmacht in voller Wucht spüren. Wir Mütter ertragen es kaum, mit den Vätern in einem Raum zu sitzen, ihr Anblick jagt uns den Puls hoch, Panik, Flucht, Alarmzustand. Neokortex ausgeschaltet, Denkfähigkeit, Argumentationsfähigkeit ausgeknipst, nur noch die Farbe Rot, flammendes Rot, in der Angst und der Sorge um die Kinder, jahrelang. Die Folgen: vegetative Störungen, Depressionen, Arbeitsunfähigkeit, Einsamkeit, Vereinzelung in der Verzweigung.

Die Väter dagegen präsentieren sich als durchaus sympathisch, zugewandt, offen, teils übernehmen sie die Moderation im Kurs, rhetorisch sind sie gut, sie wissen sich zu präsentieren, sie sind mit Bravour auf ihre Außenwahrnehmung bedacht, das kommt gut im Familiengericht oder im Jugendamt, während Müttern bei der Benennung der Gewalt „Belastungseifer“ vorgeworfen wird. Verkehrte Welt.

„Kinder aus der Klemme“ ist ein Kurs, 2016 entwickelt von den Kinderpsychologinnen Justine van Lawick und Margreet Visser vom Traumazentrum für Kinder und Jugendliche in Haarlem, Niederlande, der sich an „hochstrittige“ Eltern und ihre Kinder richtet. Hochstrittigkeit gilt als Kindeswohlgefährdung.

Die immerwährenden Streite der Eltern führen dazu, dass die Kinder verstummen oder wütend

aufbegehren, der Streit äußert sich in Schlafstörungen, Leistungsabfall, Depressionen. Ihr inneres Gleichgewicht ist erschüttert. Bei ihnen zu Hause wurde getobt, getreten, geschrien, geschlagen, geweint. Sie hatten Erlebnisse, die sie nicht einordnen konnten und können. Sie wurden, wie Kinder auf der Flucht, traumatisiert. Häusliche Gewalt löst Traumatisierungen aus. Bei den Kindern, bei den Frauen. Am häufigsten findet Gewalt statt in Elternbeziehungen, meistens trifft es die Mütter, manchmal die Kinder, ganz manchmal die Väter.

Nach einer Trennung schaffen es die meisten Eltern in die „Binuklearisierung der Familie“, sprich in eine erträgliche Elternbeziehung. Fünf Prozent der elterlichen Trennungen gelten als hochstrittig; jährlich sind schätzungsweise 15.000 Kinder betroffen; die Zahl potenziert sich aufgrund der langjährigen Konflikte.

Die Sozialarbeiterin im Jugendamt sagte mir, ich dürfe nicht an die Gewalt erinnern. Ich müsse nach vorne schauen. Der Vater sei ein guter Vater, ob er mir nun Gewalt, in welcher Form, psychischer, physischer, sexueller, finanzieller Gewalt angetan habe, das zähle nicht ... „Er hat Sie geschlagen, und nicht die Kinder.“

Auch im Elternkurs wird nur nach vorne geschaut. Die Vergangenheit sollen wir vergessen. Wir müssen einen Restart schaffen, für unsere Kinder, drüben auf der anderen Seite des Flurs, separiert von den Erwachsenen in der Kindergruppe. Wenn wir Mütter das nicht bringen, haben wir unsere Traumata nicht überwunden und können eigentlich, so tatrig-seelisch labil, gar nicht richtig für unsere Kinder sorgen. Dass zum Streiten nicht immer zwei gehören, dass bei allen vier teilnehmenden Paaren Häusliche Gewalt ausgehend vom Kindsvater auftrat – nicht relevant.

In der Elterngruppe lernen wir, was gewaltfreie Kommunikation bedeutet. Wir sollen einen Brief schreiben an unsere Kinder, in dem wir die Trennung erklären, ohne den anderen „zu beschädigen“. Wir wollen, wir müssen die Situation für unsere Kinder verbessern. Mir fällt der Brief unsäglich schwer. Wie nach acht Jahren der Trennung, Jahren, in denen es keine Ruhe gab, eine Wahrheit benennen? Kindgerecht? Ohne den Vater „zu beschädigen“? Da ist die Liebe zum Kind, die Freude am Heranwachsen, da ist der Wunsch nach einer heilen Familie, die dermaßen

kaputt gegangen ist. Ich habe Widerworte gegeben. Ich bin frech. Habe ein loses Maul. Ich bin schnoddrig. Aber muss ich deshalb mit Karacho-Ohrfeigen an die Wand geklatscht werden? Muss deshalb ein massives Glas an meiner Schläfe entlangzischen? Muss ich deshalb vor der Haustür liegen, zusammengetreten, er brüllt: „Du siehst die Kinder nie wieder“? Die Kinder, die eine Treppe höher in ihren Betten liegen.

Wir Mütter haben uns in einer digitalen Gruppe vernetzt. Luisa, 26 Jahre, mit einer achtjährigen Tochter, schrieb: „Ich hoffe sehr, dass die Gerechtigkeit irgendwann siegen wird und wir unseren Frieden finden. Ich sehe so viele Parallelen bei uns, mit den Vätern. Wie sie handeln, sich nach außen geben. So oft war ich kurz davor aufzugeben, zu verzweifeln, keine Hoffnung mehr zu haben. Etwas Positives hatte die Gruppe auf jeden Fall: Ich habe euch starke Frauen kennenlernen dürfen und fühle mich mit meiner Situation nicht mehr allein. Wir Frauen leiden, unsere Kinder leiden und trotzdem sind wir die ‚Bösen‘? So kann es nicht weitergehen. Ich hoffe sehr, dass wir unseren Weg finden. Gemeinsam für unsere Rechte und für unsere Kinder zu kämpfen, egal wie steinig es noch werden mag!“

Cara, die einzige schwarze Frau in der Gruppe, postet nichts. Sie liest. Im Kurs schweigt sie. Die Anstrengung ist ihr ins Gesicht gemeißelt. Janina, 52, hat neben ihren erwachsenen Söhnen ebenfalls eine achtjährige Tochter, zusammen mit einem Vater, dem die Väterrechtlergedanken aus jeder Pore tropfen. In den ersten Sitzungen saß Janina wie erstarrt im Kurs, sie wagte nicht den Blick zu heben – Gefahr des Augenkontakts mit dem Vater. Sie wandelte sich, bestärkt in Einzelgesprächen mit den Moderatorinnen, sie argumentierte im Kurs klar, sachlich, aufs Kind bezogen. Der Vater echauffierte sich, gerierte sich außer Rand und Band, schlug verbal auf die Mutter des Kindes ein. Die Kursleitung stoppte ihn. Daraufhin beschwerte sich der Vater beim Jugendamt. Das Jugendamt forderte die sofortige Einstellung des Kurses, weil der Vater sich nicht gehört fühlte. Das Jugendamt setzte sich durch. Der Vater will wieder gerichtlich gegen die Mutter vorgehen. ♀

SILKE KETTELHAKE

**DIE VÄTER JAGEN
UNS DEN PULS HOCH:
ANGST, PANIK,
ALARMZUSTAND.**

„JA, ES GIBT SEILSCHAFTEN!“

Ihm und seinen Schriften („Der Anwalt des Kindes“) ist maßgeblich zu verdanken, dass Kinder in Sorgerechtsverfahren heute Verfahrensbeistände haben und ihre Interessen vor Gericht Bedeutung haben. Der Rechtswissenschaftler Prof. Ludwig Salgo kritisiert das, was in Sorgerechtsprozessen passiert, als „Menschenrechtsverletzung“.

Herr Prof. Salgo, Ende Juni 2023 veröffentlichte die UN-Sonderbotschafterin Reem Alsalem einen Bericht zu Menschenrechtsverletzungen durch Familiengerichte. Hat Sie irgendetwas an diesem Bericht überrascht?

Ludwig Salgo: Nein. Dass ein so hohes internationales Gremium wie die UN einen Bericht eingefordert hat und dieses Thema dann auch über mehrere Tage mit großer Akribie behandelt hat, zeigt die Tragweite dieser Menschenrechtsverletzungen in Deutschland. Die EU hat sich dem Bericht angeschlossen, viele einzelne Länder auch, allerdings bisher nicht die Bundesrepublik Deutschland.

Auch die Studie von Wolfgang Hammer und seinem Team hat Rechtsverletzungen gegenüber Kindern und alleinerziehenden Müttern durch Familiengerichte und Institutionen wie dem Jugendamt in Deutschland angeprangert. Zeigt die Studie inzwischen Auswirkungen, etwa auf die deutsche Rechtsprechung?

Das lässt sich nur sehr schwer feststellen, denn es gibt keine systematische Forschung dazu. Doch wenn wir Gesetze in die Praxis umsetzen wollen, wenn wir wissen wollen, ob sie funktionieren, müssen wir die Rechtsprechung systematisch untersuchen und bewerten. Das nennt sich Rechtstatistikenforschung. Dafür müssen Akten eingesehen werden. Aber es ist selbst für anerkannte Forscher und Forscherinnen schwierig, bei familienrechtlichen Verfahren Akteneinsicht zu bekommen.

Familienrechtliche Verfahren sind nicht öffentlich.

Aus gutem Grund. Aber es ist wichtig, dass die Forschung, natürlich unter Wahrung des Datenschutzes, einen Zugang zu den durchaus sensiblen



Akten familienrechtlicher Verfahren hat, um zu sehen, ob die neuen Gesetze, wie sie in der Istanbul-Konvention enthalten sind, auch in Deutschland umgesetzt werden.

Heißt das, dass in familienrechtlichen Verfahren institutionelle Gewalt ausgeübt werden könnte, die von außen nicht einsehbar ist?

Ja, das ist so. Und in dieses Dunkel hat die Hammer-Studie hineingeleuchtet, indem sie sehr viele nicht öffentliche Entscheidungen ausgewertet hat. Die Akten wurden von Anwälten zur Verfügung gestellt. Die Familiengerichte müssen meiner Ansicht nach in Zukunft Forschung zulassen, sonst entsteht der Eindruck, dass sie sich nicht gerne auf die Finger gucken lassen wollen.

Zu den Empfehlungen der Hammer-Studie gehört eine deutlich bessere Qualifizierung der FamilienrichterInnen. Hat sich in dieser Hinsicht etwas getan?

Der Gesetzgeber hatte vor wenigen Jahren noch von einer „Qualifikationsoffensive“ für Familienrichter gesprochen, aber die Länder hatten die Fortbildungspflicht abgelehnt. Nachdem aber einige katastrophale Gerichtsentscheidungen öffentlich geworden sind, in denen Richter schwerwiegende Fehler gemacht hatten, bröckelte der Widerstand gegen die Fortbildungspflicht. Laut Gerichtsverfassungsgesetz dürften jetzt vom Direktorium des Gerichts keine Richter mehr eingesetzt werden, wenn sie bestimmte Qualifikationsmerkmale nicht erfüllen oder alsbald erfüllen werden.

Welche Qualifikationsmerkmale sind das?

Belegbare Kenntnisse auf dem Gebiet des Familienrechts, insbesondere des Kindschaftsrechts, des Familienverfahrensrechts, Kenntnisse der für das Verfahren notwendigen Teile des Kinder- und Jugendhilferechts sowie Grundkenntnisse der Psychologie, insbesondere der Entwicklungspsychologie. Und sie sollten über Kenntnisse der Kommunikation mit Kindern verfügen. Das ist am 1. Januar 2022 eingeführt worden. Die Frage ist, wer das kontrolliert. Es gibt Länder, die sich sehr um die Umsetzung bemühen, etwa Hamburg und Berlin, und es gibt Bundesländer, die auf konkrete Fragen lediglich pauschal versichern, bei ihnen kämen nur Familienrichter zum Einsatz, die alle Qualifikationsmerkmale erfüllen. Das ist wenig durchschaubar und erstaunt bei einem Gesetz, das vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde.

Auch die Verfahrensbeistände – die sogenannten Anwälte und Anwältinnen des Kindes, die dessen Position in familiengerichtlichen Verfahren stärken sollen – sind laut Hammer-Studie teilweise unqualifiziert und/oder von der PAS-Ideologie beeinflusst. Hier haben Lobbygruppen sogenannter Väterrechtler Einfluss genommen, indem sie ihrerseits ausbilden.

Zunächst muss man sagen, dass die Einführung des Verfahrensbeistands richtig war. Die Kinder fühlen sich in der Regel sicherer, ihre Stimme wird besser gehört, dazu gibt es auch Forschungen. Die Tatsache, dass einzelne Verfahrensbeistände mit abstrusen Pseudo-Ideen unterwegs sind, sollte nicht die gesamte Institution in Frage stellen. Wenn jedoch Verfahrensbeistände nicht haltbaren und längst widerlegten Pseudotheorien anhängen und danach handeln, haben wir ein ganz großes Problem. Es gibt Hinweise, dass es in einzelnen Familiengerichten Seilschaften gibt zwischen Richtern, die diesen „Theorien“ anhängen und die dann die entsprechenden Verfahrensbeistände bestellen. Die liefern die gewünschten Ergebnisse.

Auch die Gutachter, die in Sorge- und Umgangsrechtskonflikten eingesetzt werden, sind laut Hammer-Studie oft schlecht qualifiziert und ebenfalls von „PAS“ und ähnlichen Konstrukten beeinflusst. Auf Grund solcher Gutachten kommt es immer wieder zu gravierenden Entscheidungen wie den „Inobhutnahmen“ gegen den Willen der Mutter oder des Kindes.

In der Tat. Die Beschwerden über ungerechtfertigte Inobhutnahmen häufen sich. Die Voraussetzungen für eine Inobhutnahme sind ja sehr hoch. Es muss dringende Gefahr bestehen – und wie Sie wissen,

nehme ich den Schutz von Kindern sehr ernst. Aber wenn ein Kind einen Elternteil nicht sehen will und kein Umgang stattfindet, ist das kein Grund für eine Inobhutnahme. Und wenn ein Kind nicht im Wechselmodell leben will, ist es ebenfalls nicht in dringender Gefahr! Aber wegen dieser Fehlannahmen haben wir Kinder, die alleine deswegen in Einrichtungen gebracht werden. Auch über die Praxis der Jugendämter muss systematisch geforscht werden. Wenn Richter Inobhutnahmen auf Grund falscher Annahmen anordnen, führen die Jugendamtsmitarbeiter dies aus, weil sie sich mit dem Gericht gut stellen wollen.

Hat sich das Bundesjustizministerium bisher zu diesen Zuständen geäußert?

Wenn solche Vorwürfe im Raum stehen, müsste sofort mit einer großen, unabhängigen Studie darauf reagiert werden. Das Ministerium müsste alarmiert sein und diesen Vorwürfen mit genügend Mitteln und personeller Ausstattung nachgehen. Nichts davon ist passiert. Man muss sich schon fragen, was da los ist. Gibt es etwas zu verbergen? Finden diese „Theorien“ und unhaltbaren Annahmen möglicherweise bis in die höchsten Stellen des Ministeriums hinein Anhänger? Ist man deshalb nicht daran interessiert, für Transparenz zu sorgen? Ein Manko ist auch, dass es bisher keine Aufnahme der Istanbul-Konvention ins deutsche Kindschaftsrecht gegeben hat. Im Kindschaftsrecht ist festgeschrieben, dass der Umgang im Regelfall dem Wohl des Kindes dient. Es müsste aber auch drinstehen, dass diese Regelvermutung bei Häuslicher Gewalt nicht gilt. Das gilt auch für das Sorgerecht. Es kann bei Gewalt kein gemeinsames Sorgerecht und auch kein Wechselmodell geben.

Das Justizministerium wird von der FDP bespielt. Sie will das Wechselmodell – in dem die Kinder hälftig mal bei einem, mal beim anderen Elternteil leben – als Standardmodell festlegen.

Das versuchen Lobbygruppen schon länger durchzusetzen, die einen sehr guten Zugang zum Justizministerium haben. Es ist denkbar, dass schon Gesetzesentwürfe in der Schublade liegen, die gegen Ende der Legislaturperiode möglichst schnell durchgedrückt werden sollen. Das Justizministerium sorgt selbst für solche Spekulationen, weil es sich weder zur Hammer-Studie noch zum Bericht der UN-Sonderbotschafterin äußert. ♀

ES KANN BEI GEWALT KEIN SORGERECHT UND KEIN WECHSEL-MODELL GEBEN.



Eine entführte Israelin fleht um Hilfe.

DAVID GROSSMAN

DIE HIERARCHIE DES BÖSEN

Der israelische Schriftsteller und Pazifist verlor 2006 den eigenen Sohn im Libanon-Krieg. Er ist verzweifelt über so viel Hass. – Diesen Text schrieb er Anfang Oktober.

Mein Land steht unter Schock. Und ich bin zornig auf unsere Regierung. Aber es gibt eine Rangordnung des Bösen, und keine israelische Tat hält dem Vergleich mit den Massakern der Hamas stand. Mehr als tausend Ermordete, 2.900 Verletzte, Hunderte entführt oder gefangen. Die Rettung eines jeden Menschen ein Wunder. An Klugheit und Mut.

Unzählig die Wunder, unzählig die Opfer und Heldentaten von Soldaten und Zivilisten, doch ein jedes erinnert an den kriminellen Leichtsinns unserer Sicherheitsdienste, deren Chefs sich selbst – und uns – jahrelang davon überzeugt haben, wir wären hier in der Region die Stärksten und Raffiniertesten, aufs Kriegshandwerk verstünde sich niemand besser als wir.

Ich schaue in die Gesichter meiner Mitmenschen. Schock. Dumpfheit. Die Herzen schwer vor ständiger seelischer Belastung. Immer wieder versichern wir einander: ein Albtraum, ein beispielloser Albtraum. Ihn zu beschreiben fehlen die Worte. Worte vermögen ihn überhaupt nicht zu fassen.

Tief sitzt das Gefühl, verraten worden zu sein. Die Regierung hat ihre Bürger verraten. Sie hat alles verraten, was uns als Bürgern dieses einen bestimmten Landes teuer war. Sie hat Bedeutung und Verpflichtung des Staats Israel verraten. Hat das kostbarste Pfand verraten, das zu hüten ihr aufgetragen war: die nationale Heimstätte für uns Juden zu sein. Mit heiliger Ehrfurcht, nicht weniger, hätte sie es hüten müssen. Was aber tat sie stattdessen? Woran mussten wir uns gewöhnen, als wäre das nun einmal der Lauf der Welt? Dieses Land wurde preisgegeben – zugunsten engstirniger Interessen, zugunsten einer zynischen, schlafwandlerisch unvernünftigen Politik.

Was heute geschieht, zeigt uns den Preis, den Israelis zu zahlen haben, weil sie sich jahrelang von korrupten Politikern verführen ließen, die den Staat nach und nach an den Rand des Abgrunds trieben, das Justizwesen, das Erziehungswesen wie auch die Armee unterhöhlten und bereit waren, uns alle existenziellen Gefahren auszusetzen, um den Ministerpräsidenten vor einer Gefängnisstrafe zu bewahren.

Denken wir nur einmal daran, was wir seit Jahren hingenommen haben, wie viel Kraft, Gedanken und Geld wir wegen der Familie Netanjahu und ihrer Dramen à la Ceaușescu verschwendet haben, wie viele groteske Shows sie vor unseren verwunderten Augen abgezogen hat.

Seit neun Monaten demonstrieren Millionen Israelis allwöchentlich gegen die Regierung und den Mann an ihrer Spitze, ein beispielloses Unterfangen, das den Staat zu sich selbst zurückbringen sollte, zur erhabenen Idee seiner Gründung: der Schaffung einer Heimstatt für das jüdische Volk. Keiner normalen Heimstatt. Millionen von Israelis wollten ein liberales, demokratisches, friedliebendes Land aufbauen, das den Glauben eines jeden Menschen respektiert. Anstatt nun aber den Vorschlägen der Demonstranten Gehör zu schenken, zog Netanjahu es vor, die Protestbewegung als betrügerisch zu verleumden und einzelne teilnehmende Gruppen gegeneinander aufzuhetzen. Dennoch verkündete er bei jeder sich bietenden Gelegenheit, wie stark Israel sei, wie entschlossen und vor allen Dingen: wie bereit, jeder Gefahr zu trotzen.

Das erkläre nun den vor Schmerz wahnsinnigen Eltern, dem an den Wegrand geworfenen Baby. Den Entführten, die jetzt wie menschliches Konfekt unter den verschiedenen Terrororganisatio-

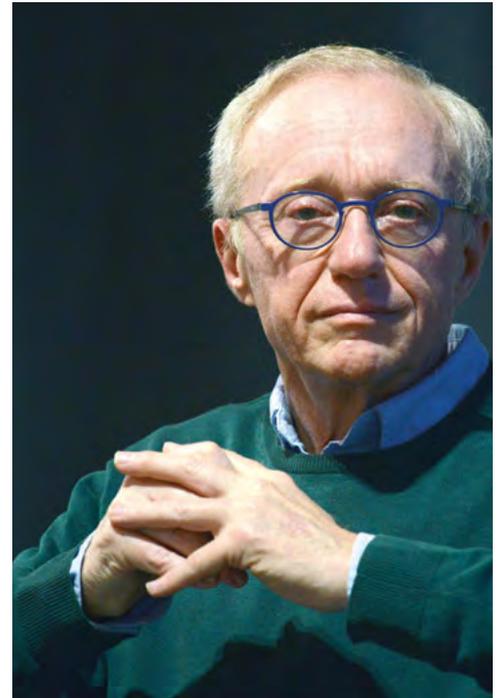
nen verteilt werden. Erkläre es deinen Wählern. Erkläre es angesichts von achtzig Durchbrüchen an der bestgesicherten Grenzanlage der Welt.

Doch dürfen wir uns bei aller Wut auf Netanjahu, seine Leute und sein Vorgehen keiner Täuschung hingeben: Die Gräueltaten dieser Tage sind nicht Israel zuzuschreiben. Sie gehen aufs Konto der Hamas. Wohl ist die Besatzung ein Verbrechen, aber Hunderte von Zivilisten zu überwältigen, Kinder, Eltern, Alte und Kranke, und dann von einem zum anderen zu gehen und sie kaltblütig zu erschießen – das ist ein viel schwereres Verbrechen. Auch in der Hierarchie des Bösen gibt es eine Rangordnung, gibt es vom gesunden Menschenverstand und vom natürlichen Gefühl zu unterscheidende Schweregrade. Sieht man das Schlachtfeld dort, wo eine „Party in der Natur“ gefeiert wurde, sieht man die Hamas-Terroristen auf Motorrädern junge Leute einkreisen, von denen einige noch ahnungslos tanzen, um sie dann unter Jubelgeschrei wie Wild zu jagen und zu erlegen – ob man sie Bestien nennen sollte, weiß ich nicht, ihr menschliches Antlitz aber haben sie zweifelsohne verloren.

Wie Schlafwandler irren wir durch diese Tage und Nächte. Möchten der Versuchung widerstehen, die Videos anzuschauen, den Gerüchten zu

ICH SCHAU E IN DIE GESICHTER MEINER MITMENSCHEN. SCHOCK. DUMPFHEIT UND SCHWERE HERZEN.

lauschen. Verspüren seit fünfzig Jahren, seit dem Jom-Kippur-Krieg, wieder einmal die Angst derer, denen das Wissen um die Möglichkeit einer Niederlage erste Wunden schlägt.



David Grossman:
Das Gefühl, verraten worden zu sein.

Wer werden wir sein, wenn wir uns aus dem Staub erheben und am eigenen Leib den Schmerz empfinden, den der Dichter Haim Gouri nach dem Unabhängigkeitskrieg von 1948 in zwei einfache Zeilen packte: „Wie zahlreich sind doch jene/die nun nicht mehr unter uns weilen.“ Welche Art Mensch werden wir sein, wenn wir gesehen haben, was zu sehen war? Von wo aus sollen wir

WER WERDEN WIR SEIN, WENN WIR UNS AUS DEM STAUB ERHEBEN? WELCHE ART VON MENSCH SIND WIR?

von vorn anfangen? Was wird noch möglich sein, nachdem so viel von dem, an das wir glaubten, auf das wir vertrauten, zerstört und verloren ist?

Eine Vermutung: Das Land wird nach dem Krieg sehr viel rechter, militanter und auch rassistischer sein. Der uns aufgezwungene Krieg wird dem kollektiven Bewusstsein die hassenswerten Stereotype und Vorurteile, die bisher ein Teil der israelischen Identität waren, verstärkt einprägen. Diese Identität wird dann auch das Trauma des Jahres 2023 aufsaugen; sie wird das Wesen der Politik bestimmen, den inneren Riss, die Polarisierung vorantreiben.

Ist die winzige Chance auf einen wahren Dialog, auf ein irgendwie geartetes Abfinden mit der Existenz des jeweils anderen Volks am 7. Oktober 2023 nun für einige Jahre auf Eis gelegt worden, oder ist diese Aussicht womöglich auf ewig eingefroren? Und was werden die irreführenden Verfechter eines binationalen Staates jetzt wohl sagen? Palästinenser und Israelis, beide vom nicht enden wollenden Krieg deformiert, sind ja nicht einmal fähig, verwandtschaftlich miteinander umzugehen – wie sollten sie einander da als siamesische Zwillinge ertragen?

Bevor an gegenseitige Akzeptanz und Heilung überhaupt wieder zu denken ist, müssen sehr, sehr viele Jahre, Jahre ohne Krieg, vergehen. Noch ist das Ausmaß des angstgetriebenen Hasses, der an die Oberfläche der Realität durchbricht, kaum einzuschätzen. Ich bete und hoffe, dass sich im Westjordanland einige Palästinenser trotz des Abscheus gegen die israelischen Besatzer bereit-

finden werden, sich von dem zu distanzieren, was ihre Landsleute aus dem Gazastreifen ange richtet haben, sei es durch praktische Maßnahmen, sei es durch eine öffentliche Verurteilung. Ich als Israeli habe kein Recht, ihnen Vorschriften zu machen. Als Mensch aber habe ich jedes Recht, ja, sogar die Pflicht, ihnen humane, ethische Verhaltensformen abzuverlangen.

Vor zwei Wochen sprachen der Präsident der Vereinigten Staaten, der israelische Ministerpräsident und der Herrscher Saudi-Arabiens noch begeistert über einen Friedensvertrag zwischen Israel und Saudi-Arabien. Ein solcher Vertrag hätte ebenfalls eine Normalisierung mit Marokko und den Emiraten einleiten sollen. Die Palästinenser allerdings werden in diesen Absprachen kaum erwähnt. Netanjahu, geschneigelt und überaus selbstsicher, prahlte damit, dass es ihm gelungen sei, das Palästinenserproblem aus den Beziehungen zu den arabischen Staaten auszuklammern.

Auch diese angekündigten Verträge haben etwas mit den Ereignissen des „Schwarzen Schabbat“ zu tun. Der Friede, den sie bringen sollten, wäre ein Friede für Reiche allein gewesen. Ein weiterer Versuch, den Kern des Konflikts zu übergehen. Die letzten Tage haben gezeigt, dass die Tragödie im Nahen Osten ohne gleichzeitige Linderung des palästinensischen Leids nicht zu bewältigen ist.

Sind wir fähig, die üblichen Formeln abzuschütteln? Begreifen wir, dass das Geschehen zu groß und zu grausam ist, um nach veralteten Paradigmen beurteilt zu werden? Was sich in den letzten Tagen offenbart hat, lässt sich mit Israels Vorgehen und Vergehen in den besetzten Gebieten seit 1967 weder relativieren noch rechtfertigen. Ich spreche von der Tiefe des Israelhasses, von der schmerzhaften Einsicht, dass wir Israelis nun wohl auf ewig unter höchster Anspannung und in ständiger Kriegsbereitschaft leben müssen. Ununterbrochen bemüht, Athen und Sparta gleichzeitig zu sein. Immerzu fragend, ob uns jemals ein normales, von Angst und äußerer Bedrohung freies Leben vergönnt sein wird. Ein dauerhaft geborgenes Dasein. In einem behüteten Heim. ♀ **DAVID GROSSMAN**

*Aus dem Hebräischen von Helene Seidler.
Zuerst erschienen in der FAZ.*



Elisabeth Badinter und
Alice Schwarzer,
Freundinnen im Gespräch.

ANTISEMITISMUS

JUDENHASS & FRAUENHASS

DAS PROBLEM IST NICHT NEU. ABER ALLE HABEN WEGGESEHEN.

Das nachstehende Interview mit Elisabeth Badinter und Alice Schwarzer wurde in der FAS vor sechs Jahren veröffentlicht. So lange und noch viel länger ist das Problem des Antisemitismus in muslimisch/arabischen Kreisen bekannt. Ebenso die Parallele zwischen Judenhass und Frauenhass. Aber keiner wollte es wahrhaben. Jetzt wird gestaunt über Ausschreitungen wie in Neukölln oder Duisburg.

Führt Masseneinwanderung aus dem islamischen Kulturraum zu einem Erstarken der Judenfeindlichkeit in unseren Gesellschaften?
Elisabeth Badinter Die Antwort ist schwierig. Die erste Generation und auch die zweite Generation der Einwanderer in Frankreich sind überhaupt nicht durch eine antisemitische Haltung aufgefallen. Ein radikaler Antisemitismus hat sich erst in der dritten, in Frankreich geborenen Generation entwickelt, die sich zugleich zum radikalen Islamismus bestimmter Imame hingezogen fühlt. Es gibt heute in Frankreich keine andere Bevölkerungsgruppe, die wie die Juden ausschließlich aufgrund ihrer Religion schikaniert, gefoltert und sogar getötet wird. Diese Straftaten werden immer von Personen mit muslimischem Einwanderungshintergrund begangen, die sich dem Islamismus verschrieben haben.

Die kürzlich veröffentlichte Studie „Jüdische Perspektiven zum Antisemitismus in Deutschland“ kommt zu dem Ergebnis, dass drei Viertel der befragten Juden Antisemitismus als großes Problem wahrnehmen. Drohen Deutschland französische Verhältnisse?
Alice Schwarzer Das Phänomen ist neu, aber kein muslimisches. Bei den ersten beiden Generationen türkischer Einwanderer gab es weder verschleierte Frauen noch offenen Antisemitismus. Es kommt eher von jüngeren Arabern, die in Deutschland nicht immer, aber häufig neu zugezogen sind. Es scheint mir relativ wenig mit dem Islam an sich zu tun zu haben, sondern mit dem politisierten Islam, der offensiv antisemitisch beziehungsweise antizionistisch ist. Mich wundert also nicht, dass die Juden in Deutschland, die aus gutem Grund noch sensibler als die französischen sind, sich Sorgen machen.

Der algerische Schriftsteller Boualem Sansal hat kürzlich als Zeuge vor Gericht in Paris gesagt, der Antisemitismus sei Teil der islamischen Kultur, er werde im Koran, in den Moscheen und in den Familien verbreitet. Sollte der Vorwurf der Naivität angesichts des Islams ernst genommen werden?

Schwarzer Ich schätze Boualem Sansal sehr, seine Romane wie seine kritischen Analysen. Natürlich gibt es im Islam einen traditionellen Antisemitismus, aber – mit Verlaub – auch im Christentum. Es ist an den Muslimen selbst, selbstkritisch zu sehen, was sie bei sich ändern müssen. Doch ich bleibe dabei: Das Phänomen des Antisemitismus bei Muslimen ist in dieser Virulenz auch bei uns neu und geschürt vom politischen Islam.

Badinter Boualem Sansal kennt den Koran besser als ich. In jedem Fall erleben wir heute eine islamische Radikalisierung, die den Antisemitismus zu einer Art religiösen Pflicht erhebt. Das Beunruhigende dabei ist, dass in Frankreich zugleich der gesellschaftliche Konsens bröckelt, nach der Shoah nie wieder Antisemitismus – in welcher Form auch immer – zu dulden. Ein Teil der Linken bei uns jedoch lehnt es ab, den neuen Antisemitismus als solchen zu benennen, geschweige denn zu verurteilen. Es sind die gleichen Leute, die sich auf den Antizionismus berufen. Auch ich halte Kritik am Staat Israel für notwendig, aber Kritik kann nicht bedeuten, das Existenzrecht Israels zu leugnen. Antizionismus läuft aber im Kern genau darauf hinaus.

In Frankreich richtete sich 2016 jede dritte rassistische Straftat gegen Juden, obwohl sie nur knapp ein Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Wie schützt der Staat die jüdische Minderheit?

Badinter Der Staat schützt nicht. Genau das ist das Problem. Aber hat er überhaupt die Möglichkeit? Es gibt auch politische Gründe für die staatliche Zurückhaltung. Es soll vermieden werden, dass eine Ungleichbehandlung

zwischen Juden und Muslimen entsteht. Denn Muslime sind natürlich auch Opfer von Rassismus. In Frankreich leben etwa 500.000 Juden und sechs Millionen Muslime.

Schwarzer Es kommt noch etwas hinzu. Die 500.000 verstehen sich ja eigentlich keineswegs alle vorrangig als Juden. Sie sind keine Community. Viele sind einfach Franzosen und wollen ihre Ruhe haben. Sie werden erst von den Antisemiten wieder zu Juden gemacht.

Eine Befragung von Berliner Lehrern durch das American Jewish Comitee hat jüngst ergeben, dass bei vielen Schülern antisemitische Feindbilder stark präsent sind. In Frankreich haben Lehrer in dem Sammelband „Die verlorenen Territorien der Republik“ bereits 2002 vom grassierenden Antisemitismus in ihren Klassen berichtet. Wie kann da gegengesteuert werden?

Schwarzer EMMA hat kürzlich eine Umfrage unter Lehrerinnen gemacht, und die stehen wirklich mit dem Rücken zur Wand. Diese Jugendlichen, die sich mit einer Attitüde der Gewalt inszenieren, schüchtern die anderen ein. Da braucht es nur vier, fünf Schüler in einer Klasse, die geben dann den Ton an, vor allem in Sachen Sexismus. Und da kommt neuerdings noch der Antisemitismus dazu. Auf den Schulhöfen sind „du Jude“, „du Schwuler“ oder „du Opfer“ heute Schimpfwörter. Lehrerinnen werden von Schülern als „Nutten“ beschimpft. Doch die Schulleitungen und auch die Politik wollen jeden Konflikt vermeiden. Wenn die Lehrerinnen sich beschwerten, heißt es: Setzen Sie sich mal durch, Sie haben anscheinend Ihre Klasse nicht im Griff.

Badinter Seit viele sozial benachteiligte Familien unter dem Einfluss der Salafisten oder der Muslimbruderschaft stehen, wiegt das Wort der Imame schwerer als das der Lehrer. In zahlreichen Klassenzimmern in den Vorstädten kann die Geschichte des Holocausts nicht mehr unterrichtet werden, so stark ist die Ablehnung der Schüler. Das Wort des Lehrers gilt als Ausdruck der dominan-

ten Mehrheitsgesellschaft, von der sich manche Schüler ausgegrenzt fühlen. Manche Eltern bestärken ihre Kinder in dem Glauben, dass der Imam wichtiger als der Lehrer sei. Für die Lehrer ergibt sich daraus eine unglaublich schwierige Situation. Wir haben innerhalb kürzester Zeit 2.500 Moscheen in Frankreich gebaut, und langsam entwickelt sich genau das, was radikale Islamisten fordern: ein Separatismus der muslimischen Minderheit gegenüber dem Rest der Nation. Wir haben diese Entwicklung hingenommen und das mit der Pflicht zur Toleranz gerechtfertigt.

Schwarzer Eigentlich hätte ich gedacht, dass die Situation in Frankreich und Deutschland sehr unterschiedlich ist, wir haben ja eine ganz andere Geschichte, schon allein wegen des Holocaust in Deutschland hie und der kolonialen Vergangenheit Frankreichs dort. In Wahrheit jedoch gleicht sie sich frappant. Nur gibt es in Deutschland ein zusätzliches Problem, das ich seit über zwanzig Jahren sehe: Das sind die Islamverbände, allen voran der „Zentralrat der Muslime“, der sich in Anspielung auf den „Zentralrat der Juden“ so genannt hat. Die meisten dieser Muslimverbände sind schriftgläubig, orthodox, wenn nicht gar islamistisch. Sie waren bisher die privilegierten Gesprächspartner von Politik und Kirchen. Dabei repräsentieren sie nur ganz wenige Prozent der Muslime in Deutschland. Die Mehrheit der bei uns lebenden Muslime ist aufgeklärt und will keinen Gottesstaat, sondern die Demokratie, und nur eine von vier Musliminnen trägt ein Kopftuch. Nach dem Attentat auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ im Januar 2015 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel dankenswerterweise eine Solidaritätskundgebung vor dem Brandenburger Tor organisiert. Aber mit wem stand sie da Arm in Arm? Ich konnte es kaum fassen: mit Aiman Mazyek, dem Vorsitzenden des „Zentralrates der Muslime“.

Hat nicht vor allem die Gleichgültigkeit angesichts des Antisemitismus zugenom-

men? Frau Badinter, Sie haben Ende September in der Zeitschrift L'Express einen Appell an alle Franzosen gerichtet, die Juden den Kampf gegen den Antisemitismus nicht allein bestreiten zu lassen.

Badinter Ja, das war ein Alarmschrei, der sich an alle Franzosen, aber besonders auch an die Journalisten richtete, die kaum über die jüngsten antisemitischen Vorfälle berichteten. Das führte dazu, dass die jüdischen Opfer der islamistischen Terroranschläge beinahe vergessen wurden. Der Mord an der Jüdin Sarah Halimi im Mai 2017 in Paris durch einen radikalisierten muslimischen Nachbarn wurde heruntergespielt. Auch auf meinen Appell folgte ein seltsames Stillschweigen. Keine Zeitung, kein Sender berichtete darüber. Nichts! Nur in den sozialen Medien war es Thema. Aber ein paar Wochen später häuften sich in den Medien Berichte über den wachsenden Antisemitismus in Frankreich. Den Schlüssel zu dieser eigenartigen Reaktion habe ich in einem Kommentar gefunden. Da stand: Wir müssen aufpassen, wenn die Lage für die Juden noch schlimmer bei uns wird, werden auch wir Journalisten eines Tages zur Rechenschaft gezogen.

Schwarzer Die Herausforderung liegt darin, die Probleme nicht zu leugnen. Deutschland hat eine massive Zuwanderung von jungen Männern erlebt, die aus Ländern kommen, in denen Frauen völlig rechtlos sind, die tief patriarchale Traditionen haben und außerdem seit Jahren einer radikalislamischen Propaganda ausgesetzt sind. In ihrem Gepäck bringen sie, wie es der algerische Schriftsteller Kamel Daoud so treffend gesagt hat, all dies mit zu uns. Nimmt man diese jungen Männer ernst, muss man dafür sorgen, dass sich das ändert. Ich halte es auch gegenüber diesen jungen Männern für schlicht rassistisch, die Augen zuzumachen. Da sagt man, bei euch ist das nun mal so, für euch gelten andere Gesetze. Aber das ist menschenverachtend.

In Frankreich soll es inzwischen vereinzelt Viertel geben, in denen Männer arabisch-



Demonstranten nach dem Hamas-Überfall pro Palästina in Duisburg.

muslimischer Herkunft das Straßenbild dominieren und Frauen unerwünscht sind. Stimmt das?

Badinter Ich kann das aus eigener Erfahrung bestätigen. Noch vor fünf Jahren konnte ich mich in Aubervilliers oder La Courneuve als Frau unbesorgt in ein Straßencafé setzen. Das ist vorbei. In den Cafés sitzen einfach keine Frauen mehr. Die Verschleierung der Frauen hat rapide zugenommen. Sie tragen das, was ich die Uniform der Muslimbruderschaft nenne. Das betrifft natürlich nur einige, ganz bestimmte Viertel. Aber ich beobachte, dass inzwischen schon kleine, fünf Jahre alte Mädchen mit einem Schleier verhüllt werden. Das Burka-Verbot ändert leider nichts daran.

Ist die jüdische Minderheit in Frankreich nicht auch dabei, eine Art religiöse Rückbesinnung zu erleben, sich immer stärker abzuschotten?

Badinter Es ist vor allem auf Sicherheitsbedenken zurückzuführen, wenn immer mehr Eltern ihre Kinder von öffentlichen Schulen an jüdische wechseln lassen. Aber es gibt natürlich auch ein Erstarken orthodoxer Lebensformen. Ich finde es zum Beispiel nicht normal, dass man Kinder mit der Kippa zur Schule schicken will. Nach einer Messerattacke auf

einen Juden in Marseille hat der dortige Rabbi darum gebeten, auf die Kippa im öffentlichen Raum zu verzichten. Aber der Großrabbiner Frankreichs hat ihm umgehend widersprochen. Ich bedaure das sehr. Mein Vater, der sehr gläubig war, sagte immer: Die Kippa setzt man auf, wenn man die Synagoge betritt oder wenn man zu Hause betet. Aber niemals auf der Straße!

Schwarzer Man muss sich das mal vorstellen: Wir, Elisabeth Badinter und ich, werden beide wegen unserer kritischen Position zum politisierten Islam – dessen erste Opfer übrigens Muslime sind – von einem Teil der Linken und manchen jüngeren sogenannten intersektionellen Feministinnen als islamophobe Rassistinnen diffamiert, als weiße, bürgerliche Feministinnen, die nicht das Recht hätten, andere Kulturen zu kritisieren. Ich stand am Pranger, weil ich gewagt hatte, auf den Fakt aufmerksam zu machen, dass es überwiegend Männer aus dem Maghreb waren, die in der Silvesternacht 2015 in Köln Frauen sexuell belästigt hatten. Aber wie wollen wir die Realität ändern, wenn wir sie nicht benennen dürfen? ♀

Die Fragen stellte Michaela Wiegel.
Das Gespräch erschien zuerst in der FAS.



Die Pariser Philosophin Badinter in ihrem Büro.



Die Wiener Kaiserin im Kreise ihrer Lieben.

ELISABETH BADINTER

Die Philosophin über *Mütter & Macht*

Elisabeth Badinter gehört seit Jahrzehnten zum Kreis linker Intellektueller, die in Frankreich bis heute den öffentlichen Diskurs prägen. Den Satz von Beauvoir „Man wird nicht als Frau geboren, man wird dazu gemacht“ hat sie um den Satz „Man wird nicht als Mutter geboren, man wird dazu gemacht“ erweitert. In ihrem Klassiker von 1980, „Die Mutterliebe. Geschichte eines Gefühls vom 17. Jahrhundert bis heute“, hat sie aufgezeigt, dass die Mutterliebe ebenso wie die Idee der Liebesheirat eine kulturelle Erfindung der bürgerlichen Gesellschaft und kein angeborener Instinkt sind.

Für Badinter, selber Mutter von drei Kindern, ist die Mutterliebe ein sinn- und identitätsstiftendes Kulturphänomen des gehobenen Bürgertums, um Frauen von der Erwerbstätigkeit auszuschließen und ihren Lebenssinn mental mit Haushalt und Familie zu verknüpfen. Was einen Zwang zur Perfektionierung zur Folge hatte, der bis heute andauert: Ein Optimierungszwang, der anstrebt, dass die perfekte Mutter das perfekte Kind produziert.

Vor allem in Deutschland wirkte die ideologische Überhöhung des Mutterbildes, nicht zuletzt dank der Nazis, bis heute nach. Die deutsche Frau wird als „Mutter“ definiert, während die französische Frau immer auch Ehefrau, Geliebte, Gefährtin und vor allem eigenständige Berufstätige ist. Mutterliebe als Konstrukt, als Instrument der Unterdrückung, während der Mann das „Absolute“ repräsentiert.

In jüngster Zeit hat sich die Philosophin vor allem gegen Entwicklungen gewandt, die die Errungenschaften der Frauenbewegung in Frage stellen. So sieht sie im Ökofeminismus eine gefährliche Allianz aus rechtskatholischen und fundamental ökologischen Strömungen, einer neokonservativen Gesellschaftspolitik und dem sogenannten „neuen Feminismus“, die uns in die Zeit unserer Großmütter zurückkatapultiere: „Wir sind keine von Hormonen gesteuerten Säugetiere, wie diese Naturalistenbewegung uns weismachen will.“

Ebenso wendet Badinter sich, wie sie sagt, gegen die „Radikalisierung der #MeToo-Bewe-

gung durch die Neofeministinnen“, die ihrer Meinung nach ein vereinfachtes Menschenbild pflegen, bei dem alle Männer Täter und alle Frauen Opfer seien. Damit würde auch einer wohlfeilen Denunziation Tür und Tor geöffnet. Sie beklagt alle Exzesse der Bewegung. Aber sie weist auch darauf hin, dass 70 Prozent der Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen von sexueller Belästigung bedroht sind.

„Es gibt keinen Feminismus ohne Laizität“, lautet ihr Credo. Das heißt: die Trennung von Kirche und Staat. „Gott lastet schwer auf den gesellschaftlichen Verhältnissen“, sagt sie, was sich nicht nur im Iran gerade wieder erschreckend zeige.

Badinter ist auch eine Vorreiterin im Kampf gegen den politischen Islamismus und die Kopftuch-Propaganda. Bereits 1991 analysierte sie in aller Deutlichkeit die Strategie der Islamisten, kleine Mädchen mit Kopftuch provokant in die laizistischen französischen Schulen zu schicken. (siehe EMMA 5/1991)

Bis heute ist Badinter führend in der Kritik am Islamismus und dem ignoranten Umgang der Politik mit dieser Gefahr. Der ebenfalls von Badinter offensiv thematisierte Antisemitismus in Frankreich stieg nicht zuletzt dank der Agitation der Islamisten. Badinters Vater war Jude, die Mutter Christin.

In ihren beiden letzten Büchern, „Maria Theresia. Die Macht der Frau“ (2018) und „Macht und Ohnmacht einer Mutter. Maria Theresia und ihre Kinder“ (2023), dekliniert Badinter ihre Themen weibliche Identität und Rollenmuster am Beispiel der Habsburger Kaiserin durch; deren Spagat zwischen politischer Herrschaft und Kindererziehung, der ein Beispiel für die moderne Frau sei.

Maria Theresia, die schon von Stefan Zweig als „einziger Monarch der Habsburgmonarchie“ bezeichnet wurde, habe es mit ihrer „männlichen Seele“ und ihrem machiavellistischen Instinkt nicht nur geschafft, die Staatsgeschäfte auf „bewundernswerte Weise“ zu führen, sondern auch ihre „Weiblichkeit“ grandios auszuspielen gewusst. Gleichzeitig habe sie sich in einer für die damalige Zeit ungewöhnlichen Weise intensiv um die Erziehung ihrer 16 Kinder gekümmert, von denen 13 das Erwachsenenalter erreichten. Sie entwickelte nicht nur Erziehungsrichtlinien für jedes einzelne ihrer Kinder, sondern stand auch in regem Austausch mit den jeweiligen Ayas und Ayas, den Erziehern und Erzieherinnen.

Badinter zeigt Maria Theresia in all ihren Widersprüchen und Konflikten als eine Frau, die drei verschiedene Leben geführt und drei verschiedene Rollen gespielt habe. Sie musste unglaubliche Herausforderungen bestehen, wie sie kein männlicher Herrscher kannte.

Maria Theresia war während ihrer 40-jährigen Regierungszeit allein 20 Jahre lang schwanger. Sie kümmerte sich nicht nur liebevoll um ihre große

„Ihr Wille zu herrschen wird sie erst verlassen, wenn sie nicht mehr sein wird.“ (Friedrich der Große)

Kinderschar, sondern inszenierte sie auch öffentlich, um ihr Bild von der guten Mutter zur guten Landesmutter zu erweitern. Sie ließ sich mehrfach im Kreis ihrer Kinder malen, die früh verstorbenen wurden darauf als Engel dargestellt.

Geholfen hat Maria Theresia sicherlich, dass sie an ihrer Seite einen Mann hatte, den sie sich selbst hatte aussuchen dürfen, den sie zärtlich liebte und der seine Vaterrolle ebenfalls auf für die Zeit ungewöhnlich liebevolle Weise ausfüllte. Franz Stephan, der ansonsten eher eine schwache Persönlichkeit war, war ihr eine wichtige Stütze, Freund und Berater. Es scheint auch erotisch eine ungewöhnlich intensive Beziehung gewesen zu sein, bis zu seinem unerwartet frühen Tod teilten sie das Bett, was in Herrscherkreisen völlig unüblich war. Seinen Tod hat sie nie verwunden, von da an trug sie nur noch schwarze Witwentracht.

Maria Theresias Erzfeind, der Preuße Friedrich der Große, wird mit dem Satz zitiert: „Ihr Wille zu herrschen wird sie erst verlassen, wenn sie nicht mehr sein wird“. Merkwürdigerweise predigt die Kaiserin gleichzeitig ihren Töchtern die absolute Unterwerfung unter ihre Ehemänner und verweist sie auf „weibliche“ Tugenden wie Anpassungsfähigkeit und Demut. Inwieweit also Maria Theresia zum Vorbild für die Frauen im 21. Jahrhundert taugt, sei dahingestellt. Elisabeth Badinter selber könnte da schon eher ein Vorbild sein. Ihr Leben als Ehefrau – verheiratet mit Robert Badinter, Mitterands Justizminister, der es gewagt hat, die Todesstrafe abzuschaffen – scheint bis heute ihre Rolle als Wissenschaftlerin und Autorin nicht beeinträchtigt zu haben. ♀

BARBARA VON MACHUI

WEITERLESEN

Elisabeth Badinter: **Macht und Ohnmacht einer Mutter. Kaiserin Maria Theresia und ihre Kinder.** Übersetzung: Stephanie Singh (Zsolnay).

FRANKREICH

OHNE KOPFTUCH SCHLAUER

An Schulen ist die Abaya ab sofort verboten. Linke halten das für Islamophobie – und Islamisten drohen mit Enthauptung.



Ein langer schwarzer Überwurf, dazu ein Kopftuch oder Gesichtsschleier: In vielen autoritären muslimischen Staaten der Golfregion wie Saudi-Arabien und Katar ist die Abaya ein religiöses und traditionelles Gewand für Frauen. Frauen müssen zu jeder Jahreszeit die Abaya tragen, sobald sie den öffentlichen Raum betreten. Die Verhüllung der Frau wird mit Argumenten wie „Bescheidenheit“ und „Frömmigkeit“ legitimiert. Doch im Grunde geht es darum, dass im öffentlichen Raum kein Platz für Frauen vorgesehen ist. So wollen es die Männer: Der öffentliche Raum ist ihr Herrschaftsgebiet, die Frau lediglich geduldet.

Es ist ein Frauenbild, das Islamisten weltweit durchzusetzen versuchen: Der Körper der Frau soll im öffentlichen Raum als Zumutung und Versuchung für den Mann verstanden werden und hat darum ganz verhüllt zu sein, amorph, dunkel und ohne Eigenschaften. Derartige Frauenbilder werden

auch Kippa und Kopftuch. Da die Abaya auch in diese Kategorie gehört, wurde sie kurz vor Schulanfang 2023/24 ebenfalls verboten.

Denn auch in Frankreich sind Frauen oft einem starken sozialen (männlichen) Druck ausgesetzt, sich „bescheiden“ zu kleiden. Das Verbot religiöser Symbole kann diesen Druck zumindest lindern, wie der französische Ökonom Éric Maurin kürzlich dargelegt hat. Er hat untersucht, inwiefern das Gesetz aus dem Jahr 2004, welches das ostentative Tragen religiöser Symbole in der Schule untersagt, einen Einfluss auf die Entwicklung von muslimischen Schülerinnen und Schülern hat. Sein Befund ist klar: Das Verbot von Kopftüchern hat die Leistungen muslimischer Mädchen „erheblich verbessert“ und sogar die Zahl der Mischehen erhöht.

Das Verbot von auffälligen religiösen Symbolen in der Schule ist laut Maurin ein Faktor, der soziale Ungleichheiten verringert und die soziale Durchmischung und Integration fördert. Überdies stellt er fest, dass Mädchen, die nach dem Kopftuchverbot eingeschult wurden, kaum noch die Schule abbrechen. Bei muslimischen Jungen liegt der Anteil der Schulabbrecher dagegen weiterhin massiv über dem Durchschnitt.

Dies sollte eigentlich zu einer großen Akzeptanz durch die Linke führen. Doch ein Teil der französischen Linken, namentlich „La France insoumise“ von Jean-Luc Mélenchon, zieht es mit Blick auf muslimische Wählerstimmen vor, sich dem Islamismus gegenüber nachgiebig und „solidarisch“ zu zeigen. Mélenchon selbst hat in den

DAS VERBOT VON KOPFTÜCHERN FÖRDERT INTEGRATION UND LEISTUNG DER MÄDCHEN.

im Westen direkt oder indirekt gefördert. Für Modehäuser wie Dior, Chanel oder Zara ist die sogenannte „modest fashion“ ein Millionengeschäft.

Gestützt auf ein Gesetz aus dem Jahr 2004 verbietet Frankreich an Bildungseinrichtungen das Tragen von Kleidern und Symbolen, die die religiöse Zugehörigkeit zur Schau stellen. Dazu zählen

letzten Jahren eine Kehrtwende vollzogen. Betende, so sagte er einst, hätten nichts auf der Straße verloren, die Instrumentalisierung des Frauenkörpers durch Fundamentalisten bezeichnete er als „niederträchtig“. Inzwischen gehört er zu jenen Linken, die Kritik an islamistischen Praktiken als „islamophob“ brandmarken.

Laizität ist in den Augen dieser Linken ein „überholtes Konzept“, das die angeblich strukturelle „Islamophobie“ und den Rassismus des Staates verschleiern soll. Vertreter dieser Richtung verkennen jedoch hartnäckig, dass Teenager, die provokativ mit ihrer religiösen Zugehörigkeit in der Schule spielen, sehr oft von islamistischen Organisationen oder Personen aus ihrem Umfeld instrumentalisiert werden.

So hat kürzlich in der französischen Stadt Clermont-Ferrand der Vater einer Schülerin, der das Tragen einer Abaya in der Schule untersagt wurde, dem Rektor des Gymnasiums mit Enthauptung gedroht. Natürlich weckte der Fall Erinnerungen an den Geografie- und Geschichtslehrer Samuel Paty, der 2020 von einem Islamisten auf offener Straße geköpft wurde. Er hatte seinen Schülern das Prinzip der Meinungsfreiheit erklärt und ihnen religionskritische Karikaturen gezeigt, worauf ihn Islamisten in sozialen Netzwerken der „Islamophobie“ bezichtigten. Der Vater der Schülerin wird sich Ende Oktober dafür vor Gericht verantworten müssen.

Abgesehen von den Drohungen aus lokalen islamistischen Kreisen befindet sich Frankreich seit dem Verbot der Abaya erneut im Visier islamistischer Organisationen im Ausland, die eine breit angelegte digitale Diffamierungskampagne lancierten. Auch die terroristische Organisation al-Kaida hat in der aktuellen Ausgabe ihres Magazins „Sada al-Malahim“ mit Anschlägen gedroht. Ihre Rhetorik richtet sich namentlich gegen Schweden und Dänemark, wo ein irakischer Aktivist mit Koranverbrennungen provoziert, aber auch gegen Frankreich. Laut al-Kaida geht es um Länder, die „Gott bekämpfen“.

SAÏDA KELLER-MESSAHLI

Der hier leicht gekürzte Text erschien zuerst in der NZZ.



Angehende Juristinnen demonstrieren gegen das Verbot der Abaya an Schulen.

SCHWEIZ

BURKA KOSTET

Schächtungen, Minarette, Vollverhüllung. Die Mehrheit der BürgerInnen der Schweiz sagt sehr deutlich, was sie davon hält. Nämlich gar nichts. Die sogenannte „Burka-Initiative“, die bereits 2017 als Volksinitiative eingereicht wurde, zeigt Wirkung. Wer in der Schweiz Burka trägt, wird künftig mit bis zu 1.000 € bestraft. Der Nationalrat erklärte mit überragender Mehrheit (151 zu 29): „Ja zum Verhüllungsverbot“!

Die Volksinitiative hatte sich für das Verbot auf Verfassungsebene eingesetzt. „Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Dass das auch für Frauen gelte, ist ein Gebot elementarer Gleichberechtigung“, so das Initiativkomitee. Die Vollverhüllung eines Menschen gehöre nicht in eine Demokratie.

Denn: Der Verschleierungszwang ist immer verbunden mit der Scharia, nach der Frauen rechtlose Unmündige sind und Männer das Gewaltmonopol über Frauen und Kinder haben sowie über alle „Ungläubigen“. Der Eklat dazu: „Amnesty International“ lehnte das Burka-Verbot damals ab, weil es angeblich Islamophobie befeuert und die muslimische Minderheit in der Schweiz stigmatisiere.

Doch auch ein Großteil der muslimischen Minderheit will in Freiheit in der Schweiz leben – ohne Burka, ohne Minarette, ohne Lautsprecher-Rufe vom Muezzin und ohne Kopftuch. Genau wie die Mehrheit der Muslime in Deutschland. Sie wollen ihre Ruhe vor den islamistischen Fundamentalisten – und sehen deren Vormarsch mit großer Sorge.

¡SE ACABÓ!

„Es ist Schluss!“, laut erschallt der neue Protestruf von Spaniens Frauen. Nach der Kuss-Attacke: Die Stürmerin Jenni Hermoso hat den mächtigen Fußball-Präsidenten Luis Rubiales in die Knie gezwungen – und eine Revolution in ihrem Land in Gang gesetzt.



sich diesmal auch auffallend viele Männer an, die sich zuvor kaum für Frauenrechte interessiert hatten. Sogar die Kicker des Fußballclubs FC Sevilla solidarisierten sich mit ihren Kolleginnen.

„Es ist Schluss!“ (¡Se acabó!) riefen die DemonstrantInnen und skandierten damit den landesweiten Schlachtruf, den ursprünglich

Im Leben von Jenni Hermoso ist nichts mehr so, wie es war. Seit dem 20. August, dem Tag als die Spanierinnen in Sidney den Weltmeistertitel im Frauenfußball für ihr Land holten, haben sich die Ereignisse überschlagen. Da war der Moment des Siegestaumels der Frauen, in dem Verbandschef Luis Rubiales der 33-Jährigen unaufgefordert einen Kuss auf die Lippen drückte. Es folgte die öffentliche Empörung, weit über Spaniens Landesgrenzen hinaus und schließlich Jennis Anzeige gegen den mächtigen Fußballpräsidenten, der sich drei Wochen gegen seinen Rücktritt sträubte.

Doch weder über den sportlichen Triumph noch über ihren moralischen Sieg über Rubiales kann Jenni sich richtig freuen. Es tat ihr weh, zusehen zu müssen, wie ihre Teamkolleginnen bei der Nations League die Siegesserie in Schweden und der Schweiz fortsetzen konnten und sie selbst nicht einmal mehr aufgestellt wurde, angeblich zu ihrem „persönlichen Schutz“. Dabei war Jenni ab diesem Moment erst recht ganz auf sich alleine gestellt, den vielen Solidaritätsbekundungen zum Trotz.

Um dem Medienrummel zu entfliehen und wieder einen klaren Kopf zu bekommen, kehrte die Spanierin zu ihrem Club Pachuca in Mexiko zurück. Für den kickt sie seit 2022.

In der Heimat hat die Fußball-Heldin inzwischen Strafantrag gegen Rubiales gestellt. Und auch dafür sind ihr Spaniens Feministinnen dankbar, denn ohne Jenni wäre die überfällige Debatte über den allgegenwärtigen Sexismus in allen Bereichen des Lebens nie in Gang gekommen.

Den Demonstrationen, die Spaniens Straßen nach dem Kuss-Skandal eroberten, schlossen

sechs von Jennis Kolleginnen aus dem WM-Team geprägt hatten. Mit dem Hashtag #Seacabó gelang der Anstoß zu einer machtvollen iberischen #MeToo-Bewegung.

Binnen kürzester Zeit meldeten sich Hunderte von Frauen, die den Mut fanden, nicht länger zu schweigen und den allgegenwärtigen Machismo anzuprangern. Den Anfang machten Sportlerinnen und Sportjournalistinnen. „In jeder Redaktion gab es Rubiales“, so die Journalistin Emma Herrero. Es konnte der Chef sein, Kollegen oder ein Interviewpartner.“ Auch die Verlegerin Andrea Luca kennt das Phänomen. „Es beginnt schon damit, dass gestandene Sportlerinnen von ihren Trainern wie kleine Mädchen behandelt werden.“

Längst hat die Bewegung auch auf den Kunst- und Kulturbetrieb übergreifen, wo Frauen sich die Übergriffe ebenfalls nicht länger gefallen lassen wollen. Für die Songwriterin und Sängerin Natalia Lacunza aus Pamplona ist Jenni ein Vorbild. In der Plattenindustrie hat die 24-Jährige zu spüren bekommen, wie Manager oder Produzenten ihre Machtposition gnadenlos ausnützen. „Diese Industrie wäscht Machismus rein und die Vergewaltiger, die sich hier tummeln“, sagt die junge Frau der spanischen Tageszeitung *El Mundo*.

Dass die Reaktion auf Rubiales Fehlverhalten so stark war, hat gute Gründe. Nirgendwo sonst in Europa hat die Gesellschaft in den vergangenen Jahren einen derart grundlegenden Wandel erlebt wie in Spanien. In Sachen Frauenrechten ging es in den letzten Jahren hierzulande in Riesenschritten voran. Inzwischen rangiert das Land beim Genderindex auf Platz sechs in der Europäischen Union, weit vor Deutschland.



Daniela Porcelli/Sports Press Photo/IMAGO, Jordi Boixareu/Zuma Wire/IMAGO, Alejandro Martí/Abacopress/IMAGO, Jesus Helling/Abacopress/IMAGO, Julieta Ferrario/Zuma Wire/IMAGO

Die Fußballerinnen setzten bei der WM 2023 die iberische MeToo-Bewegung in Gang – gegen den grassierenden Machismo in Spanien.

Die linke Regierungskoalition von Ministerpräsident Pedro Sánchez ermöglichte die Verabschiedung einer Reihe von progressiven Gesetzen. So können etwa junge Frauen ab 16 Jahren ohne Zustimmung der Eltern eine Abtreibung vornehmen lassen. Spezielle Zentren geben die „Pille danach“ gratis aus. Wer bei Menstruationsbeschwerden daheim bleibt, hat Anspruch auf bis zu fünf bezahlte Krankheitstage. Auch das Sexualstrafrecht wurde reformiert, fortan können sexuelle Handlungen ohne ausdrückliche Zustimmung aller Beteiligten strafrechtlich geahndet werden.

Früh erkannte man auf der Iberischen Halbinsel, dass die Gewalt gegen Frauen ein strukturelles Problem ist. „Es gibt drei Meilensteine in der spanischen Frauenbewegung“, sagt Paloma del Río, die bekannteste Sportjournalistin des Landes. Der erste war die Andalusierin Ana Orantes, deren Ehemann sie 1997 bei lebendigem Leib verbrannte. Warum? Weil sie im Fernsehen die 40 Jahre währenden Misshandlungen in ihrer Ehe geschildert hatte. Eine Woge der Empörung ging durch das Land, ab diesem Moment wurde die bis dato selbstverständliche Gewalt gegen Frauen nicht mehr still hingegenommen. 2004 verabschiedete das spanische Parlament ein Gesetz zum Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt in Beziehungen. „Das war eine soziale Revolution“, erinnert sich die Journalistin.

Der nächste Meilenstein waren die Proteste gegen das Fehlurteil gegen fünf Männer, die eine 18-Jährige im Jahr 2016 in Pamplona vergewaltigt

und ihre Taten sogar gefilmt hatten. Die Richter verurteilten die Männer für den Tatbestand des „sexuellen Missbrauchs“ und nicht der Vergewaltigung, weil sich das Opfer aus ihrer Sicht nicht ausreichend gewehrt hatte. Aber tausende Spanierinnen und Spanier gingen damals auf die Straße. Danach gab es ein neues Verfahren, die Strafen wurden verschärft.

Und der dritte und vorläufig letzte Meilenstein ist die Reaktion von Jenni auf den Kuss von Rubiales, der ihr in diesem Moment auch noch mit beiden Händen den Kopf festhielt, so dass es kein Entrinnen gab. „Das hat mir überhaupt nicht gefallen, aber was sollte ich machen?“, so Jenni. Sie tat erst einmal nichts, dafür reagierten Menschen im ganzen Land an ihrer Stelle. Der Protest wurde schnell global, sogar die Vereinten Nationen riefen dazu auf, Verhaltensweisen wie die von Rubiales nicht länger zu dulden.

Ist der Machismo in Spanien nun besiegt? Feministin Beatriz Simó Roig glaubt nicht daran. Aber: „Wichtig ist jetzt erst einmal, dass sich Männer wie Rubiales künftig nicht mehr so viele Freiheiten herausnehmen können wie bisher. Und selbst wenn sie im Herzen weiterhin Machos geblieben sind, trauen sie sich in Zukunft wohl kaum, dies laut und unbesorgt herauszuposaunen. Das ist immerhin ein Anfang.“ ♀ UTE MÜLLER

Sieg auf und neben dem Platz: die strahlende Jenni Hermoso.



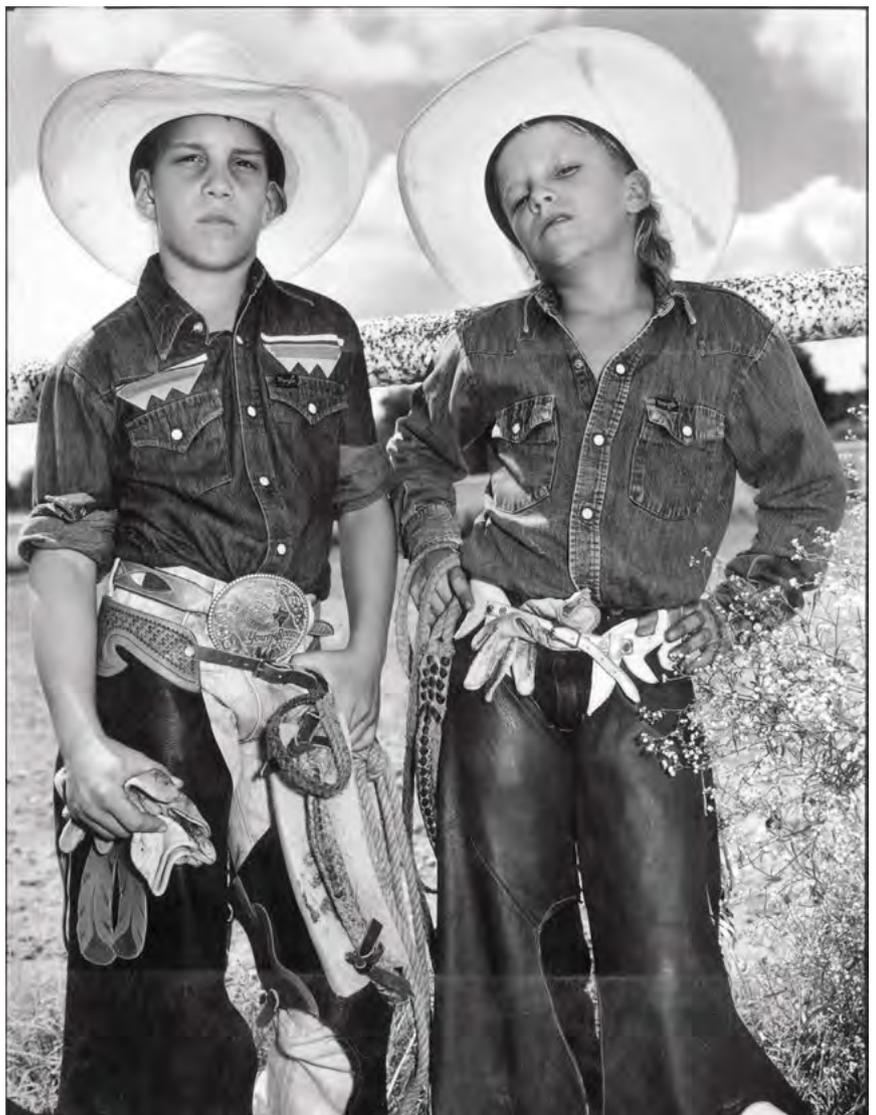
Oben: Feminist Demonstration, New York City, 1970
Unten: Tiny, Halloween, Seattle, Washington, 1983;
Mary Ellen Mark in Paris, 1970



MARY ELLEN MARK



Ich habe Anfang der Sechziger Jahre mit dem Fotografieren begonnen, während ich an der Annenberg School for Communication studierte. Von dem Tag an, als ich zum ersten Mal mit einer Kamera durch die Straßen lief, war mir klar: Das ist es, ich werde Fotografin. Diese kindliche Begeisterung empfinde ich noch heute, genau wie die Freude am Kontakt mit den Menschen. Beim Fotografieren gibt es den Widerspruch, dass die Kamera einerseits eine Verbindung zwischen Fotografierendem und Fotografiertem stiftet, andererseits aber auch eine notwendige Distanz. Manchmal habe ich es bei meiner Arbeit mit Aspekten des Lebens zu tun, die nur sehr schwer zu ertragen sind. Aber die Kamera, die zwischen mir und meinem Objekt steht, schirmt mich von der rauen Wirklichkeit ab und verschafft mir zugleich Zutritt zu Welten, die mir sonst verborgen blieben.“ Mary Ellen Mark ist eine der bedeutendsten amerikanischen Fotografinnen. **Das C/O Berlin zeigt ihre Arbeiten bis zum 18.1.24. Katalog: „Mary Ellen Mark. Encounters“ (Steidl).**

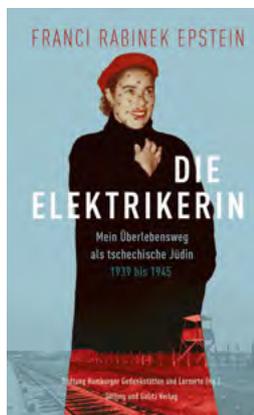


StierreiterInnen Craig Scaremardo und Cheyloh Mather, Rodeo in Texas, 1991



Vashira und Tashira Hargrove, Suffolk, New York, 1993
Links: Die Damm-Familie in ihrem Auto, Los Angeles, 1987

lesen, lesen, lesen!



DIE ÜBERLEBENDE

Tochter Helen Epstein wurde mit ihrer 1979 erschienenen Autobiografie „Die Kinder des Holocaust“ zur Stimme der zweiten und dritten Generation. Doch das Tagebuch der eigenen Mutter ließ sie ungelesen 30 Jahre lang in einer Schublade liegen. Zu schwer war offensichtlich für sie der Rückblick. Jetzt hat sie den Text der Mutter über deren Jahre von 1939 bis 1945 veröffentlicht, in Hamburg, wo Franci zwischen Auschwitz und Bergen-Belsen Zwangsarbeiterin war. Das Tagebuch ist eines der lebendigsten und erstaunlichsten Dokumente über die Zeit des Grauens. Es erzählt von einer lebenslustigen jungen Frau, deren Mutter, wie sie, Modeschöpferin in Prag war und die gerne mit ihrer Tochter nach Paris zur Ideensuche fuhr. Doch bald verengt sich Francis Lebensraum immer mehr und der Antisemitismus legt sich wie eine Bleidecke auf ihr bis dahin so buntes Leben. Franci aber bleibt selbst in Theresienstadt die Lebenstüchtige und Unerschrockene. Erst Auschwitz macht sie zur Nummer. Jetzt sind sie zu zweit:

Franci und A-4116, die Lebendige und die Untote. Die fast Unerschütterliche überlebt alles. Doch als sie 1945 zurück kommt nach Prag, ist es noch lange nicht zuende. Sie emigriert mit ihrem Mann nach Amerika. Francis Tagebuch macht auf ehrliche, lakonische, manchmal auch komische Weise das Unbegreifliche ein Stück begreiflicher. A.S.

Franci Rabinek Epstein: Die Elektrikerin. Ü: Sabine Niemann (Dölling + Galitz Verlag, 28 €)



DIE POSTKARTE

Es ist doch schon so lange her. Müssen wir wirklich immer noch darüber reden? Ja. Denn es ist allgegenwärtig im Leben der Tochter, der Enkelin, der Urenkelin. Anne Berest, geboren 1979, geht auf Spurensuche, zurück bis zu Ephraim, Emma, Noemie, Jacques. Alle vier wurden in Auschwitz ermordet – und tauchen 75 Jahre später auf mysteriöse Weise wieder auf. Auf einer Postkarte. Urenkelin Anne spürt ihnen nach. Sie taucht in den Strom einer anhaltend antisemitischen Geschichte von Russland bis Frankreich.

Lange war Anne in dem Glauben, sie habe mit all dem nichts mehr zu tun. Sie, die Intellektuelle, Linke, Pariserin (und Co-Autorin des Bestsellers „How to be a Parisian – wherever you are“). Doch irgendwann holte es sie ein. Sie bleibt in einer antisemitischen Welt die „Andere“, so wie ihre Vorfahren. Doch wer hat die Postkarte geschrieben, und was soll sie bedeuten? Anne schreibt ihre von der ersten bis zur letzten Seite passionierende Spurensuche, die in das Herz des Dunklen führt, spannend wie ein Krimi. Und augenöffnend. A.S.

Anne Berest: Die Postkarte. Ü: Amelie Thoma/Michaela Meßner (Berlin Verlag, 28 €)



MARSCHLANDE

Abelke Bleken hat vor 440 Jahren gewagt, ein selbstbestimmtes Frauenleben führen zu wollen. Bezahlt hat sie das mit ihrem Leben. Im Jahr 1583 wird sie in Ochsenwerder, in den Marschlanden nahe Hamburg, als Hexe auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Mit Beklemmung verfolgt man die sich anbahnende Jagd auf Abelke, fühlt das tiefe Miss-

trauen und den Neid, die ihr als unverheirateter, vermögiger Großbäuerin ohnehin entgegenschlagen, erlebt die Gier der Männer auf ihren Hof – und schließlich den Hexenprozess. Im zweiten Erzählstrang, der in der Gegenwart stattfindet, erzählt Kubsova von Britta, die mit ihrer Familie nach Ochsenwerder zieht. Ihre Neugier führt sie auf die Spur von Abelke Bleken, deren Geschichte sie nicht mehr loslässt. „Der gefährlichste Moment für Frauen ist oft der, wenn sie anfangen, sich zu wehren“, schreibt die Autorin. A.K.

Jarka Kubsova: Marschlande (Fischer, 24 €)



PROSAISCHE PASSIONEN

Das Buch ist eine Pracht. Und eine Fundgrube. Worum es geht? Besser als im Klappentext kann man es nicht sagen: „Diese Anthologie versammelt in noch nie da gewesenem motivischem und stilistischem Reichtum große weibliche Erzählkunst. Sandra Kegel hat moderne Kurzprosa aus aller Frauen Länder zusammengetragen – Klassikerinnen, deren Rang unbestritten ist,

stehen neben jenen, die erst noch entdeckt werden wollen. Herausgekommen ist dabei ein längst überfälliges Panorama weiblicher Schreibherrlichkeit. Obwohl Autorinnen rund um den Globus reihenweise Geschlechterklischees und Rollenbilder infrage stellen und die Grenzen des Sagbaren verschoben, drehen sich ihre Erzählungen keineswegs nur um ‚Frauenthemen‘. Hier wird – aus weiblicher Sicht – die ganze Welt verhandelt.“ 101 Kurzgeschichten aus 25 Sprachen, viele erstmals oder neu übersetzt. Ein wahres Abenteuer für die langen Winterabende.

**Sandra Kegel (Hrsg.):
Prosaische Passionen
(Manesse, 40 €)**

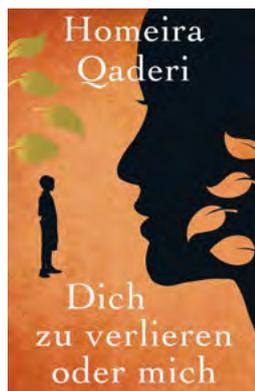


AUS DEM GENDERKÄFIG

„Die nachfolgende Lektüre wird äußerst schmerzhaft werden“, erklärt Manuela Schon gleich im ersten Satz. Ihr Buch beginnt mit der Aufzählung des „schier unendlichen Arsenal der Grausamkeiten, mit denen die Hälfte der Weltbevölkerung malträtiert wurde und wird“: von Genitalverstümmelung bis Schamlippenstraffung, von Füßebinden bis High Heels,

von Leihmutterschaft bis Abtreibungsverbot. Die Soziologin und Gründerin der Initiative „Linke für eine Welt ohne Prostitution“ mutet ihren LeserInnen das zu, weil sie zeigen will, was in Zeiten der „Geschlechtswahl per Sprechakt“ zunehmend verloren geht: Das Wissen darum, dass „sich die Unterdrückung der Frau fast immer am biologisch weiblichen Körper manifestiert“. Und wer bestreitet, dass dieser biologische Körper eine Relevanz hat, bestreitet die Grundlage der Unterdrückung von Frauen. Eine beeindruckende Materialsammlung und kluge Analyse. C.L.

**Manuela Schon:
Raus aus dem Genderkäfig!
(tredition, 24.99 €)**

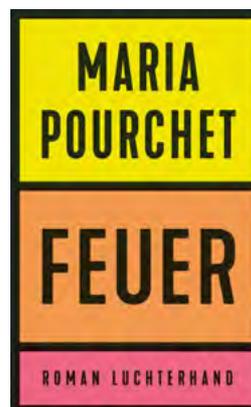


EINE WAHL IN KABUL

„Du kannst gehen, aber unser Sohn bleibt hier!“ – Das sind die Worte ihres Mannes an Homeira Quaderi. Der Scheidungsgrund: Er will eine zweite Frau heiraten. Und laut Scharia hat er auch dazu das Recht in Afghanistan. Homeira aber will keine zweite Frau neben sich. Sie ist zerrissen: zwischen der Liebe zu ihrem

19 Monate alten Sohn und ihren Rechten. Sie entscheidet sich für sich. Doch sie hört nicht auf, um ihn zu kämpfen. In ihrem Buch erzählt sie von der Zeit der Trennung und über ihre Heimat im Krieg; von der russischen Besatzungszeit und der Herrschaft der Taliban. 2021 entführt sie schließlich ihren eigenen Sohn und verlässt Kabul mit einem der letzten Flugzeuge. A.R.

Homeira Qaderi: Dich zu verlieren oder mich. Ü: Eva Kemper (Arche, 22 €)



FEUER

Es ist Liebe auf den ersten Blick. Nein, Leidenschaft auf den ersten Blick. Zumindest bei ihr. Bei ihm weiß man nicht so recht. Laure ist eine frustrierte Literaturprofessorin an der Sorbonne, verheiratet und Mutter zweier Töchter. Ihre älteste Tochter ist eine militante Feministin, worum die Mutter sie beneidet. Clement ist ein resignierter Spitzenbanker, der abends mit seinem Hund spricht. Laure sieht in ihm die Verkörperung ihrer Begierde, von einer Sekunde zur anderen. Und er? Ihre amour fou, verrückte Liebe, endet erwartungsgemäß im Drama, doch auf sehr

unterschiedliche Weise für die eine und den anderen. – Die Autorin erzählt die rasende Geschichte in einem rasenden Tempo und lässt abwechselnd sie bzw. ihn zur Sprache kommen. Maria Pourchet, 43, ist bekennende Feministin und hat erstmals von sich reden gemacht mit „Toutes les femmes sauf une“. Ein Roman gegen Kitsch und Projektionen und für die Wahrheit. A.S.
Maria Pourchet: Feuer. Ü: Claudia Marquardt (Luchterhand, 24 €)

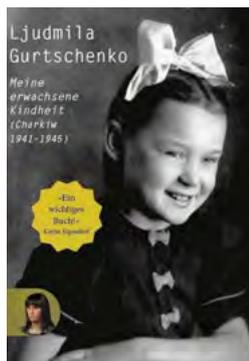


EMPUSION

Männer und Frauen, Natur und Mystik – das ist der Stoff, aus dem Olga Tokarczuk ihre unglaublichen Geschichten webt. Und immer gibt es Tote. Diesmal geht es um ein real existierendes Sanatorium in Schlesien, heute Polen. Der lungenkranke Mieczyslaw Wojnicz, Student der Wasserwissenschaft aus Lemberg, gerät in eine Pension mit Old-Boys, die ihre Abende mit sexistischen Sprüchen verbringen. Er schweigt. Gleich am ersten Tag gibt es die erste Tote: Die Frau des Pensionswirts hat sich erhängt. Und stetig hängt eine Drohung über dem von dichten Wäldern

lesen, lesen, lesen!

umgebenen Tal. Jahr für Jahr verschwindet ein Mann in den Bergen und kehrt nicht wieder. Wer mordet da? Ist es Rache? Der Student aus Lemberg entgeht knapp. Aus gutem Grund, wie sich am überraschenden Ende herausstellen wird. – 2019 hat die so unbequeme, doch hochrenommierte, 1969 geborene, wuchtige Erzählerin den Literaturnobelpreis bekommen, selbst ihre Heimat Polen überhäuft sie mit Preisen. A.S.
Olga Tokarczuk: Empusion.
Ü: Lothar Quinkenstein/ Lisa Palmes (Kampa, 26 €)



MEINE KINDHEIT

Die berühmte sowjetische Schauspielerin Ljudmila Gurttschenko (1935 – 2011) beschreibt in ihren Kindheits-erinnerungen die deutsche Besatzung in Charkiw (1941 – 1943): „Damals war ich sechs. Ich hatte zu weinen verlernt.“ Der Vater ist an der Front. Ljussja und ihre Mutter schaffen es nicht, evakuiert zu werden. Sie bleiben in der von den Deutschen besetzten Stadt. Während des Winters sperren die Truppen der Wehrmacht die Zufahrten nach Charkiw ab, und in der Stadt bricht eine Hungersnot aus. Ljussja sieht die Hinrich-

tung von Partisanen und leidet unter Hunger, Durst, Kälte. Der Vergasungswagen fährt durch die Stadt. Die Frauen und Kinder versuchen zu überleben; die kleine Ljussja stiehlt auf dem Markt und tritt als Sängerin (auch vor den Deutschen) auf. „Meine erwachsene Kindheit“ (im Original 1982) erscheint erstmals auf Deutsch. D.B.

Ljudmila Gurttschenko: Meine erwachsene Kindheit.
Ü: Doreen Blask (Verlag Angelika Gontadse, 19.90 €)



TAFELN BEI TAFELN

Sie werden „KundInnen“ genannt und bekommen Essen, das sonst auf dem Müll landen würde. Immer mehr Menschen, auch aus der Mittelschicht, darunter mehr Frauen, sind auf Lebensmittelspenden, auf die Tafeln angewiesen. Eine von ihnen ist Alexandra Zipperer. Durch Krankheit war die Kunsthistorikerin in die Armut gerutscht. In „Tafeln wie Gott in Deutschland“ beschreibt sie den Alltag in der Berliner Tafel. Und sie stellt Forderungen an den Staat, den „Wirtschaftskrieg“ gegen die eigene Bevölkerung zu beenden. A.R.

Alexandra Zipperer: Tafeln wie Gott in Deutschland (Edition Schaumberg, 12 €)



PICK ME GIRLS

Die Autorin pfeift über 208 Seiten laut im Wald. Alles so verwirrend hier. Hofft sie, aus dem Dickicht irgendwann rauszufinden? Der schlanker gehungerte Teenager kennt immer noch die Scham und den Selbsthass des dicken kleinen Mädchens. Und die verzweifelte Hoffnung, begehrt zu werden. Kein Zweifel: Darin werden sich viele junge Frauen wiedererkennen, nicht nur die aus dem popkulturellen Großstadtmilieu. Der Einleitung der 29-jährigen Autorin für diese jungen Frauen folgt eine „Alternative Einleitung für Männer“. In der Hoffnung, dass Männer sie lesen. Sie werden es nicht tun. Und wenn, werden sie es nicht verstehen. Denn ihre Welt ist die Welt. Sophies Welt aber spielt sich innerhalb der eigenen Haut ab. Alles, was darüber hinaus geht, spielt keine Rolle. Frauen, das „immanente Geschlecht“ (Beauvoir). Es ist eine Welt, in der heranwachsende Frauen nicht wissen, wer sie sind und wohin die Reise geht. Eine Welt, in der sie sich 24/7 nur eines wünschen: begehrt zu werden. Eine Welt, in der sie sich heldinnenhaft dazu bekennen, zu shoppen

und zu botoxen. „Dieses Buch“, schreibt Sophie Passmann „handelt im Grunde von nichts anderem als der Autoaggression, mit der Frauen sich selbst in ihrer Weiblichkeit abwerten“. Stimmt. Wobei noch nicht klar ist, was „Weiblichkeit“ eigentlich sein soll. Und leider schaffen da auch die 208 Seiten Selbstbetrachtungen der Autorin keine Klarheit, sondern sie irrt selbstgerecht weiter im Dickicht. A.S.

Sophie Passmann: Pick Me Girls (Kiepenheuer & Witsch, 22 €)



RECHT AUF ZUKUNFT

Als Roda Verheyen 2015 den Energiekonzern RWE im Auftrag eines peruanischen Bauern in Deutschland verklagt, halten sie alle für verrückt. Ein Gletscher war geschmolzen und das Haus des Bauern drohte wegzuschwimmen – eine offensichtliche Folge des Klimawandels. Daran haben Unternehmen wie RWE, die Kohlekraftwerke betreiben, einen Anteil. Als das Oberlandesgericht Hamm die Klage der deutschen Anwältin annimmt, ist nicht nur RWE sprachlos. Die ehrenamtliche

NRW-Verfassungsrichterin will, dass Unternehmen zu mehr Verantwortung für den Klimaschutz gezwungen werden. Damit schreibt sie Rechtsgeschichte. Verheyen vertritt in Deutschland und weltweit Menschen vor Gericht, die unter der rapiden Klimaveränderung leiden. Ihr Buch ist ein Plädoyer dafür, Machtlosen Recht zu verschaffen. A.R.

Roda Verheyen: Wir alle haben ein Recht auf Zukunft (dtv, 24 €)

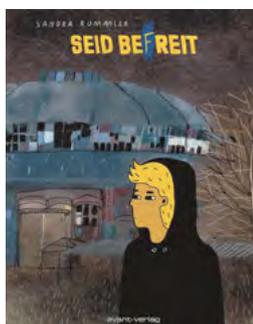


MOOS & MILBEN

Dass wir heute so genau wissen, wie die Kontinente einmal zusammengehangen haben, haben wir einer Frau zu verdanken: der dänischen Biologin und Zoologin Marie Hammer. Ihr Beweis: Moosmilben. Für ihre Moosmilbenforschung reiste Marie Hammer (1907 – 2002) auf alle Kontinente. Sie war in Grönland, am Amazonas, in der russischen Tundra, im Dschungel von Südamerika – schließlich brauchte sie aus allen Teilen der Welt Bodenproben. Ihre Erkenntnis: Sie alle haben den gleichen Ursprung. Der Beweis für ihre These des

Urkontinents Pangaea wurde ihr Lebenswerk. Die Filmmacherin Eva Tind hat die Geschichte der Forscherin und Mutter von vier Kindern ausgegraben und ihr ein Denkmal gesetzt. A.R.

Eva Tind: Die Frau, die die Welt zusammenfügte. Ü: Ursel Allenstein (Rowohlt, 25 €)



SEID BE(F)REIT!

Als die Mauer fiel, war Sandra Rummler 13, genau wie ihre Protagonistin Mo. Wie Mo ist sie in Ostberlin aufgewachsen, direkt an der Mauer. Und wie Mo erlebt sie den Zusammenbruch der DDR nicht nur als Befreiung: Der ehemalige Sehnsuchtsort, der glitzernde Westen, stürzt ihre Eltern in die Arbeitslosigkeit und lässt die „eigene Musik, die eigenen Filme, die eigenen Bücher, die eigenen Rezepte, die eigenen Gerüche“ verschwinden. An der neuen Schule in Westberlin werden die neuen MitschülerInnen als „Udos“ beschimpft: „unsere doofen Osis“. „Viele haben angefangen, sich für ihre Herkunft zu schämen und sich klein zu fühlen“, sagt Sandra Rummler. Die Pädagogin und (Graffiti) Künstlerin entschloss sich, ihre erste Graphic Novel zu

machen. „Seid bereit!“ war die Losung der Jungpioniere. Rummler: „Wenn man versucht hat, über die Verluste zu sprechen, hieß es von Leuten aus dem Westen oft: Jetzt seid doch froh, dass ihr endlich befreit seid!“ C.L.
Sandra Rummler: Seid be(f)reit (avant, 29 €)



WOKE

Die eine ist albanischer Herkunft, hat die deutsche Sektion der Femen gegründet und mit nacktem Oberkörper gegen Prostitution und islamischen Fundamentalismus protestiert. Der andere ist ein „alter weißer Mann“, Journalist und hat mit seinem Buch „Inside AfD“ einen Einblick in Deutschlands derzeit zweitstärkste Partei geworfen. Beide gemeinsam warnen nun vor einer Bewegung, die den Rechtsruck in Deutschland weiter stärken: Die sogenannten „Woken“, sprich: Erleuchteten, die politisch Andersdenkende „mit moralischem Druck, Hass und Drohungen einschüchtern“. Zana Ramadani und Peter Köpf analysieren anhand zahlreicher, teilweise surreal anmutender Beispiele, wie die meist selbst

aus privilegiertem Hause stammenden Wokisten überall an Einfluss gewinnen: in Wissenschaft und Wirtschaft, in Kultur und Medien – und natürlich in den Parteien. Und die AutorInnen warnen: Wenn all diese Institutionen sich dem Diktat dieser sehr kleinen, aber sehr lauten Minderheit beugen, werden die meisten Menschen sich an diejenigen wenden, die es nicht tun. „Wokeness ist toxisch für die Demokratie und ein Segen für die Rechtsextremen.“ C.L.

Zana Ramadani/Peter Köpf: Woke (Quadrigo, 22 €)



MAMA WAR UNSICHTBAR

Hennies Mama ist krank, sie hat Krebs. Hennie sieht, wie das Krabbenmonster ihre Mutter verschlingen will. Doch Hennies Mama gibt nicht auf, irgendwann geht Hennie mit zur Chemo und sie besiegen gemeinsam die Monsterkrabbe. Hennie teilt das Schicksal von tausenden Kindern, deren Mütter an Brustkrebs erkranken. Jede siebte Frau ist betroffen. Dieses Buch erklärt Kindern, was mit ihren Müttern passiert, wenn die keine Worte dafür finden. A.R.

Julia Rosenkranz: Als Mama einmal unsichtbar war (Klett Kinderbuch, 16 €)



Ester Blenda Nordström (1891 bis 1948) als junge Frau.

DIE ECHE PIPPI

Wie ist Astrid Lindgren nur auf ihre Pippi Langstrumpf gekommen? Sie hatte eine Blaupause: Ester Blenda Nordström, Schwedens erste Investigativjournalistin – und ein echtes Teufelsweib.

Was hat Astrid Lindgren mit Pippi Langstrumpf da nur angerichtet? Dieses starke, wilde und furchtlose Mädchen, das nicht nur die halbe Welt für sich fordert, sondern gleich die ganze. Ein weltweites Role Model, eine Ikone für alle Mädchen, die mehr vom Leben wollen als das, was das Patriarchat ihnen bietet. Wie aber ist Lindgren nur auf diese Pippi gekommen?

Tja, die reine Fantasie war es wohl nicht (nur). Es war ein echtes starkes, wildes und furchtloses Mädchen, das ganz Schweden eroberte: Ester Blenda Nordström (1891 bis 1948).

Sie war ein Wildfang, trug ausschließlich Hosen, rauchte später Pfeife, fuhr Motorrad, liebte Frauen und wurde Schwedens erste investigative Journalistin.

Von 1911 bis 1917 arbeitete Ester beim *Svenska Dagbladet*, danach wurde sie eine gefeierte Schriftstellerin. Ihr Thema waren die Frauen.

1914 gab sie sich als Magd aus, um über die sklavenähnlichen Verhältnisse zu schreiben, unter denen Mägde auf Bauernhöfen rackerten. Ihre Zeitungsserie darüber und ihr Buch „Magd unter Mägden“ machten sie schlagartig bekannt.

Später lebte Ester ein halbes Jahr als Nomadenlehrerin in einer samischen Gemeinschaft in Nordschweden, fuhr mit dem Hundeschlitten und lebte im Zelt. Unter AuswandererInnen fuhr sie per Schiff in der dritten Klasse nach New York, arbeitete dort als Küchenhilfe und schrieb die Realität über den „American Dream“.

Ihre aufregenden Investigativ-Reportagen katapultierten Ester in die Stockholmer Promiszene der 1920er Jahre. Dort freundete sie sich mit Elin Wägner an, der damals berühmtesten Frauenrechtlerin Schwedens, und dort traf sie auch auf die Adelstochter Carin Frisell.

Carin wurde die Liebe ihres Lebens – zu einer Zeit, als das in Schweden noch strafbar war und als Krankheit galt. Die Familie Frisell akzeptierte die Beziehung, allerdings mit der Auflage, nichts an die Öffentlichkeit dringen zu lassen.

Mit Carin trampelte Ester durch die USA und lebte einige Monate im kaiserlichen Japan. Doch in der Heimat passte das Versteckspiel nicht zu Ester. Sie begann zu trinken, studierte eine Zeit lang Landwirtschaft – als einzige Frau unter 112 Männern. Und sie begann, Kinderbücher zu schreiben. Eine ihrer Protagonistinnen: Ann-Mari. Ein wildes,

WEITERLESEN

Fatima Bremmer:
Life in Every Breath.

Ester Blenda:
Reporter, Adventurer, Pioneer
(*Amazon Crossing*)



Rollen ihrer Reportagen: Als Lehrerin bei den Samen (v. li.), als Auswandererin in den USA und als Magd auf dem Bauernhof.

furchtloses Mädchen, das nicht heiraten, sondern Abenteuer und Freiheit will. Lindgren muss die Bücher gekannt haben, zu viele Analogien finden sich in den Geschichten.

Als Ester im Oktober 1948 mit nur 57 Jahren stirbt, vernichtet Carin alle Hinweise auf ihre

Beziehung, Ester Blenda Nordström gerät in Vergessenheit.

Bis 2013. Da beginnt Fatima Bremmer, Nachrichtenchefin im Kulturreport beim *Svenska Dagbladet*, nach ihr zu graben. Vier Jahre lang. Sie ist fasziniert von Esters rasantem Leben und der verbotenen Liebe zu Carin. „Ett jävla Solsken“, auf Deutsch „Ein verdammter Sonnenschein“, nennt sie die Biografie, die 2017 erscheint. Über 200.000 Mal wird das Buch verkauft, 2022 ins Englische übersetzt. Esters Biografie wird zum Theaterstück, zu einer Ausstellung und ist aktuell auch als Doku „Ester Blenda“ zu sehen.

Und plötzlich sind auch Ester Blenda Nordström und all ihre Bücher – über das Leben als Magd, als Lehrerin bei den Samen, als Auswandererin in den USA, als Forscherin in Kamtschatka oder als Motorradfahrerin in Schweden – wieder da. Selbst ihre Kinderbücher sind wieder erhältlich, die mit den wilden, freien Mädchen, die mehr vom Leben wollen. ♀ **ANNIKA ROSS**

Carin Frisell (re.) war die Liebe ihres Lebens – für 22 Jahre.



FILM

Dokumentation „Ester Blenda“ von Anna Hylander (vimeo.com/ondemand/esterblenda)





PESCHEL- GUTZEIT DER WOLF IM SCHAFSPELZ

Lore Maria Peschel-Gutzeit, der „Wolf im Schafspelz“ (Eigendefinition), ist tot. Alice Schwarzer erinnert sich, was sie alles zusammen angezettelt haben, von der *Stern*-Klage bis zum PorNO-Gesetzesentwurf.

Ich bin ein Wolf im Schafspelz.“ Das hat sie einmal von sich selber gesagt. Treffender hätte sie es nicht beschreiben können. Die 1932 geborene Juristin Lore Maria Peschel-Gutzeit war mit ihrem Faible für klassische Kostüme und Schleifenblusen äußerlich eine hanseatische Lady, innerlich aber eine echte Radikale: gerecht, aufrichtig, unerschrocken. Jetzt ist die Anwältin, Richterin und Justizsenatorin im Alter von 90 Jahren in Berlin gestorben.

Sie hat nicht auf die Frauenbewegung gewartet, um loszulegen. Schon als Richterin in Hamburg initiierte die nach ihrer frühen Scheidung allein-erziehende Mutter von drei Kindern 1968 die „Lex Peschel“, ein Gesetz, das es Beamtinnen und Richterinnen mit Kindern möglich machte, teilzeit zu arbeiten und in Familienzeit zu gehen. „Ich selber

habe das Gesetz natürlich nie in Anspruch genommen.“

1978 setzt Peschel-Gutzeit sich im Rahmen der Reform des Kindschaftsrechts dafür ein, dass die Prügelstrafe verboten wird. Da schlugen die Wellen hoch. „Wir hätten beinahe selber Prügel gekriegt“, erinnert sich ihre juristische Weggefährtin, die Anwältin Gisela Wild. Die beiden erreichten nicht alles in Sachen Kinderrechte, aber: Das Recht auf Prügelstrafe für Kinder wurde abgeschafft. Das war eine kleine Revolution.

Die Frauenbewegung kam Lore Maria da gerade recht. 1978 tauchte sie mit Gisela Wild in der EMMA-Redaktion in Köln auf. Die beiden formulierten mit mir zusammen die legendäre Klage gegen den *Stern* wg. sexistischer Titelbilder. Natürlich war es der damaligen Richterin klar,

dass wir diese Klage gar nicht gewinnen konnten – denn es gab ja kein Gesetz, das sexistische Bilder unter Strafe stellte. Wir konnten den Prozess also nur moralisch gewinnen – was wir dann auch getan haben. Die Nation stand Kopf und es wurde monatelang über den „Stern-Prozess“ debattiert. Zuguterletzt erklärte der Richter, Manfred Engel-schall, das Anliegen der Klägerinnen für berechtigt und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass es „in 20, 30 Jahren“ ein Gesetz gäbe, auf dessen Grundlage die Herstellung, der Handel und der Konsum solcher herabwürdigenden Bilder und Texte von Frauen verboten werden könnten – ganz wie rassistische oder antisemitische Bilder. Es gibt das Gesetz bis heute nicht.

Der *Stern*-Prozess schmiedete uns nur scheinbar so Unterschiedlichen zusammen und es gab in den darauffolgenden Jahren so manchen Austausch zur Einschätzung juristischer Entwicklungen, speziell in Bezug auf die Lage der Frauen. Die Familienrechtlerin ging derweil mit großen Schritten voran: 1977 – 1983 Vorsitzende des Juristinnenbundes, 1984 – 1991 der erste weibliche Vorsitzende des Hanseatischen Oberlandesgerichts, 1991-1993 Justizsenatorin in Hamburg, 1994 – 1997 Justizsenatorin in Berlin und – bis wenige Wochen vor ihrem Tod – engagierte Anwältin in ihrer Kanzlei am Kudamm.

Es war nur logisch für sie und mich, dass wir nach dem *Stern*-Prozess nicht resignierten, sondern weitermachten. Im Rahmen von EMMAs PorNO-Kampagne erarbeiteten wir zusammen in ihrer Hamburger Wohnung einen Gesetzesentwurf, der Pornografie in Text und Bild definierte als „die Verknüpfung sexueller Lust mit Lust an Erniedrigung und Gewalt“.

Immerhin schaffte es der bis heute gültige Entwurf noch bis zu einem von der SPD initiierten Hearing in Bonn, aber dann versandete er. Nicht zuletzt dank einiger Krikerinnen, die anbietend erklärten, dass das, was Alice Schwarzer sich da ausgedacht hat, „juristisch laienhaft und männerfeindlich“ sei. Die Autorenschaft der Hamburger Richterin war natürlich damals geheim. Wir haben uns erst viel später entschlossen, es rückwirkend öffentlich zu machen.

Den Frauen gab Lore Maria in einem Porträt in EMMA 1992 mit auf den Weg, sie sollten „Zurückweisungen nicht immer so persönlich nehmen. Und sie müssen begreifen, dass es nicht damit getan ist, dass sie ihre Arbeit ordentlich machen.“

In ihrer 2012 veröffentlichten Autobiografie „Selbstverständlich gleichberechtigt – eine autobiografische Zeitgeschichte“ verriet die Tochter einer hochpolitisierten Mutter, dass sie früher eigentlich gerne Sängerin geworden wäre, und dass sie mit Freundinnen regelmäßig Ralley gefahren ist. Wer jemals auf dem Beifahrersitz der rasanten Autofahrerin gezittert hat, war von Letzterem nicht überrascht. Und ihre Stimme hat die Frau mit der Perlenkette, der Disziplin, dem messerscharfen Verstand und dem großen Herzen auch als Juristin unüberhörbar ertönen lassen.

Ich bin traurig. Traurig, dass sie nicht mehr zu hören sein wird – auch wenn ihr so gerechtes juristisches Erbe bleibt. ♀ ALICE SCHWARZER

WEITERLESEN

Lore Maria Peschel-Gutzeit: Selbstverständlich gleichberechtigt. Eine autobiografische Zeitgeschichte (Hoffmann und Campe).

Lore Maria Gutzeit im Dezember 1958 mit ihrem ersten Ehemann und 1991 als Justizsenatorin in Hamburg.



REISEN

Burgberg im Allgäu: ruhig und idyllisch gelegene Ferienwohnung (60 m²) mit Südterrasse am Gartenteich, in von Frauen bewohntem Haus, nahe Oberstdorf. Großes Wohn-/Schlafzimmer und Duschbad. www.fewo-libelle-burgberg.de

Hamburg. Frauenhotel Hanseatin! Sehr gute Lage! Günstig! Individuelle, sehr gepflegte Zimmer. Viele Bio-Produkte zum Frühstück im wunderschönen Frühstückscafé. Weitere Informationen und aktuelle Angebote unter www.frauenhotel.de

Ein Katzensprung zum Meer Nur für Frauen – Ferienappartementanlage mit Sauna mitten im Ostseebad Ahrenshoop. **Haus Emma** ein Frauenort mit Pfiff. T 038220/159094, www.haus-emma.de

Frauenwanderreisen mit Bergwanderführerin – Hüttenwandern in den französischen Alpen, Österreich, Schweiz, Italien, England, Wanderwochenenden im Elbsandstein, Zittauer, Harz, Pfalz, Schneeschuhwoche im Riesengebirge, www.marmotte-wanderreisen.de, T 030/6730 8273

Cassiopeia Kreta – Frauenferienhaus Tagsüber auf unseren Terrassen den Blick auf das unendliche, in allen Blautönen schimmernde Meer genießen ... und nachts die Leichtigkeit und Energie eines Frauenortes spüren mit bezauberndem Sternenhimmel für eure Träume und Sternschnuppen für eure Wünsche. T 00 30/6945 1409 62 www.frauenferienhaus-kreta.de

500 FASTEN-WANDERUNGEN Deutschland-/Europaweit. Auch Intervall- Basen- und Fruchtfasten. Woche ab 350 €. Tägl. 10 – 20 km. Fastenwander-Buch 15 €. T 0631/47472, www.fastenzentrale.de

Ihre Atempause an der Ostsee!



Haus am Meer
Hotel für Frauen

- Villa unmittelbar am Meer •
- Direkt am Feenwald gelegen •
- Mit idylischem Garten •
- Sechs komfortable Zimmer •
- Fünf separate Bungalows •
- Hoteleigene Yacht •

Telefon: +49 38203 7357-0
www.HausamMeer-Nienhagen.de

Fast 40 Jahre! FRAUEN UNTERWEGS – FRAUEN REISEN! Von Andalusien bis Zypern, von Wellness bis Wandern: Städtereisen, Rad-, Wander- & Kanutouren, Segeln, Bade- & Bildungsurlaub, Gesundheit, Yoga & u.v.m.! Alle Reisen unter www.frauenunterwegs.de, Potsdamer Str. 139, 10783 Berlin, T 030/215 10 22

SCHÖNER WOHNEN

DRINGEND! Wohnungssuche: Berlin (Neukölln/Kreuzberg) S (33, Ingenieurin) & T (32, Künstlerin), zuverlässiges lesbisches Paar, sucht Wohnung: mind. 2 Zimmer, Küche, Balkon. Max. 1.400 € warm. T 01732526172

Mit-Bewohnerin, 50+ J., für drei Zimmer von 70 m² und zwei Balkons bei 150 m² Wohnfläche in HH-Eppendorf gesucht. Jugendstilaltbau, Fahrstuhl, zentrale Lage am Park. € 1.150 warm: T 040/479207

Fachwerkhaus auf Frauenhof in Nettersheim frei: 85 m², 4 Zi, Wohnküche, gr. Bad, Gartenmitbenutzung. Miete 600 € pausch. plus Gas und Strom. T 0171 8994732

Biete für solvente, niveauevolle Mitbewohnerin (ca. 40–60 J), gern Berufspendlerin, im EFH 1. OG Süd-Osten v. Berlin, 80 qm, 3 zus.häng. abgeschl. helle Zi, EBK, DuBad, gr. Balk., Garten-Waldblick, Parkett, Erstbezug: kompl. neu saniert. 12 min z. S-Bahn, 3 min z. Bus, Kontakt: habitat_tiergarten@gmx.de

STELLENANGEBOT

Zum Aufbau und zur Leitung einer kleinen privaten WG im ländlichen Raum (NRW: Oberberg) von jungen Menschen mit Behinderung (FASD) wird eine Fachkraft in Vollzeit gesucht. Wohnung kann gestellt werden. Chiffre 8188

DIES & DAS

Suche nette und bewegungsfreudige Frauen für gelegentliche Fahrradtouren oder Tageswanderungen im Raum Erfurt/Weimar/Jena. Bin 53, NR und lebe in EF. Chiffre 8189

SOS! Jetzt oder nie. Überlebenskünstlerin, naturverbundene, friedliche, kreative Rentnerin, 66 J., Existenzminimum (Flaschen-sammlerin), kein Internet, sucht ehrliche Sponsorinnen, Freundinnen, Spenden für meinen künstlerischen, schöpferischen Prozess (Malerei, Gestaltung). Ferner suche ich eine Oase/Auszeit in Frauenprojekt, gerne auch für immer. Biete Mithilfe in Haus/Garten u. bei Betreuung für 2 Std./täglich. Chiffre 8190

FRAU SUCHT FRAU

Zusammen wachsen. Lesbe, 52, sucht sensible lesb. Partnerin (42–62 J.) für dauerhafte Bindung in Bielefeld/Umgebung. Schön wäre, wenn du auch gern Rad fährst und Wert auf offene Kommunikation legst. Chiffre 8191

Gibt es dich irgendwo in Norddeutschland? Ich suche eine Partnerin (60+), lebensfreudig, heiter, neugierig und offen wie ich; mit Lust auf Kultur, Wandern, Kochen, zusammen entspannen und auch das miteinander teilen, was nicht so leicht ist – das wäre sehr schön. Ich freue mich auf eine Nachricht von dir. E-Mail: 28samoin39@gmx.de oder Chiffre 8192

Du definierst Dich nicht über Beruf, Alter, Trink- und Essvorlieben etc.? Dann suche ich genau Dich (+/-69, PLZ 2 + überall). Freue mich, Dich kennenzulernen. (Antw. bitte nur mit Angabe der Tel.-Nr.). Chiffre 8193

Möchte mir Dir (Frau zw. 50–68 J.) leben, lieben, lachen, tanzen, entdecken, staunen, finden ... Kommst Du mit ins Land der Abenteuer? Chiffre 8194

Wanted! Welche Frau möchte auch mit 71 noch die ganze Welt und auch mich leidenschaftlich umarmen? Interesse und Neugier an Kultur sowie die Liebe zur Natur sind willkommen. Wohne in Ostholstein – Nähe Lübeck. Chiffre 8195

FREUNDSCHAFT

Ich, 60 J. wbl., wünsche mir Freund/in/nen, die ebenfalls im Kindesalter sex. Missbrauch erlebt haben, zum Teilen unserer heutigen Alltagssorgen und Probleme, welche oft gerne miss- oder gar nicht verstanden werden vom Umfeld. Manchmal würde es, glaube ich, einfach reichen, mal eine Mail an jemanden schreiben zu können, der einen versteht – und weil es gut tut zu wissen, dass man nicht alleine ist mit all diesen Belastungen. E-Mail: sigels.sophie@gmail.com

Emma-Leserinnen in Südtirol (Raum Meran/Bozen und Einzugsgebiet) gesucht, für Austausch, Geselligkeit mit geistreichen Themen, Freundschaft. Kontakt: frijoh59@gmail.com

Kontakt verlag@emma.de,
T 0221/60 60 60-11,
www.emma.de/anzeigen

Anzeigenschluss
24.11.2023

Nächste EMMA
19.12.2023

Nordseeurlaub nur für Frauen

www.frauenpension-bertingen.de
+49 04862 217 9599 | koog@frauenpension-bertingen.de

DIE BARKE
Bestattung & Begleitung
in Frauenhänden

Wir sind Bestatterinnen und 'Seelen-Hebammen'. Liebevolle Begleitung ist unser Herzensanliegen überall in Deutschland seit 1999!

Ajana Holz & BARKE-Team
Tel 0700 -361 797 33 (12c/min)
Büro 07903 - 943 99 19
www.die-barke.de · info@die-barke.de

Vom Leben getragen
Für eine lebendige Bestattungskultur

NEU

Das Buch von
BARKE-Gründerin Ajana Holz
jetzt bei
mabuse-verlag.de

Werfen wie ein Junge

Wie schafft Richard von Weizsäcker es nur, all diese Urkunden zu unterschreiben? Diese Frage haben ich und meine KlassenkameradInnen uns in den 90ern jedes Jahr aufs Neue gestellt. Immer dann, wenn die Bundesjugendspiele stattfanden und seine Unterschrift in schwarzer Tinte unter unseren „Ehren“-„Sieger“- oder eben „Teilnehmer-Urkunden“ prangte.

Ich mochte die Bundesjugendspiele. Speerwerfen, Kugelstoßen, Weitsprung, 100-Meter-Lauf – das hatte sowas von „Asterix bei den Olympischen Spielen“. Außerdem konnte ich werfen „wie ein Junge“ und habe als Mädchen sehr viel mehr Punkte dafür kassiert als ein Junge ...

Unvergessen: unsere Kunstlehrerin Frau Spiewack, die für das Messen der Weite beim Kugelstoßen zuständig war und den Tag nutzte, um ausgiebig Kette zu rauchen. Meistens hat sie die Zigarette beim Ansagen der Zeiten nicht mal aus dem Mund genommen und Rauchzeichen gegeben. Was mitunter zu einigen Verfälschungen führte. Ach ja, die 90er.

Ab diesem Schuljahr wird es an deutschen Grundschulen keine klassischen Bundesjugendspiele mehr geben. Auslöser war ein Post einer Mutter aus Konstanz, die schrieb: „Mein heulender Sohn kommt mit ‚Teilnehmerurkunde‘ von den Bundesjugendspielen heim. Erwäge Petition zur Abschaffung selbiger.“ Tja, sie hat ernst gemacht – und Tausende haben unterzeichnet.

Die Ankündigung löste eine Bewegung aus, die zwar nicht zur Abschaffung der Spiele geführt hat, aber zu einer Reform in den Grundschulklassen, die nun greift. Grob gesagt verlieren Stoppuhr und Maßband an Bedeutung, der Wettkampf heißt nun Wettbewerb und soll „viel spielerischer“ sein. Sportlich schwächere Kinder sollen sich nicht „bewertet“ oder gar „abgewertet“ fühlen.

Das ist nicht ganz ohne Ironie für eine Generation, die den Facebook-Rauf-Runter-Daumen quasi mit der Muttermilch aufgesogen hat und aus



ANNIKA ROSS hat eine sechsjährige Tochter und einen neunjährigen Sohn – und hat was gegen weichgespülte Bundesjugendspiele.

Bewertungen auf Insta und TikTok den eigenen Status ableitet. Ihr Leben ist permanent im Wettkampf- und Bewertungsmodus – und zwar in einem weitaus bedenklicheren als bei den Bundesjugendspielen. Auch in den Ballerspielen an der Konsole und in den Castingshows, die das Bewertet-Werden schon fürs Kinderzimmer salonfähig gemacht haben. Stimme, Aussehen, Körper, Talent – hopp oder top.

Aber da, wo es wirklich darum geht, sich vor Ort im direkten Wettkampf zu beweisen, auf faire Weise besser zu sein als andere oder eben einstecken zu müssen, es nicht zu sein, da kriegen Eltern Angst? Ist es wirklich so schlimm, wenn Schatzi nicht so schnell ist wie andere? Mir scheint, wenn der eigene Sohn wegen einer Teilnehmer-Urkunde bei den Bundesjugendspielen flennt (und Mutti gleich mit) könnten die Probleme auch woanders liegen ...

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass irgendjemand zu meiner Schulzeit unter den Bundesjugendspielen gelitten hätte. Im Gegenteil. Viele Kinder, die sonst bei den Vollpfosten einsortiert wurden, waren oft einen Tag lang Superstar. Und ja, auch Verlieren gehört dazu.

Mir fehlt das Verständnis für Dinge wie die WhatsApp-Gruppe der Fußballmannschaft meines Sohnes, in der Eltern ein Fass aufmachen, wenn der Sohn nicht fürs Spiel aufgestellt wird. Bei gemeinnützigen Sportveranstaltungen wie Sponsorenläufen, wird mit Medaillen um sich geworfen, als gäbe es kein Morgen mehr. Manchmal bekommen meine Kinder, wenn sie zu Kindergeburtstagen eingeladen sind, an der Haustür heimlich ein kleines Geschenk von der Mutter des Geburtstagskinds zugesteckt, das sie dem Geschwisterkind schenken sollen, damit es nicht enttäuscht ist. „Sonst gibt es nur Tränen“, wird dann entschuldigend geflüstert.

In der Tat: Das alles ist zum Heulen. Nicht nur die weichgespülten Bundesjugendspiele. Beim Teutates! ♀



EMMA IM AUSLAND

Unsere Leserin in Mexiko

Wenn Birgit aus dem Fenster schaut, blickt sie auf das Hochland von Mexiko zwischen den Ketten der westlichen und östlichen Sierra Madre. Sie lebt auf einem Berg von 2.200 Metern Höhe in Santiago de Querétaro, im gleichnamigen Bundesstaat in Zentralmexiko. Bekannt ist die Stadt für ihre Häuser, Kirchen und Plätze aus der Kolonialzeit. 1810 begann hier die Verschwörung um Pater Miguel Hidalgo, die zum Freiheitskrieg und schließlich zur Unabhängigkeit Mexikos führte.

Als wir Anfang Oktober miteinander telefonieren, ist die Regenzeit gerade zu Ende. „Alles ist grün. Sonst ist Wüste, Kakteen soweit das Auge reicht“, lacht Birgit. „Manchmal komme ich mir vor wie in einem Western, inklusive Mexikanern mit Sombreros, die auf Pferden unterwegs sind.“

Mit ihren dunklen Haaren geht Birgit oft als Einheimische durch. „Nur wenn ich den Mund aufmache, kommt mein Deutsch-Sein durch.“ Genauer gesagt, die Schwäbin in ihr.

Geboren wurde Birgit 1965 in Geislingen an der Steige in Baden-Württemberg. Die Eltern betrieben eine Gärtnerei. „Eine liebevolle Familie war das nicht“, sagt Birgit, „mein Vater war der typische Patriarch, der lieber fünf Jungs als ein Mädchen gehabt hätte. Mein älterer Bruder war der Prinz.“ Ihr war früh klar, dass sie da raus muss. Doch in der Oberstufe wurde die junge Frau ungewollt schwanger. Dank des „Geißler-Projekts“ des damaligen CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler, der Alleinerziehende damit absichern wollte, erhielt sie finanzielle Unterstützung und

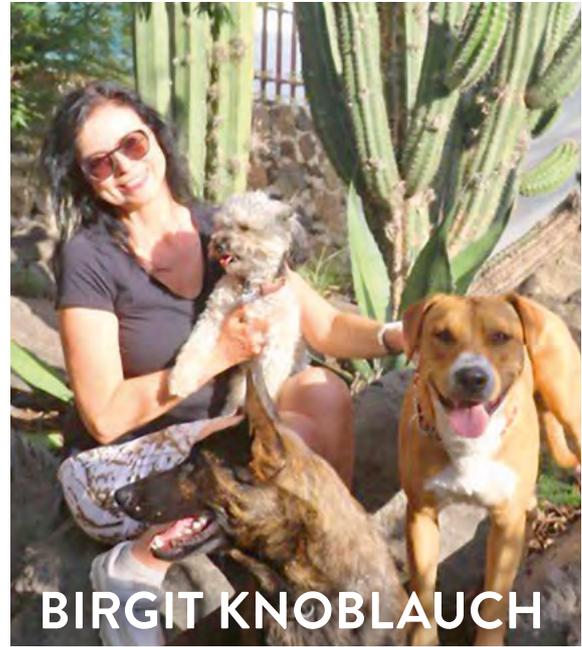
konnte mit Kind zuhause ausziehen.

In Heidelberg studierte Birgit Geologie und war an der Uni im Senatsausschuss für Frauenfragen sowie im Frauen- und Lesbenreferat. „Da hab’ ich euch entdeckt und Frauen wurden so richtig mein Thema“, sagt Birgit, die an ihrer Uni dann selbst die Elternzeit für Alleinerziehende durchkämpfte. „Nicht ganz uneigennützig“, sagt sie, „Ich hatte schon im Studium drei Kinder.“

Danach arbeitete die Doppelbelastete als Programmiererin für Datenbanken. Die erste Ehe ging in die Brüche. Später wurde sie noch Diplom-Ingenieurin für Umwelttechnik und lernte ihren neuen Ehemann kennen, einen Lehrer aus Österreich.

„Wir hatten beide chronisches Fernweh“, erzählt sie. In Guatemala bot sich für ihren Mann die Möglichkeit, an einer österreichischen Schule zu unterrichten. „Lateinamerika hat mich immer interessiert.“ Sechs Jahre lebten sie dort und bereisten fast alle Länder Lateinamerikas. Aber: „Fast jede Woche habe ich irgendwo eine Leiche liegen gesehen, als Frau war es hier einfach besonders gefährlich.“

Nach Guatemala brauchte die Familie ein bisschen Bullerbü und fand es im Allgäu. „Alles war schön und sicher. Aber irgendwie habe ich mich als Fremde im eigenen Land gefühlt“, sagt Birgit. Nach drei Jahren kam das Fernweh zurück. Diesmal also Mexiko. Wieder fand ihr Mann eine Stelle als Lehrer an einer österreichischen Schule.



„Querétaro ist eine reiche und konservative Stadt. Für Frauen ist es hier sicher“, weiß Birgit. Aber natürlich ist der Machismo in Mexiko stark ausgeprägt. „Männer pfeifen den Frauen hinterher wie bei uns in den 80ern.“

Doch was ihr wirklich zu schaffen macht, sind die Femizide, die Frauenmorde. „Die ‚Femicidios‘ sind in Mexiko, wie in fast allen lateinamerikanischen Ländern, weit verbreitet. Frauen verschwinden einfach.“ Aber es tut sich was. „Die Frauen haben es satt. Sie vernetzen sich, machen über Social Media alles öffentlich“, so Birgit. Claudia Sheinbaum, die ehemalige Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt, wurde im September 2023 zur Präsidentschaftskandidatin gekürt. „Alle Frauen, die ich kenne, wollen sie wählen. Und außerdem stehen Abtreibungen ab sofort nicht mehr unter Strafe.“

Eigentlich wollte Birgit in Mexiko endlich ihr Leben genießen und keine Verpflichtungen mehr eingehen. Das hat nicht ganz geklappt: „Ich habe drei Straßenhunde aufgenommen und gründe gerade einen Verein. Irgendwie kann ich’s dann doch nicht lassen!“ ♀

 IM NETZ

Strassenhunde-Mexiko.at

»Schon vorab stand dieser Sammelband heftig in der Kritik – ist er etwa transphob? Experten, Therapeuten, Pädagoginnen, Eltern und Betroffene kommen zu Wort und finden: Operation und Hormonbehandlung sind oft eine vorschnelle Reaktion auf eine Irritation der Geschlechterrolle.« Die Zeit



**Bestseller
MEIN LEBEN**

Die EMMA-Macherin über ihr Leben vor und mit EMMA. Über ihre Kämpfe und Träume. Von 1942 bis heute. („Lebenslauf“ und „Lebenswerk“ im Doppelband). 161 Fotos, meist privat. **Kiepenheuer & Witsch, HC, 28 €**

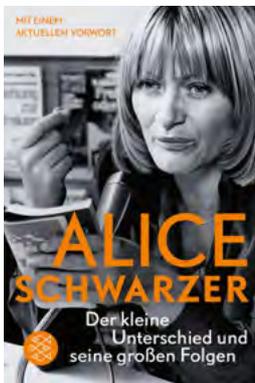
**Unverzichtbar
TRANSSEXUALITÄT**

Unentbehrlich zum Mitdenken und Mitreden! Das Buch hat schon jetzt politische Geschichte geschrieben. Seine Fakten und Argumente, von u. a. ÄrztInnen, GenderforscherInnen und Betroffenen, machen viele nachdenklich. Das gefährliche Transgesetz wird es so, wie zunächst geplant, wohl nicht geben. In diesem Buch steht, warum. **KiWi, 15 €**



»Nicht nur eine Biografie, sondern ein Panorama dieses Landes, das diese Frau [...] auf den Kopf gestellt hat wie keine zweite – gegen alle, auch politische Widerstände.« Adam Soboczynski, Die Zeit

»Schwarzer ist eine brillante Erzählerin. Das Buch zieht mit. Es ist amüsant und ungeheuer detailreich, voller Anekdoten über Begegnungen und Freundschaften mit ungewöhnlichen Menschen.« Marcus Heumann, Deutschlandradio



Neu aufgelegt! Der Longseller und Klassiker von 1975 über Sexualität und Macht (erschienen in neun Sprachen). Aktualisiert. **Fischer, 14 €**



„Wir sind die beiden meistbeschimpften Frauen in Deutschland“, sagte Romy 1976 zu Alice. Die Biografie. Mit aktuellem Vorwort. **KiWi, 12 €**



Das von Schwarzer herausgegebene Buch apropos Silvester 2015 in Köln ist leider weiterhin aktuell. 4 der 8 AutorInnen sind Musliminnen. **KiWi, 7,99 €**



Ein Filmporträt von Alice Schwarzer von 1973: Simone de Beauvoir aus größter Nähe. Dt. & frz. Version, 45 Min. + Booklet mit Fotos **DVD, 15 €**

BÜCHER VON ALICE SCHWARZER

- Mein Leben, HC 28 €
- Transsexualität, Hg. mit Louis, TB 15 €
- Lebenswerk, TB 14 €
- Lebenslauf, TB 14 €
- Der kleine Unterschied, TB 14 €
- Beauvoir, legendäre Gespräche, HC 20 €
- Der Schock, Hg., TB 7,99 €
- Romy Schneider, TB 12 €
- Beauvoir-Lesebuch, TB 9,95 €
- Meine algerische Familie, HC 22 €

WEITERE BÜCHER

- B. Flitner/A. Schwarzer: Burma 34,95 €
- B. Flitner/A. Schwarzer: Frauen mit Visionen 18 €
- B. Flitner: Meine Schwester, TB 14 €

HÖRBÜCHER & DVD

- Lebenswerk (MP3 CD) 20 €
- Lebenslauf (6 CDs) 24,95 €
- Romy Schneider 9,99 €
- Filmporträt de Beauvoir (DVD) 15 €

So wird bestellt: 1. Gewünschtes ankreuzen. 2. Vorab auf EMMA-Konto Postbank Köln, BIC: PBNKDEFF, IBAN: DE56 3701 0050 0500 0505 04 überweisen (Verwendungszweck: Name & Stichwort Shop). **Der Versand innerhalb Deutschlands ist gratis** (ins Ausland zusätzlich 5 €).

Ich habe den Betrag überwiesen am:

Vorname, Name (deutlich schreiben)

Straße, Nummer Telefon

PLZ, Ort E-Mail

Datum Unterschrift

JAHRESPAKETE

- EMMA 2021 (5 Hefte) 20 €
- EMMA 2022 (4 Hefte) 16 €

BESTELLUNG ÜBER

emma.de/shop EMMA, Shop, Bayenturm, 50678 Köln, Fax 0221/606060-29, T -11



DER TRANS-SKANDAL

DIE FATALEN FOLGEN VON OPS UND HORMONEN (5/23)



Alle höheren Tiere einschließlich uns Menschen hat die Natur oder Gott in zwei Ausfertigungen entwickelt: in Frauen mit zwei X-Chromosomen in jeder einzelnen Zelle und in Männer mit XY-Chromosomen in jeder einzelnen Zelle. Daran lässt sich nichts ändern. „Angegliederte“ Transfrauen sind verstümmelte Männer, „angegliederte“ Transmänner verstümmelte Frauen. Sie können weder Vater noch Mutter werden, wahrscheinlich kaum noch Lust empfinden. Ihre Lustorgane, die menschliche Klitoris und der menschliche Penis sind zerstört. Ich wäre dafür, solche Verstümmelungen unter Strafe zu stellen, entsprechend den Genitalverstümmelungen in Ostafrika. Es muss völlig egal sein, ob jemand geschlechtsübliche Kleidung trägt oder nicht, ob mit Schminke oder ohne, ob Frauen oder Männer oder beide geliebt werden, mit welchen Menschen ich Sex habe. Dafür und dass Frauen die gleichen Chancen in unserer Gesellschaft haben, dafür lasst uns weiterhin kämpfen. **JÜRGEN HENNLEIN, LEHRER, WALDBRÖL**

Danke für den Artikel von Dr. Lenzen-Schulte. Es ist der erste deutlich klare medizinische Artikel, den ich darüber gelesen habe. Endlich werden einmal die medizinischen Fakten klar und deutlich erklärt! Mit allen Konsequenzen und Nebenwirkungen. **RENATE HOCHGERNER, PSYCHOTHERAPEUTIN, ÖSTERREICH**

Ich finde es nicht richtig, dass Sie sich mittlerweile auch zu Themen äußern, von denen Sie offensichtlich nichts verstehen! Wenn ich lese, was Sie zum Thema „Selbstbestimmungsrecht“ sagen, wird mir, gelinde gesagt, schlecht. **KATJA KAROW**

Sehr geehrte Frau Schwarzer, Sie haben Recht mit Ihren Bedenken, mit Ihren Aussagen. Und es ist richtig, dass Sie diese hörbar und nicht wie die Mehrzahl hinter vorgehaltener Hand äußern. Dass Ihnen momentan und auch in nächster Zeit dafür kein Lorbeerkranz gewunden werden wird – ich denke, Sie haben schon schwerere Verzichtserfolge überstanden. **PENNY MCLEAN, WIEN**



Vor ungefähr einem Jahr erlangte ich Kenntnis von dem geplanten Selbstbestimmungsgesetz und wollte nicht glauben, dass es in

Die Frau muss kastriert werden, wenn sie zum Mann werden möchte.

GABRIELE MARSCHNER, LÜBECK

Deutschland möglich ist, naturwissenschaftliche Fakten nicht nur zu ignorieren, sondern per Gesetz außer Kraft setzen zu wollen. Transsexuelle Menschen (insbesondere Intersexuelle) sollen allen Schutz der Gesellschaft haben und ohne unwürdige Prozeduren, aber mit voller medizinisch-psychologischer Kompetenz Hilfe erhalten, ihr persönliches Leid in den Griff zu bekommen. Ich bin mir sicher, dass die Mehrheit unserer Bürger das auch so sieht, aber gleichzeitig ablehnt, dass es keine eindeutige biologische Geschlechtsidentität mehr geben soll und Minderjährige durch fehlende gesellschaftliche Kompetenz noch mehr in ihr Unglück geraten. **CARMEN HENNIG, HALLE AN DER SAALE**

Sehr geehrte Frau Schwarzer, vor ein paar Tagen habe ich erstmals EMMA gelesen. Und ich war begeistert über Ihr Interview zum Selbstbestimmungsgesetz. Ihre Meinung zum Umgang mit „echten Transsexuellen“ wie auch Ihre Aussagen zum derzeitigen Trend haben das Problem klar benannt. Ich werde mir erlauben, Auszüge als Anregung für eine realistische Diskussion zum Thema Trans in meinen Seminaren zu zitieren. Ich bilde in Baden-Württemberg Ärzte und Ärztinnen zum Thema Sexualmedizin weiter. **DR. DANIELA WETZEL-RICHTER**

Dieses Gesetz ist absolut nicht zu Ende gedacht! Die lange erkämpften Schutzzräume für Frauen sind damit Geschichte. Von den Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche spreche ich gar nicht. **KARIN JENNERJAHN, ROSTOCK**

Gratulation! Fantastische Trans-Reportagen und Interviews: Fundiert, schlau, breath-taking! Was wären wir ohne EMMA?

CHRISTIANE HÄRDEL, BERLIN

Vielen Dank, dass von euch mal wieder(!) eine der viel zu wenigen öffentlichen Stimmen gegen politischen Unfug aus Berlin kommt, diesmal in Sachen Geschlechtsselfbestimmungsgesetz. **CHRISTIAN FISCHER, KÖLN**



Ich musste die Trans-Umwandlung der jungen Tochter (sowie deren bester Freundin) einer sehr guten und langjährigen Freundin in den USA mit ansehen. Die Mädchen wollen Aufmerksamkeit und überblicken die Folgen ihres Handelns nicht. 21 Jahre muss absolutes Minimum für so eine Umwandlung sein. Die Beratung ist in den USA wohl eher pro forma und wer will, kann sich darauf mit Online-Tutorials vorbereiten. So darf es in Deutschland nicht werden. **SIBYLLE KAHLEIS, WARSTEIN**

TIERRECHTE

VON DER TIERLIEBE ZU TIERRECHTEN (5/23)

Ich habe einige Semester Biologie studiert und bin entsetzt von den Grausamkeiten, die den Tieren angetan werden (wie einen wehrlosen Affen fixieren und ihm kaum zu trinken geben). Diese Pseudo-

Luise Pusch hat recht. Diese angeblich „geschlechtergerechte“ Sprache ist frauenfeindlich!

PETRA BERGER, STUTTGART

Ganz ehrlich: Ich finde diese Gips-Vulven genauso übergriffig wie Dick-Pics, die mir unverlangt zugesandt werden.

SUSANNE SCHEU, HAMBURG

Wissenschaftler gehören vor Gericht und ins Gefängnis! Aktuell unterstütze ich mein örtliches Tierheim mit Geldspenden, aber es ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, angesichts des Ozeans aus Tierleid. **DOROTHEA FRANZ**

Es ist empörend und herzlos, wie Tiere in unserer Gesellschaft unter unwürdigsten Bedingungen leben müssen, ausgebeutet und misshandelt werden und häufig auf grausamste Art ihr Leben verlieren. Umso ermutigender, auch über positive Ansätze zu lesen. **MARION GROLAND**



Liebe Alice, liebe Frauen! Bin immer noch am Lesen der letzten Ausgabe. Unser Kätzchen liebt euch auch sehr. Herzliche Grüße von den Deerns. **KARIN ISABEL UND MARY POPPINS, HAMBURG**

GERECHTE SPRACHE

LUISE PUSCH: DIESE MINDERHEIT VERDRÄNGT DIE MEHRHEIT (5/23)

Ich selbst (Jahrgang 1967) habe seit den 80er Jahren versucht, Frauen in der Sprache sichtbar zu machen. Ich weise beide Ge-



schlechter extra aus (Ärztinnen und Ärzte, manchmal auch mit Schrägstrich) oder verwende neutrale Begriffe wie „Menschen“ oder „Leute“. Mittlerweile geht es mir aber so wie Frau Pusch: Ich wehre mich gegen die neue Art angeblich neutraler Gender-Sprache mit Genderstern oder Sprechpause. Das Trennende innerhalb der Menschenfamilie wird immer größer. Betonen wir doch besser das Verbindende, machen wir Männer und Frauen dort sichtbar, wo es angebracht und sinnstiftend ist. Ich bin für mehr Vernunft und Augenmaß und gegen Ideologie. **MARTINA GOLDENITS, WIEN**

Gerade im universitären, städtischen Umfeld (Zürich) werden die moralischen Verdrehungen zu Lasten der Frauen immer absurder, entgegengesetzte Meinungen werden als Stigma (terf) abwertend gegen einen verwendet. Wohin soll uns diese hemmungslos unreflektierte Haltung zum vorausseilenden Gehorsam gegenüber jedem Schwachsinn noch führen? Da machen solche Artikel von euch immer wieder Mut. Danke! **ISABELLE ZARN, SCHWEIZ**

Ich hatte neulich eine interessante Begegnung bei einer Podiumsdiskussion, wo eine der afghanischen Bergsteigerinnen von Frauenrechten in Afghanistan sprach und von ihrem neuen Leben in Deutschland erzählte. Eine junge Frau aus dem Publikum fragte Shogufa im Anschluss, wie sie denn die aktuelle Debatte in Deutschland zwischen der ersten und der zweiten Generation von Feministinnen beurteile, gerade in Bezug auf FLINTA, trans Personen etc ... Shogufa schaute die Frau an und meinte: „I have no idea, what you are talking about, I come from a country, where women have no rights, I don't understand your discussion here.“

THERESA BREUER, BERLIN



Es nervt! Ich bin keine Existenz hinter einem Schrägstrich! Ich hasse es, ein Irgendwas hinter]/[,*.,In, Pause innen zu sein – kurz: etwas, was ich nicht sprechen kann. Aber natürlich ist es einfacher, lustiger und billiger, eine Regenbogenflagge zu hissen, als zum Beispiel die Situation alleinerziehender Mütter zu verbessern. **DR. SABINE BAER, KASSEL**

WERBER & FRAUEN



Frauenfeindliche – oder -freundliche – Werbung entdeckt? Dann schickt sie uns! brieфе@emma.de

MEGAIN



Hoch hinaus! Union Investment wirbt mit der angehenden Astronautin Suzanna Randall. Agentur: Garbarz XCT, Hamburg.

MEGA OUT



Abgestürzt. Die spanische Schuhmarke Camper lässt bei der Eigenkampagne sein Model vom Fahrrad fallen. customer-care@camper.com

MEGA OUT

WIR PUTZEN JEDE RITZE



Unterirdisch. Chef Daniel Siebe vermarktet die Putzfirma aus Kirchhellen mit der Haut seiner Frau. info@siebe-gebäudereinigung.de

Das „Selbstbestimmungsgesetz“ zur Transsexualität – haben die Menschen in Deutschland keine anderen Probleme?

Wenn Schwarzer öffentlich auftritt, muss die damit rechnen, dass es „Transtheater“ gibt. „Transtheater“, so sagt sie das. „Die Debatte ist ideologisiert und hysterisiert.“ Das gehe so weit, dass die EMMA, ihre feministische Zeitschrift, in manchen Kreisen inzwischen Probleme habe, noch Interviews zu bekommen, die Begründung: Die EMMA sei „transphob“. **Der Spiegel, Tobias Becker**

Das Selbstbestimmungsgesetz ändert den öffentlichen Diskurs - die Politik und ihre Wahrnehmung durch die Bevölkerung. Die Trans-Flagge hängt am von Annalena Baerbock geführten Außenministerium, sie wehte auch schon über dem Reichstagsgebäude. Polizeiautos wurden damit „geschmückt“. Womit die Grenzen zwischen Staat und Minderheiten-Aktivismus ins Schwimmen gerieten. In der Wirtschaft wird das Thema getrieben unter der Überschrift „modern sein“, und wie das alles die politische Debatte verändern wird, hat die Feministin und Gegnerin dieses Trans-Gesetzes Alice Schwarzer gerade so auf den Punkt gebracht: „Wir leben in einer Zeit, in der viele Menschen modern sein wollen. Und wer modern sein will, ist zurzeit pro trans. Die Schwarzer ist natürlich ‚von gestern und tief reaktionär‘, klar. Die Schwarzer ist ‚Nazi!‘“ **Focus, Ulrich Reitz**

Frau, Mann, divers – diese Entscheidung soll jeder laut Regierung bald leichter selbst treffen können. Dass bei diesem emotio-

nen Thema nicht alle zustimmen, ist klar. Die meisten aber argumentieren sachlich. Alice Schwarzer nicht. Sie keilt aus, getrieben von selbstbezogener Rechthaberei. Widerspruch? Lässt die 80-Jährige nicht zu. Für sie ist „Trans zu sein Mode“ und „größte Provokation“, eine Geschlechtsumwandlung „Maskerade“, die „Transideologie reaktionär“. Das Leid der Betroffenen ignoriert die Feministin. **Focus**

Im Fall Münster (Anm.d.Red: Tod von Malte C.) hatte Innenministerin Nancy Faeser „mehr Härte“ gefordert, als noch nicht klar war, wer der Täter war. Die geforderte Härte bezog sich freilich nicht auf die Abschiebung von kriminellen Asylbewerbern. Auch Queer-Aktivistinnen und Linken-Politiker verstiegen sich zu der Annahme, dass „sprachlicher Hass“, der von der angeblich „transfeindlichen“ Feministin Alice Schwarzer oder der Biologin Marie-Luise Vollbrecht in der Diskussion um die Anzahl biologischer Geschlechter geschürt worden sei, den Täter angestachelt haben könnte. Die näher liegende Erklärung, dass der Täter, ein Kampfsportler, aus einem Land stammt, in dem Homosexuelle gemeinhin verachtet, verfolgt und gejagt werden, wurde ignoriert.

NZZ, Elena Panagiotidis

Kaum zwei Monate nach Beginn der Regierung der Ampel begann – vielleicht sogar, um diese Übergangszeit auszunutzen – der Krieg der Ukraine. Die Ampelregierung muss-

te sich von ExpertInnen wie Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht als „Kriegstreiber“ beschimpfen lassen. **Telepolis, Rüdiger Suchsland**

Die Kampagne gegen die Opernsängerin Anna Netrebko zeigt, was der Krieg bei uns angerichtet hat. Und wie Fanatismus Kunst und Kultur erfasst. (...) Allen voran die Politik, wie die hysterischen Reaktionen auf Forderungen nach einem Verhandlungsfrieden zeigen, egal ob sie von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht, von Akademikern oder Sozialdemokraten kommen. **Telepolis, Harald Neuber/ Chefredakteur**

Ich bewundere Alice Schwarzer. Im vergangenen Jahr ist die bekannteste Feministin Deutschlands 80 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass habe ich ihre zweibändige Autobiografie gelesen. Seit den 70er Jahren hat sie mit ihrer Porno-Kampagne für ein Verbot der Pornografie gekämpft. Seit etwa 1980 plädiert sie in ihrem Kampf gegen Prostitution für die Bestrafung von Zuhältern und Freiern. Neuerdings kämpft sie gegen das Selbstbestimmungsgesetz der Bundesregierung, das bereits Minderjährigen ab 14 Jahren ermöglicht, ihren Geschlechtseintrag zu ändern. Sie will vor allem junge Frauen vor einem schwerwiegenden Fehler bewahren. Das alles sind auch christliche Anliegen. **Armin Baum, Professor für Neues Testament, in IDEA/Das christliche Spektrum**

Wer würde mitmachen bei einer Wagenknecht-Partei? (...) Letztlich gibt es nur eine wirklich prominente Figur, bei der eine Zusammenarbeit tatsächlich realistisch sein könnte. Die Frauenrechtlerin und Herausgeberin der Zeitschrift EMMA, Alice Schwarzer, traute sich bereits, mit Wagenknecht öffentlich zu kooperieren. Die beiden Frauen hatten im Februar die Kundgebung „Aufstand für Frieden“ organisiert und gegen die Waffenlieferungen Deutschlands an die Ukraine protestiert. Danach hieß es von Wagenknecht mehrfach, eine erneute Zusammenarbeit sei möglich. (...) Schwarzers Büro antwortete auf konkrete Fragen zur Wagenknecht-Partei lediglich, man wolle sich „zurzeit“ nicht dazu äußern.

Der Spiegel, Timo Lehmann

Dasselbe Prinzip gilt auch für andere Kreise, den Feminismus etwa. Die Kritik, der Feminismus schweige zum Massenmord der Hamas, ist in dieser pauschalen Form schlicht unzutreffend. Alice Schwarzer und die Zeitschrift EMMA haben schon Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre die zutiefst frauenfeindliche Substanz des Islamismus kritisiert, als weite Teile der deutschen Linken im Zeichen des Antiimperialismus für die iranische Revolution und Konservative im Zeichen des Antikommunismus für die afghanischen Mudschaheddin schwärmten. **Die Welt, Deniz Yücel**

EMMA

Emma Frauenverlags GmbH
Am Bayenturm 2, 50678 Köln

Redaktion 0221/606060-0
Fax -29

redaktion@emma.de
www.emma.de

Büro Schwarzer Fax -29
www.aliceschwarzer.de



EMMA ist erhältlich im Bahnhofs- und Flughafenbuchhandel in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Herausgeberin
Alice Schwarzer

Grafik
Silvia Kretschmer,
Irina Rasimus

Repräsentanz Markenwerbung
Getz & Getz Medienvertretung,
T 02205/86179, Fax 85609,
info@getz-medien.de

Abonnements
Inland: 69 €, Ausland: 69 € (85 Sfr)
zzgl. Versandkosten, außer A und CH.
EMMA-LeserInnen-Service,
Postfach 810640, 70523 Stuttgart,
T 0711/7252-285, Fax -333,
emma@zenit-presse.de

Rechte
Alle Rechte vorbehalten. Copyright aller Beiträge bei EMMA. Für namentlich gezeichnete Beiträge sind AutorInnen selbst verantwortlich. Für unaufgeforderte Texte und Fotos keine Haftung. Rücksendung nur bei frankiertem Umschlag.

Büro der Herausgeberin
Margitta Hösel

Titel
Bettina Flitner

Druck
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien, Geldern

Bankverbindung EMMA-Verlag,
Sparkasse KölnBonn
IBAN DE 63 3705 0198 0017 9929 75
BIC COLSDE33

EMMA erscheint zweimonatlich,
jeweils am letzten Donnerstag eines jeden geraden Monats. Die nächste Ausgabe erscheint am 19. Dezember 2023. Einzelverkaufspreis 11.80 €

Redaktion Alice Schwarzer
(verantw.), Margitta Hösel,
Chantal Louis, Angelika
Mallmann, Annika Ross

Verlag T -11, Fax -29
Anett Keller (Leitung)

Vertrieb
PARTNER Medienservices GmbH,
PF810420, 70521 Stuttgart

Register-Nr. HRB 7742 Köln
UID-Nr. DE 122 777 305

Ersterscheinungstag als Monatszeitschrift: 26.1.1977

LeserInnenbrief-Redaktion
Angelika Mallmann,
briefe@emma.de

**(Klein)Anzeigen,
Shop & Marktplatz**
T -11, Fax -29

Die neue EMMA



19. Dezember 2023

Hormone: Legende & Wahrheit über Testosteron und Östrogen. ♀ Leihmutterschaft: Die fatale Rolle mancher Schwuler. ♀ Junge Feministinnen: Die 4. Welle im Gespräch mit EMMA's. ♀ Brüste und Hintern: Ihre wechselnde Bedeutung in der Geschichte. ♀ Missbrauch: Neue Enthüllungen in der Kentler-Studie. ♀ Juden: Alice Schwarzer in Oberlauringen. ♀ Geniale Frauen: aus allen Jahrhunderten. ♀ Jenny Erpenbeck: über Christine Lavant. ♀ Cartoons: Anke Feuchtenberger und ihre „Genossin Kuckuck“ über das Leben in der DDR.





DER EMMA-AWARD SEXIST MAN ALIVE 2023 AN JAN BÖHMERMANN

Alles so schön bunt hier, im Studio des *Magazin Royale*. Die Late-Night-Kulisse. Das Orchester, das Publikum. Und erst mal der Herr mit den grauen Haaren, im Slim-Fit-Anzug mit Krawatte: Jan Böhmermann, 42. Hier die Guten, Böhmi & Fans – da die Bösen, die Nazis. Und das sind eigentlich alle, die nicht bei drei auf seiner Linie sind.

Sandra Maischberger ist Nazi, sein Ex-Arbeitgeber Harald Schmidt ist Nazi und CDU-Chef Friedrich Merz ist quasi der Ober-Nazi.

2.700.000 FollowerInnen gefällt sowas. Kein Wunder, dass da Neid aufkommt bei den alten weißen Männern. Die regen sich auf über Böhmermanns Nazi-Fimmel und seine „schmutzige Denunziation“ (FAZ), über den „Meinungspolizisten“ (Stern) und „Exorzisten“ (Cicero). Die *Süddeutsche Zeitung* ortet in seiner wöchentlichen Sendung, der doch immerhin um die 20 Gagschreiber zuarbeiten sollen, gar eine „talentlose Billigware“ und „Schnellschusshumor aus dem Fleisch der Demagogie“. Und Harald Schmidt, in dessen Satire-Sendung Böhmermann einst als Mädchen für alles in das Humorfach beim Fernsehen hüpfte, kommentiert den Nachwuchs nur knapp als „Krawallschachtel“.

Was ist da los? Ein Missverständnis? Haben die alle nicht verstanden, dass der gebürtige Bremer, dieser rechtschaffene Ehemann und Vater von drei Kindern im Kölner Vorort Pulheim, ein

„investigativer Journalist“ ist und ein „Satiriker“? Letzteres vor allem immer dann, wenn die exklusiven „Enthüllungen“ sich als substanzlos erweisen – und das tun sie immer öfter.

Arne Schönbohm, den Böhmermann als „Cyberclown mit Kontakten zum russischen Geheimdienst“ verhöhnte und der flugs von Chefin Nancy Faeser des Amtes enthoben wurde, hatte sich schlicht gar nichts zu Schulden kommen lassen. Das bewies eine nachträgliche sechsmonatige Prüfung des Ministeriums. Huppsi. Nicht nur Faeser, sondern auch Böhmermann und das ZDF stehen seither unter wachsender Kritik der diffamierenden, grundlosen Verdachtsberichterstattung.

Aktuell hat die „Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs“ Programmbeschwerde beim ZDF eingelegt. In seiner Sendung am 8. September über „Rituelle Gewalt“ machte Böhmermann sich über sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche durch „satanistische Kreise“ lustig – mal wieder in Unkenntnis zentraler Fakten zum Thema.

Das gebührenfinanzierte ZDF stört das alles offensichtlich nicht. Mit dem Zweiten sieht man besser – nicht so genau hin.

So hält man es auch in Marl, wo Jahr für Jahr der renommierte Grimme-Preis vom Volkshochschulverband zurechtgeklöppelt wird. Sechs Mal hat Böhmermanns königliches Magazin ihn schon bekommen:

für „exzellente Rechercheleistung“ – ausgerechnet – und in diesem Jahr für die quotenträchtige Mischung aus „Satire und Comedy mit investigativer Recherche“.

Wie das geht, zeigte sich schon 2016. Da löste Böhmermann pöbelnd eine regelrechte Staatsaffäre um den türkischen Präsidenten Erdoğan aus. Den griff Böhmermann nicht etwa als Anti-Demokraten, autoritären Herrscher oder Gottesstaatler an. Nein, der Spaßvogel ging den autoritären Staatschef mit seiner „Schmähkritik“ als Türken an, nannte ihn einen „Ziegenficker“ mit „Schrumpelklöten“, dessen „Gelöt nach Döner stinkt“. Denn das weiß man ja: Dass alle Türken Ziegenficker sind. Wie man sowas in unseren Breitengraden sonst nennt? Rassismus. Rassismus pur – außer – es trifft den Richtigen. Noch dazu im öffentlich-rechtlichen ZDF. „Die Bundesregierung darf nicht wackeln, wenn es um Freiheit und Menschenrechte geht“, verkündete Böhmermann, als Erdoğan Strafanzeige stellte und der royale Satiriker plötzlich staatlich finanzierten Polizeischutz benötigte.

Im September 2020 twitterte Böhmermann über den damaligen CSU-Innenminister Horst Seehofer (damals 71), der eine Studie über „Rassismus in Deutschland“ ankündigte, verbunden mit einer Solidaritätsbekundung für Polizistinnen: „Fick dich Opa!“

Auf den unangemessenen Ton angesprochen, erklärte Böhmermann, er sei wütend gewesen und „so traurig und verzweifelt“.

Und Böhmermanns Sendung zum Thema Transgender am 2. Dezember 2022. „Transfrauen sind Frauen. Basta!“, verkündete der Investigative. Und: „Es ist längst wissenschaftlicher Konsens, dass es sehr wohl mehr als zwei biologische Geschlechter gibt.“ Biologische Geschlechter, wohlgemerkt, nicht etwa Geschlechterrollen (von denen es in der Tat viele gibt). Es kann vermutlich nicht mehr lange dauern, bis unser aller Böhmi verkündet: Die Erde ist eine Scheibe! Hoffentlich fallen wir dann nicht alle runter.

Alice Schwarzer hat das ZDF noch nicht wie Arne Schönbohm verklagt. Sollte sie eigentlich.



Der EMMA-Award: Eine Stinkmorchel für den diesjährigen Preisträger Jan Böhmermann.

Denn auch sie wird von Böhmermann namentlich in die Nazi-Ecke gerückt. Böhmermann: „Nazis lesen EMMA!“. Zusammen mit AfD-von-Storch schüre sie „Hass gegen Transmenschen“, die beiden gehörten zu einem „Arschloch-Netzwerk“, das „von russischen Oligarchen finanziert wird“, suggerierte Böhmermann: mit 188 Millionen Dollar aus Russland für anti-trans und anti-gender Kampagnen in Europa.

Überhaupt diese Alt-Feministinnen. Die sind – im Gegensatz zu den intersektionalen Neofeministinnen

– alle von gestern. Sie sind nicht nur „Terfs“ (Trans-Exclusionary Radical Feminists – Trans-ausschließende Radikalfeministinnen), sondern auch „Turds“ (Scheißhaufen), O-Ton Moderator.

Nach Schwarzers Interview auf *SpiegelOnline* im August 2023 zur Transsexualität twitterte Böhmermann, Schwarzer sei „eigentlich eine ganz normale 80-Jährige, die auf ihren letzten Metern gerne hätte, dass alles so bleibt, wie es nie war.“ Beifall in der Community? Nein. Diesmal war er zu weit gegangen, „Sexismus!“ und „Altersdiskriminierung!“ schallte es ihm auf Twitter massiv entgegen.

Ist eigentlich irgendwann mal Schluss mit lustig im Reich der Krawallschachtel? Will ZDF-Intendant Himmler den Böhmi wirklich immer weiter wüten lassen? Und der Rundfunkrat – der Beschwerden mit banalen Textbausteinen beantwortet – nicht minder?

Der Preis, den das ZDF für die Narrenfreiheit des „Arschlochs mit Herz“ (Selbstbeschreibung) zahlt, ist hoch. Denn diese Art von Schmierentheater erhellt nicht, sondern verdunkelt. Dieses Arschloch ohne Herz ist kein Aufklärer, sondern ein Demagoge; ein Biedermann und Brandstifter, der von den Gebühren der Öffentlich-Rechtlichen fett gefüttert wird. 651.000 Euro Jahresgehalt sollen es sein, steigend. Für einen Denunzianten und Volksverhetzer. Der Gipfel aufgeblasener Männlichkeit. Dafür ernennt EMMA Jan Böhmermann zum „Sexist Man Alive 2023“.

Bitte den Preis nicht abholen, Herr Böhmermann. Wir schicken ihn nach Pulheim. Ist ja nicht weit. ♀

EMMA

BLEIBT MUTIG!

DAS SELBSTERNANNT
„ARSCHLOCH MIT HERZ“
HAT KEINS

SEXIST
MAN
ALIVE!

2023

Jan Böhmermann

